

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Geld“ Nr. 650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, auswärts durch Postbestellung. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Jungfernst. Buchhandlung 19, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Buchhandlungen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Hg. für lokale Anzeigen in „Wirtschafts- und kleiner Anzeigen“ in einheitlicher Schriftform; 20 Hg. in davon abweichender Schriftform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Hg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Hg. für lokale Anzeigen; 2 Hg. für auswärtige Anzeigen. — Einzelne, halbe, viertel und viertel Seiten, durchschlagend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Rumkehr: Für die Abend-Ausgabe bis 10 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt N 1444 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeliebten Tagen und Plätzen wird freier Gedächtnis zuzunehmen.

Freitag, 23. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 37. • 62. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Die Ursachen des sozialdemokratischen Rückgangs.

Warum die Sozialdemokratie ihre Werbekraft eingebüßt hat und an vielen Orten sogar schon im Rückgang begriffen ist, haben die Genossen in Solingen festgestellt. Es liege, so wurde in ihrer letzten Versammlung unter lebhafter Zustimmung gesagt, in dem gänzlich veralteten Parteiprogramm und an dem fehlenden Willen oder der Unfähigkeit, ein neues und zeitgemäßeres aufzustellen. Die Tatsache ist richtig: das frühere Programm ist stark durchschert, und es findet sich wohl kein einziger Sozialdemokrat mehr, der es als Ganzes anerkennt. Es enthält ja sogar noch die Verleumdungstheorie mit der Schlussfolgerung, daß gerade aus dem allgemeinen Elend die sozialistische Gesellschaft hervorgehen werde. Eine wirkliche Verleumdung, ein Arterwerden der arbeitenden Klassen mag heutzutage kein Denker, auch nicht unter den Genossen, mehr zu behaupten. Selbst der orthodoxe Marxist Kautsky hält nur die „relative Verleumdung“ aufrecht; das soll heißen: der Wohlstand der arbeitenden Klasse nehme in geringerem Maße zu als der der bürgerlichen Klassen. Selbst diese statistisch ebenfalls nicht haltbare Behauptung könnte aber der Theorie, daß die Klasse der Verleumdeten die Mehrheit erlangen und damit die politische Macht monopolisieren werde, nicht als Stütze dienen. Denn bei diesem Gedankengang wird die Homogenität der Klassen, also die allgemeine Verleumdung, vorausgesetzt. Auch andere Stücke des Programms sind fallen gelassen, einige in Anpassung an die Wirklichkeit und an eine bessere Erkenntnis, andere, so insbesondere der Charakter der Religion als Privatangelegenheit, infolge eines Rücktritts, der sich mit Unrecht als „radikal“ aufspielt. Ein neues Programm aufzustellen, mag die Partei nicht, wahrscheinlich befürchtet sie, daß die Aufstellung der grundsätzlichen Fragen den Zwiespalt der Partei deutlicher darcin werde, als es schon jetzt der Fall ist. Den Mangel eines anerkannten und überhaupt anerkenndaren Programms werden wohl auch andere Genossen mit den Solingern bewahren. Unrecht aber haben diese, wenn sie das Fehlen eines Programms als den letzten Grund des Rückgangs betrachten. Er ist die Folge der vorhandenen Unsicherheit und Ratlosigkeit; nicht Ursache, sondern Symptom.

Uberschwemmung und Hilfsaktion.

Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ schreibt: „Aus den Nachrichten, die bisher bei den amtlichen Stellen aus dem Überschwemmungsgebiet an der Ostseeküste eingetroffen sind, ist zu ersehen, daß die durch die Sturmflut angerichteten Verheerungen bedauerlicherweise außerordentlich umfangreich und tiefgreifend sind. Die Staatsverwaltung wird zu sehr beträchtlichen Aufwendungen genötigt sein, um die durch Zerstörung von Dämmen, Dämmen und Schuttsanlagen verursachten materiellen Schäden auszugleichen. Schwer betroffen sind ferner die im Überschwemmungsgebiet gelegenen Gemeinden, die gleichfalls große Mittel zur Wiederherstellung ihres Eigentums verwenden müssen. Endlich haben die Privatbesitzer viel schwerere Verluste erlitten, als anfänglich angenommen wurde. Ein genauer Überblick über den durch die Wasserfluten angerichteten Schaden läßt sich zurzeit noch nicht aufstellen. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen sind nicht nur durch die ausgedehnten Verlehdigungen behindert worden, sondern werden auch durch den Umstand erschwert, daß die von der Sturmflut heimgesuchten Gebiete auch gegenwärtig noch auf weiten Strecken überschwemmt sind sowie unter Schnee und teilweise unter einer starken Eis-

bede liegen. Trotzdem steht schon jetzt fest, daß viele leistungsschwache und daher hilfsbedürftige Privatpersonen an Gebäuden und Äckern, Viehbestand, Futtermittel und sonstigen Vorräten sowie an Fischerbooten und Fischereigerät Verluste erlitten haben, die sie aus eigener Kraft schlichterdingens nicht ersehen können. Trotz der augenblicklichen Erschwerung der Feststellungen sind solche Schäden bereits in Höhe von über einer Million ermittelt, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß bei endgültiger Feststellung des vollen Schadens dieser Betrag noch um ein sehr erhebliches wird überschritten werden. Die von staatlicher Seite durchzuführende Hilfsaktion wird öffentliche Mittel in nicht geringem Ausmaß in Anspruch nehmen müssen, um die Schadenswirkungen an fiskalischem Eigentum und am Besitztum der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Verbänden zu bekämpfen. Darüber hinaus werden aber für die in Not und Bedrängnis geratenen Privatpersonen finanzielle Beihilfen in bedeutender Höhe aufgebracht werden müssen. Das unter dem Vorkatholizismus stehende ständige Hilfskomitee hat die erforderlichen Maßnahmen zur Veranstaltung von Selbsthilfsaktionen für die von der Überschwemmung heimgesuchten Hilfsbedürftigen bereits in Angriff genommen. Der Aufruf an die Mithätigkeit und Opferwilligkeit des Publikums ist hoffentlich auch diesmal nicht erfolglos ergangen. Zur Einberufung des Komitees sind reichliche Spenden erforderlich. Das Bureau des ständigen Komitees befindet sich in Berlin, Alsenstraße 10.“

Deutsches Reich.

B. Der Kaiser und der Freudentag. Bekanntlich hat der Freudentag ein Jubiläumstelegramm an den Kaiser geschickt; von einer Beantwortung dieses Telegramms aber ist bisher nichts bekannt geworden. Wäre eine Antwort des Kaisers erfolgt, so würde sie sicherlich veröffentlicht worden sein. Daß sie jetzt noch erfolgen wird, ist an und für sich unwahrscheinlich und dürfte — ganz abgesehen vom Hölle-Kraut — schon deswegen ausgeschlossen sein, weil auf dem Freudentage der Reichstag geschmährt und der Reichskanzler verspottet wurde.

Statistisches vom Johanniterorden. Seit Wiederaufrichtung der Valley Brandenburg im Jahre 1852 sind 9229 Ehrenritter ernannt worden und von diesen sind durch Mitterschlag und Investitur als Rechtsritter aufgenommen: 2770, aus diesen sind wiederum 3 Herrenmeister, 72 Kommandatoren, 22 Ehren-Kommandatoren, 3 Ordenshauptleute, 4 Ordenskanzler, 3 Ordenssekretäre, 6 Ordenshauptmeister und 3 Ordensverwalter hervorgegangen. Ehrenmitglieder des Ordens sind 14 geworden. Am Schlusse des vergangenen Jahres waren vorhanden: Herrenmeister 1, Kommandatoren (darunter der Ordenshauptmann) 10, Ehren-Kommandatoren (darunter der Kanzler, Schatzmeister, Werkmeister und Sekretär) 8, Rechtsritter 1220, Ehrenmitglieder 8, Ehrenritter 2352, zusammen 3705. Die Zahl der Todesfälle des Jahres 1913, so weit dieselben hier bekannt geworden sind, beträgt 103, nämlich 2 Kommandatoren (Fhr. v. Mantuffel, Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg), 48 Rechtsritter, 53 Ehrenritter.

Eine weitere gemeinsame Tagung der reichsdeutschen und österreichischen Industriellen. Das Präsidium des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs hat anlässlich der Tagung, die der österreichische und der deutsche Zentralverband im September vorigen Jahres in Leipzig veranstaltet hatten, den deutschen Zentralverband zu einer ähnlichen Tagung für dieses Jahr nach Wien eingeladen. Im Anschlusse an die Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Budapest fand nun in Wien eine Besprechung der

Präsidenten beider Organisationen statt, in der endgültig festgelegt wurde, daß im Laufe dieses Jahres in Wien eine gemeinsame Tagung der genannten Verbände stattfinden werde und in der auch über das Programm dieser Veranstaltung vorläufige Vereinbarungen getroffen wurden.

Ein Versuch mit freiwilligen Schulfachwekern in Berlin. Die städtische Schuldeputation von Berlin hat in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Hirsekorn beschlossen, in zwei Schulbezirken einen Versuch mit freiwilligen Schulfachwekern zu machen. Die Schulfachweker sind der Schuldeputation von dem Berliner Verein für häusliche Gesundheitspflege zur Verfügung gestellt worden.

Internationaler Mittelstandskongress in Hannover. Unter der Leitung des Geh. Oberregierungsrats Dr. von Seeheld vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe wird in diesem Herbst in Hannover ein internationaler Mittelstandskongress abgehalten werden. Es ist dies der vierte dieser internationalen Kongresse, die alle drei Jahre von dem internationalen Verbände zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes einberufen werden.

Dem Zentralkomitee des Preussischen Landesvereins vom roten Kreuz ist für den Anfang der Monarchie eine Geldlotterie bewilligt worden. Die Lotterie soll in sechs Jahresferien ausgespielt werden. Die Ziehung der ersten Serie findet in den Tagen vom 30. September bis 3. Oktober 1914 in Berlin statt.

30. Verbandstag deutscher Dachdecker-Zünfte. Im Prunksaal des Hotels „Fürstentum“ zu Magdeburg trat der Bund deutscher Dachdecker-Zünfte zu seinem 30. Verbandstag zusammen. Der Vorsitzende, Obermeister Horn, gab zunächst den Geschäftsbericht des Vorstandes bekannt, demzufolge der Bund gegenwärtig 1089 Mitglieder zählt. — Ein Antrag der Dachdecker-Zunft Magdeburg, betreffend Einführung eines einheitlichen Dachziegelformats, wurde dem Bundesvorstand zur weiteren Behandlung überwiesen. — Über „Sicherung der Bauforderungen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch“ referierte der Vorsitzende Obermeister Horn. — Nach einem Referat von Wasadow (Berlin) wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Deutsche Handwerksrat und der Deutsche Handwerks- und Gewerbelagerer erachtet werden, mit der Regierung in Verbindung zu treten, damit die Dachziegel gleichfalls unter den Begriff der zerbrechlichen Ware gerechnet werden, nachdem es derzeit sehr schwer sei, bei Beschädigung auch vorschriftsmäßig verpackter Ziegel von der Bahnverwaltung eine Entschädigung zu erhalten. — Bürgermeister Dr. Eberle (Köln) behandelte den Grützenskampf des Mittelstandes. — Schöne (Dresden) behandelte die Frage der gesetzlichen Regelung einer Arbeitslosenversicherung. Die Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung erscheint dem Referenten noch zu früh. Die Versammlung beschloß, gegen eine solche Einführung Stellung zu nehmen.

Die Preussischen Handwerkskammern hielten in den Räumen der Berliner Handwerkskammer eine außerordentliche Konferenz ab, die wie der Vorsitzende Ehrenobermeister Rabardt (Berlin) in seiner Eröffnungsansprache ausführte, nocheinig geworden war, weil der preussische Handelsminister die Konferenz um ein Gutachten gebeten hatte über eine Vorlage, die dem preussischen Parlament zugehen soll. Aber den ersten Punkt der Tagesordnung, „Gewerbliche Regierarbeit in Stadt und Gemeinde“, erstattete der Kandidat der Handwerkskammer Wiesbaden, Schröder, den Bericht. Der Redner wies in kurzen Worten auf den schädigenden Einfluß der Regie in Stadt und Gemeinde hin und legte in Abgrenzung mit der Handwerkskammer Berlin eine Resolution vor, die u. a. besagt: 1. Da Regierbetriebe in erster Linie nach Maßgabe des Gemeinwohls zu verwalten sind, darf man von ihnen erwarten, daß sie nicht in erwünschten Abhängigkeitsverhältnissen des freien Gewerbes an sich reizen und den freien Gewerbetreibenden — ihren eigenen Bürgern und Steuerzahlern — Konkurrenz

Poincarés Empfang auf der deutschen Botschaft.

Paris, 21. Januar.

Der Empfang zu Ehren des Präsidenten Poincaré auf der deutschen Botschaft ist in sehr schöner Weise verlaufen. Gewiß geben sich die deutschen Diplomaten keiner Täuschung über die allzu große politische Bedeutung dieses Besuches hin — Volschöfer v. Schoen dürfte in Paris zur lebenswichtigen Sphäre befehrt worden sein. Aber man darf es doch begrüßen, wenn die seit dem Kriege auf ein Mindestmaß beschränkten formalen Beziehungen einen etwas freundlicheren und ausgedehnteren Verkehr Platz machen. Wilhelm II. erschien oft auf der französischen Botschaft in Berlin — die offiziellen Noten der letzten Tage, die eine Verlehdung für den Schritt Poincarés geben zu müssen glaubten, wiesen darauf hin und versicherten, daß das Gesetz der Reziprozität dem Staatsoberhaupt der Republik eine Erwiderung dieser Höflichkeit zur Pflicht mache. Außerdem hatte der Präsident ja seine Besuche bereits auf der russischen Botschaft fortzusetzen. Man erwiderte sogar, daß auch Präsident Carnot einmal auf der deutschen Botschaft Gastfreundschaft genossen hatte. Und so schweben selbst die größten Nebanbeorgane.

Aber den Empfang selbst möge der Hofberichteratter des „Gil Blas“ hier das Wort ergreifen — mit

französischen Augen gesehen, macht sich das Bild hübscher, pikantes. „Wie, selbst nicht in seiner Glanzzeit, sah das Hotel des Prinszen Eugène, die heutige deutsche Botschaft, vor seiner Marmortreppe so viele Equipagen vorüberfahren. Wie wurden unter den blühenden Lüftern so viele Diamantkronen stolz die hohe Ehrentreppe hinaufgetragen. Der Volschächter empfing den Präsidenten auf der untersten Stufe dieser Treppe; ganz oben wartete die Frau v. Schoen, mit Rubinen gekrönt, mit Orakeln umrankt. „Madame la Présidente, ich bin sehr geehrt und froh, Ihnen diese Blumen überreichen zu dürfen.“ — Verbeugungen. Die Frau und alle Damen um sie herum machten die tiefste Reverenz des Hofzeremoniells. Die lächelnde Präsidentin verneigt sich mit echt französischer Grazie. Darauf reicht ihr Herr v. Schoen, der auch lächelt, den Arm, Frau v. Schoen nimmt den des Herrn Poincaré, und nachdem der Thronsaal mit dem maritimalischen Gemälde des Kaisers durchschritten ist, begibt sich der Zug in den Speisesaal, unter dessen Türe der Major domus diskret verkündet: „Monsieur le Président de la République est servi.“ Jedes Couvert verschwindet unter der Regendecke, Rosen und Nagelöcher. Nacheinander nehmen Platz: Ministerpräsident Doumergue, der italienische Volschächter Tittoni mit Gemahlin, der österreichisch-ungarische Volschächter und Gräfin Szechen, Senator und Madame Albert, Senator und Madame Stephen Pichon, Deputierter Jules Roche, der Großkanzler der Ehrenlegion General Florentin mit Frau und Tochter, Paläologe, der neue französische Volschächter in St. Petersburg, General und Generalin Beaudemoulin, Prinzessin und Komtesse Lynar, Fhr. v. Wangenheim, Volschächter in Konstantinopel, Margerie,

Direktor der politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay, Frau o. Rullus, geb. v. Bethmann, William Martin, Chef des Protokolls, Freigattenskapitän v. Biben, Volschächter v. Bray, Prinz Oettingen, letztere als Mitglieder der Botschaft. Herr Poincaré ist ernst, Herr v. Schoen ist rosig und weiß; Frau v. Schoen und Mme. Poincaré lächeln. Zwei Malinsüßler wippen über der Stirn der Präsidentin. Ein Cacherer spielt. Jemand zerbricht ein Kristallglas. „Reichen herzlichen Einvernehmens“, soll der Volschächter gesagt haben. Zum Frommen der Weltgeschichte hier das Menü: Caviar. — Consommé Nivois. Truite saumonée, Selle de veau Orloff. Croûte de foie gras. Faisans truffés, Salade. Cardon à la moelle. — Bombe Potit Duo. Fondants au Chester. Desserts.“ Dazu Chateau d'Aquem, Liebfrauenmilch, Champagner, Chateau Lafite, Chambertin. — Danach ein Viertelstündchen, so privat wie möglich: Kaffee für die Herren im Rauchsalon, die Damen unter sich. Doch schon schrauben die Autos in der Rue de Ville, die dreifach von der Polizei abgeperrt ist. Ein ungeheurer Schweizer (natürlich ein Deutsch-Schweizer) stand vor der Treppe, die sehr dekorative Munizipalgardisten in Galauniform auf jeder Stufe zeigte. Und die Desfilécour begann: Volschächter, Legaten, Minister, frühere Minister, Senat, Kammer, Académie Française und andere gelehrte Körperchaften, Präfektur, General- und Munizipalrat, Armees, deutsche Kolonie. Im großen Vestibül plauderte Herr Poincaré die Hände auf dem Rücken, mit dem einen und anderen. Die Frau v. Schoen stand nahe der Türe, wo ihr ein Lakai die Namen der Eintretenden beinahe ins Ohr flüsterte, vernichte sich, ließ sich die Hand küssen — Verbeugungen und Verbeugungen, dann

machen oder gar deren Existenz ruinieren. 2. Die preussischen Handwerkskammern bitten den Herrn Minister, auf dem Gebiete der gemeindlichen Regieverwaltung die Aufsichtsberechtigten der Gemeinden erneut zur Nachprüfung anzusetzen, ob und inwieweit die Ausdehnung der Gemeindegrenzen auf die Produktion und Installationsgewerbe sowie den Handel mit Bewandlungsgegenständen den Aufgaben der Gemeinde gegenüber ihren Bürgern entspricht und inwieweit die Gewerbetreibenden durch Abforderung hoher Geldleistungen vor der Zulassung der Installationsarbeiten verlehrt wird. Die Resolution wurde angenommen. — Darauf referierte der Vorsitzende der Handelskammer Köln, H. J. G. über „Gefängnisarbeit“, wobei er eine Resolution vorlegte, in welcher u. a. ersucht wird, das freie Handwerk bei den Lieferungen für Meer und Marine mehr als bisher zu berücksichtigen. Die Resolution wurde angenommen. — Generalsekretär Dr. Kusch brachte noch einige Wünsche der Handwerker zum Kommunalabgabengesetz vor, worauf der Vorsitzende der Handwerkskammer Arnberg, D. O. S. (Herfobn), über den Entwurf zum preussischen Wohnungsgesetz sprach. Hierauf wurde die Konferenz geschlossen.

Rechtspflege und Verwaltung.

BC. Die Prüfungskommission 1913. Über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit im Jahre 1913 berichtet die Königlich-Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte. Bei Beginn des Jahres 1913 hatten drei von den der Prüfungskommission überwiesenen Referendare die Prüfung noch nicht abgelegt. Unter Hinzurechnung der im Jahre 1913 neu überwiesenen 64 Referendare waren zusammen 67 Examinanden der Prüfung zu unterziehen. Die Zahl der Referendare, welche zur Prüfung gelangt sind, betrug im Jahre 1904 64, 1909 111, 1909 76, 1912 82 und 1913 63. Von den im letzten Jahr der Prüfung unterzogenen 63 Kandidaten haben 6 nicht bestanden. Von diesen mußte ein Referendar wegen wiederholt nicht bestandener Prüfung vom höheren Verwaltungsdienst ausgeschlossen werden; die anderen fünf wurden zur besseren Vorbereitung zurückgewiesen. Die übrigen 57 Kandidaten haben die Prüfung beim ersten Versuche bestanden. Von ihnen haben 7 Referendare das Prädikat „gut“, 12 Referendare das Prädikat „vollkommen befriedigend“ und 38 Referendare das Prädikat „ausreichend“ erhalten. Der Prozentsatz betrug, die die Prüfung nicht bestanden, war: 1904 13,24, 1906 14,91, 1909 14,47, 1912 14,52 und 1913 9,52. Am Schlusse des Jahres 1913 waren vier der Kommission überwiesene Referendare, deren Prüfung noch nicht stattgefunden konnte, vorhanden.

Heer und Flotte.

— Nach Berlin kommandierte Offiziere. Zurzeit sind in Berlin kommandiert: zum Großen Generalstab 179, zur Kriegsakademie 479, zur Militärtechnischen Akademie 254, zur Militärturnanstalt 117 Offiziere. Unter den kommandierten Offizieren der Militärtechnischen Akademie befinden sich der Hauptmann Auer vom schwedischen Heere und die Hauptleute Botanin, Catoiu und Geornawann des rumänischen Heeres.

Die Atlantikreise der deutschen Kriegsschiffe. Die beiden Großkampfschiffe „Kaiser“ und „König Albert“ unter dem Befehl des Konteradmirals v. Rebeur-Paschwitz haben, wie gemeldet, in Victoria vor der Mündung des Kamerunflusses einen Aufenthalt von ungefähr 14 Tagen gehabt. Jetzt hat der Divisionsschef den Begleitkreuzer „Straßburg“ zu einer weiteren Küstenfahrt auf der westafrikanischen Station vorausgeschickt, um nach der Küste von Angola in See zu gehen. Von den drei Schiffen der detachierten Division hat der Kreuzer „Straßburg“ als erstes nördlich den Äquator passiert und nähert sich damit den Küstengewässern des Kolonialbestandes von Deutsch-Südwest.

Deutsche Schutzgebiete.

Kaiserliche Mitglieder des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees. Seine Majestät der König Ludwig III. von Bayern hat die Mitgliedschaft des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, wirtschaftlichen Ausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft, übernommen, die der König bereits als Prinzregent innegehabt hat. Von regierenden Fürsten sind außerdem ständige Mitglieder des Komitees: die Könige von Sachsen und Württemberg, die Großherzöge von Baden, Hessen, Sachsen-Weimar-Eisenach und Oldenburg sowie der Herzog von Anhalt.

Ausland.

Frankreich.

Die Kammerwahlen. Paris, 22. Jan. Es heißt, daß die Regierung die Absicht habe, die allgemeinen Kammerwahlen möglichst bald, wahrscheinlich schon im Monat April, zu veranstalten. Der Kriegsminister hat bereits verfügt, daß die Reservisten wegen der Kammerwahlen in der Zeit vom 12. April bis 22. Mai zu keinen Waffenübungen einberufen werden sollen.

England.

Das Flottenprogramm Churchill. London, 22. Januar. Mit großer Spannung erwartet man hier

den Ausgang des heutigen Ministerrats, der sich mit dem neuen Flottenbauprogramm Churchill beschäftigt wird. In informierten Kreisen erklärt man, daß der Marineminister unbedingt auf die Mehrheit im Kabinett zählen kann, da der Minister des Äußern Sir Edward Grey, der Kriegsminister, Oberst Seely, Mac Kenna und Lord Haldane seine Forderungen unterstützen, während Lloyd George nur auf den Premierminister Asquith zählen kann. Das Programm Churchills sieht unter anderem die Kiellegung von vier Dreadnoughts vor, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden sollen, um den Ausfall der kanadischen Dreadnoughts wettzumachen.

Spanien.

Roch keine Einigung im Streit in den Rio Tinto Minen. Madrid, 22. Jan. Die Delegierten der Ausständigen in Rio Tinto, die sich nach Madrid begeben hatten, um mit Mitgliedern der Verwaltungsbehörde zu unterhandeln, beschloßen, morgen nach Rio Tinto zurückzukehren, da die Verwaltung es ablehnte, ihre Forderungen zu beantworten.

Portugal.

Differenzen zwischen Senat und Regierung. Lissabon, 22. Jan. Der Senat hat in der gestrigen Sitzung einen Antrag angenommen, durch den das Präsidium beauftragt wird, heute bei dem Präsidenten der Republik Protest zu erheben gegen das systematische Fernbleiben der Regierung von den Senats-Sitzungen.

Schweden.

Eine Prechkampagne gegen Rußland. Stockholm, 22. Jan. Eine äußerst heftige Kampagne wird augenblicklich von der schwedischen Presse gegen Rußland geführt. Die Blätter weisen auf die militärischen Maßnahmen Rußlands in Finnland hin und fügen hinzu, daß sich Schweden durch diese Maßnahmen schwer bedroht fühle. Das liberale „Aftensblad“ bezeichnet sie als gleichbedeutend mit den Vorböten einer Kriegserklärung Rußlands an Schweden.

Türkei.

Neue Veränderungen in den Kommandostellen? Konstantinopel, 22. Jan. Hier läuft das Gerücht, daß General Bronart v. Schellendorff, der augenblicklich die dritte Division des 1. Armeekorps in Konstantinopel befehligt, zum zweiten Chef des Großen Generalstabes ernannt werden solle. In der hiesigen Presse will man ferner wissen, daß in Kürze neue Verabschiedungen von Offizieren der Armee und Marine stattfinden werden.

Nordamerika.

15 Millionen Dollar für Radium. Washington, 22. Jan. Einer der Direktoren der Standard Chemical Company, Flannery, machte gestern abend in der vom Kongreß eingesetzten Kommission, die über das von der Regierung geplante Radium-Monopol beriet, interessante Ausführungen. Er wendete sich scharf gegen die Absichten der Regierung, die er als schädigend für die schnelle Verbreitung des Seilmittels ansieht. Ihm sei bekannt, daß einer der reichsten Leute des Landes, ein hochbetragter Industrieller, den Plan habe, im ganzen Lande 20 Hospitäler zur unentgeltlichen Behandlung Krebskranker mit Radium zu bauen. Der Millionär habe zu diesem Zweck die Summe von 15 Millionen Dollar ausgetworfen.

Luftfahrt.

Wasserflugplatz Warnemünde. Die Sturmfluten, die in den letzten Wochen an der deutschen Küste der Ostsee verheerend gewütet haben, führten zu der Befürchtung, daß die vom Reichsmarineamt und von der Nationalflugspende unterstützte Anlegung eines Flugplatzes bei Warnemünde in Frage gestellt werde. Wie sich nunmehr übersehen läßt, hat bei dem Unwetter infolge ihrer Lage zum barometrischen Tief die mecklenburgische Küste unter dem Unwetter verhältnismäßig wenig gelitten; insbesondere hat sich an der Küste von Warnemünde, dank des systematischen Ausbaues der Küstenschutzanlagen, die Düne vor dem zukünftigen Flugplatz als absolut sicherer Schutz für diesen gegen Angriffe von See aus erwiesen. Trotz des Verlustes an Arbeitszeit durch die Sturmfluten kann mit einer rechtzeitigen Fertigstellung des Platzes mit Sicherheit gerechnet werden.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Abänderung der Baubestimmungen des Stadtkreises Wiesbaden.

In einer anfangs Dezember v. J. stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich Herr Oberbürgermeister Gläffling bekanntlich ausführlich mit der Frage der Förderung des Zugzugs; im Zusammenhang damit kam er auf die Ausschließung billigeren, sich für den Ausbau kleinerer Villen eignenden Baugeländes zu sprechen. Die Anregungen des Herrn Oberbürgermeisters haben einen bemerkenswerten Nachklang in der letzten Hauptversammlung des „Architekten- und Ingenieurvereins Wiesbaden“ gefunden, wie aus dem Bericht hervorgeht, den der Verein in seinem Organ, den von Herrn Regierungs- und Bauamt Dr.-Ing. Hercher redigierten und in erweitertem Umfang in neuem Gewand erscheinenden „Technischen Mitteilungen aus Nassau und Hessen“ veröffentlicht. Herr Regierungsbaumeister Geh wies in seinen „Anregungen zur Abänderung der Baupolizeibestimmungen des Stadtkreises Wiesbaden“ nach, daß bei einem Gebäude von etwa 30 000 M. Bau summe die höhere Aufwendung im Stadtbezirk durch härtere Bauern, größere Mindesthöhen für Räume zum dauernden Aufenthalt und für Nebenräume etwa 1000 bis 1500 M. mehr beträgt als in den Vororten. Darin, daß im Stadtbezirk die Landhäuser untereinander einen größeren Abstand einhalten müßten als in den Außenbezirken, erblickt Herr Geh einen Vorteil; seine Anregungen gingen lediglich darauf hin, daß die konstruktiven Vorschriften rechts und links ein- und derselben Grenzstraße die gleichen sein müßten. Die Polizeiverwaltung sei in Wiesbaden-Stadt und in den Vororten eine staatliche, es könne daher nicht eingesehen werden, warum der Bauherr auf städtischem Gebiet für Konstruktionen mehr aufwenden müsse wie derjenige auf ländlichem Gebiet. Wenn auch nach den Paragraphen der Bauordnung für den Stadtbezirk Ausnahmen gewährt werden könnten, so sei es doch nicht jedermanns Sache, auf dem Wege der Erwirkung einer Ausnahme diejenigen günstigeren Bauverhältnisse zu erzielen, die in den Vororten an und für sich gegeben seien.

Mit anderen Worten gesagt, heißt das: die Wiesbadener Baupolizeiverordnung erschwert die Errichtung von Wohngebäuden ganz unnötig; wenn eine unterschiedliche Behandlung der Bauvorschriften in der Stadt und in den Vororten bis zu einem gewissen Grad sachlich gerechtfertigt erscheint, so liegt doch kein Grund vor, diesen Unterschied bis auf die Vorschriften über Mauerstärke, Stundenshöhe und dergleichen auszudehnen.

In der Stadt ist nur eine gewisse Stockwerkzahl zulässig, die sich nach der Art des Bauquartiers richtet. Für die Vororte liegen vielleicht nicht dieselben Gründe zur Beschränkung der Stockwerkzahl vor, die in der Stadt zu den Bestimmungen über die Maximalhöhe geführt haben. Dafür aber erfordert dort ein sehr wichtiger Grund eine Beschränkung der Stockwerkzahl. Herr Stadtverordneter Schwank machte in der Versammlung der Architekten und Ingenieure darauf aufmerksam: „Damit der ländliche Charakter der Vororte mehr beibehalten und ihre übermäßige Ausdehnung eingeschränkt werde“. Es ist in der Tat nichts greulicheres, als wenn die städtische Bauweise mir nichts, dir nichts auf die Vororte einer Stadt verpflanzt wird. Dadurch entstehen nur zu oft wahrhaft abschreckende Ortsbilder.

Der „Architekten- und Ingenieurverein“ beschloß zuletzt, einen Ausschuß (unter dem Vorsitz des Herrn Schwank) zu wählen und zu beauftragen, Vorschläge zur Neufassung der Bauordnung auszuarbeiten.

— Todesfall. Gestern morgen entschlief nach längerem schwerem Leiden Herr Dr. Arno Köster, der Inhaber der Molkerei Dr. Köster u. Reimund in der Meißstraße.

— Der Raubmord in der Jahnstraße. Das Opfer des grauenvollen Verbrechens, das am letzten Montag die ganze Stadt in Aufregung versetzt hat, wurde gestern nachmittag unter starker Beteiligung zur letzten Ruhe gebettet. Pfarrer Gruber hielt in der Trauerhalle des Südfriedhofs, die bis auf den letzten Platz gefüllt war, eine längere Rede, in der er zunächst das Entsetzliche des Verbrechens schilderte, daß die Tote jäh aus dem Leben gerissen hat. In der Ermordeten handle es sich um eine Person, die ein treues Kind ihrer Kirche gewesen sei und die in der letzten Weihnachtszeit noch in frommer Gesinnung die heiligen Sakramente empfangen habe. Lautes Schluchzen überdünnte dann und wann die Worte des Redners. Pfarrer Gruber nahm auch die Einsegnung der Leiche am Grabe vor. — Leider ist auch bei dieser Gelegenheit wieder Klage zu führen über das wenig angemessene Benehmen zahlreicher, meist dem weiblichen Geschlecht angehöriger Personen. Die Leidtragenden vermochten bei dem Andrang

verlor sich die dekorierte, behänderte, hamarrierte Gesellschaft in den Sälen. Jeder hatte seinen Grandordon, jede Frau irgendwelches Diadem. General Plantes, Paul Herwig, Advokat Genri-Robert. Aber der Präsident geht fort, und Frau v. Schoen will nicht, daß die Präsidentin ihre Orchideen verpflanze. Très bien, très bien!, ruft der Vortragsleiter in bester Laune, rösig und lächelnd. Verbeugungen, Dankagung. Dann der Versuch der Vortragsleiter in allen Teilen. „Ich weiß nicht, wie sie es machte“, sagte der Gastgeber vor der unbehaglichen Vademanne der Königin Hortense, „das Ding braucht 8 Stunden, um anzukommen.“ Aber man bewunderte nicht minder das Rojoil.“ Karl Laßm.

Der neue Sudermann.

Aus Hamburg, 20. Jan., schreibt unser Korrespondent: Es war das eritemal, daß sich eine Sudermann-Premiere nicht in der Reichshauptstadt begab. Wolke Hermann Sudermann, der viel und oft zu Unrecht Geärrerte, sein neues Werk einmal einem anderen, unbefangenerem Publikum und einer anderen, weniger bissigen Kritik vorsetzen. Es mochte so scheinen, aber nun man das neue Stück kennt, diese fünfaktigen „Lobgesänge des Claudian“, die das hübsame Hamburger Publikum im Deutschen Schauspielhaus von acht bis Vitternotti erleben durfte, wird man wohl annehmen müssen, daß sich in Berlin keine Bühne von Rang gefunden hat, die bereit gewesen wäre, das Wagnis einer Uraufführung dieser weißschweifigen, redseligen und monoton dramatisierten Historie aus dem verfallenden römischen Reich zu übernehmen.

Herrmann Sudermann hat mit diesem historischen Trauer-

spiel gewiß keine besonderen künstlerischen und literarischen Absichten gehabt. Ihm mag als Ziel seines Ehrgeizes eine von modernem Geiste erfüllte geschichtliche Tragödie dargeboten haben. Unser modernes Drama seit Heibel, Ibsen und Hauptmann begnügt sich nicht mehr mit dem Gegenständlichen; es zerlegt die Dinge und Geschehnisse in ihre feinsten, inneren Bestandteile, es ist ganz und gar Analyse geworden, mag es sich nun um materielle, geistige oder seelische Vorgänge handeln. Hermann Sudermann wird nun vielleicht geglaubt haben, das historische Drama von allen materiellen Geschehnissen befreien und an ihre Stelle die detaillierte Analyse von Seelenstimmungen historischer Persönlichkeiten setzen zu müssen, um modern im feinsten Sinne zu sein. So kommt er fünf Akte lang psychologisch, immer nur psychologisch. Und da durchaus keine Taten geschehen, so müssen die Personen reden, immer nur reden. Und sie hören nicht eher auf, bis sie mehr oder minder plötzlich in ein besseres Jenseits befördert werden. In diesem Drama wird keine Historie dargestellt, sondern Historie erklärt. Es ist also gar kein Drama, sondern ein in fünf Kapitel zerlegtes Kompendium der Meinungen Hermann Sudermanns über die unterschiedlichen Seelenstimmungen der Herrin Stilicho, Verweser des weströmischen Reiches, Marius, König der Westgoten, und des Dichters Claudius Claudianus, nach dessen Lobgesängen auf Seine Majestät den defakenten und verklärten Kaiser Honorius das Stück unbedeutenderweise seinen Namen hat. Was sich zwischen diesen Personen und einer großen Fülle anderer Rüstlinge vollzieht, bleibt so ziemlich das Geheimnis des Dichters. Wir hören allerlei von den Verdätnissen des großen Vandalenstammes Stilicho, der das in allen Augen trachtende weströmische Reich (fünftes Jahrhundert n. Chr.)

durch die suggestive Macht seiner Persönlichkeit zusammenhält, und seinen freundschaftlichen Beziehungen zu dem temperamentvollen Dichter Claudius Claudianus, der alle Tugenden Homers und Virgils in seiner Person vereint. Diese Beziehungen erhalten durch einen Gewaltstreich des Dichters, der seinem erhabenen Vöner den wackeren Westgotenkönig Marius in die Hand spielt, eine schwere Erschütterung, die in ihrer Konsequenz mit dem tödlichen Erntis der beiden Hauptpersonen endet. Mehr Materielles läßt sich beim besten Willen nicht aus der Remourentheit des Stückes herausfinden. Alles andere ist Berede oder nach des Dichters Meinung Psychologie. Aber da die lebenden Personen niemals menschliche Töne anschlagen, sondern immer nur vom Dichter am Schreibtisch kuglich und ohne Wärme erlassene Ansprachen über sich selbst halten, so wirkt das Ganze in seiner horrenden Monotonie grenzenlos langweilig, und nur ein paar schöne Bühnenbilder und eine sehr hübsch vorbereitete Szene des zweiten Aktes, die in der Festsation der heiligen Erscheinung des gebirkranken Kaisers Honorius gipfelt, werfen häßliche Farben in die trostlose Ode dieses grausamen Stückes.

Das Publikum, unter dem sich zahlreiche Berliner Gefanden, war von rührender Geduld. Obwohl man durchweg der Ansicht war, eine herzlich wenig aufregende Sache zu erleben, harrte man treu aus, um am Schlusse des Stückes den Dichter auf der Bühne zu sehen, der sich dann auch etliche Male verneigen konnte. Aber diese Enttäuschung wird ihn nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die deutsche Bühne mit diesem kalten und blutleeren Romanstück nichts gewonnen hat. Daran konnte auch die wackere Arbeit des Schauspielers unter der Regie von Alex Otto nichts ändern. Kurt Kähler.

der Neugierigen kaum in die Trauerhalle hineinkommen; eine der Hochbläserinnen an dem Eingang ging dabei in Splitter. Auch am Grab war der Jubel des sensationellsten Publikums ein äußerst ungestümes; es drängte sich durch Federn, zertrat die Gräber, und den wirklich Leidtragenden war es vielfach unmöglich, bis zu der Gruft vorzudringen.

— **Feuerbestattung.** Mit Zustimmung des Herrn Ministers hat der Regierungspräsident genehmigt, daß der städtische Bestattungsordner August S o l l i durch das preussische Feuerbestattungsgesetz geforderte Prüfung der Einföhrung, welche seither nur von dem Königl. Kreisarzt vorgenommen wurde, künftig ebenfalls vornehmen kann. Am Donnerstag erfolgte zu diesem Behuf seine Vereidigung durch den Polizeipräsidenten. — Im weiteren hat der Magistrat — worauf bei dieser Gelegenheit nochmals aufmerksam gemacht sei — genehmigt, daß die für Preußen getroffenen lechtwilligen Verfügungen für Feuerbestattung künftig in dem Bureau der Reichshofverwaltung (Rathaus, Zimmer 23) in amtlichen Verwahrung genommen werden. Wer also den Wunsch hat, daß hier seine diesbezügliche Verfügung aufbewahrt werde, kann es dort erklären. Es wird ihm eine entsprechende Bescheinigung darüber ausgestellt.

— **Die ehemalige Dr. Schirmische Handels- und Gewerbeschule** spielte in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Wiesbaden eine Rolle. Sie war die Ergänzung zwischen der Elementarschule und den oberen Lehranstalten, da von diesen nur die Gymnasien bestanden. Noch Einföhrung der früheren höheren Bürgerschule, heutigen Oberrealschule, verlor die Schirmische Schule allmählich ihre Bedeutung und ging ein. Noch im Anfang der 60er Jahre war die Schirmische Schule von fleißigen und auswärtigen Schülern, darunter auch Ausländern, lebhaft besucht, und viele ältere Wiesbadener werden sich noch der Schüler der Schirmischen Schule, namentlich als Jugendwehler, in einer fleischamen Uniform, ähnlich der wohl heute noch bestehenden Frankfurter Jugendwehler, erinnern. Dr. Schirm, ein ehemaliger naissaufischer Elementarlehrer aus Scheuern bei Nassau a. d. L., der späterhin noch ein Universitätsstudium durchmachte und im Ausland, insbesondere in England, sich in den Sprachen ausbildete, war der Begründer des nach ihm benannten Knabeninstituts, in dessen Verwaltung sich auch seine Frau, eine geborene Engländerin, betätigte. Der einzige Sohn Dr. Schirms, der 1852 geborene Walter C. C. Schirm, wohnt jetzt in Berlin, nachdem lange Zeit hindurch Karlsruhe sein Domizil gewesen ist. 1881 trat Dr. Schirm von seiner Schule, die bei ihrer Begründung noch fast vereinzelt rechts am Eingang der Elisabethenstraße, heutigen fortgesetzten Launusstraße, stand, zurück, die dann an deren bisheriger Lehrer Dr. Ferdinand Haas und Lindner überging. Lindner war zuletzt alleiniger Inhaber der Schule, muß aber kein Glück gehabt haben mit dem Institut, denn er verließ plötzlich Wiesbaden und entließ sich. Die Lehranstalt aber ging ein.

— **Sicherlich werden nun besonders die ehemaligen Schüler der Schirmischen Schule gern Kenntnis davon nehmen, daß ein junger Wiesbadener, Herr Walter Paul, Sohn des bekannten Stenographielehrers Heinrich Paul, die Geschichte der Schirmischen Handels- und Gewerbeschule zum Gegenstand einer historisch-pädagogischen Abhandlung gemacht hat, die im Druck erschienen, dem Andenken des verstorbenen Gründers der Schule gewidmet ist und ihnen manche liebe Erinnerung in die Jugendzeit aufzuleben wird. Der Name Schirm aber wird außer in der Schulgeschichte unserer Stadt auch in der städtischen Verwaltung fleißig mit Ehren genannt werden dürfen, denn sein Träger ist auch als langjähriger Gemeindevorstand und städtischer Schulvorstandsmittglied, sogar eine Zeitung als Stellvertreter des Oberbürgermeisters, mit voller Umgebung tätig gewesen. Auch die heute noch so legendär wirkende „Augenheilanstalt für Arme“ ist durch Dr. Schirm ins Leben gerufen worden. Er war lange Zeit hindurch Vorsitzender des Aufsichtsrats derselben.**

— **Der unlautere Wettbewerb.** Der vorgestrige Urteilsabgang des „Kaufmännischen Vereins“ galt dem unlauteren Wettbewerb. Der Syndikus des Vereins, Rechtsanwalt Dr. Beres, gab an der Hand von zahlreichen Beispielen in dem juristischen Standpunkt aus beleuchtetes, sehr interessantes Bild über die einzelnen möglichen Verhältnisse. Insbesondere sei es heute möglich, nach dem dehnbaren § 1 des Gesetzes, der jede Handlung, die gegen die guten Sitten verstößt, verbietet, manche Unlauterkeit zu unterbinden. Freilich steht dieser Paragraph keine Strafen vor, sondern es kann nur auf Unterlassung, bei Nachweismöglichkeit des Schadens auch auf Schadenersatz geklagt werden. In gleich verständlicher Weise besprach der Referent die übrigen Gesetzesparagraphen, insbesondere den Ausverkauf, die Beamtenbeschäftigung und das Firmenrecht, indem er ebenfalls zahlreiche Beispiele vor Augen führte. Die angeführten gerichtlichen Entscheidungen waren zum Teil nicht recht verständlich insofern, als es z. B. nicht gestattet ist, Lebkuchen, die nicht in Nürnberg gefertigt sind, als Nürnberger Lebkuchen anzupreisen, dagegen ist es z. B. den Thüringer Spielwarenfabriken erlaubt, ihre Fabrikate als Nürnberger Spielwaren zu bezeichnen. Der Gattungsbegriff ist hier zweifellos in direkt entgegengesetztem Begriff entschieden. — Der Korreferent, Kaufmann G. M o e d e l, sprach über das Gesetz in der Praxis. Wenn man bedenkt, daß das Gesetz seine Entstehung in der Hauptsache dem Gedanken einer möglichststen Erschwerung und Behinderung der Ausverkaufsflecke verdankt und daraufhin den Inhalt der Anzeige prüft, so läßt man auf den ersten Blick, daß gerade das Gegenteil erreicht worden sei. Trotz erheblicher Verbesserung sei dem Schwindel ein ausgiebiges Feld eingeräumt. Die Fingigkeit in der Ausgestaltung der Sonderangebote sei erstaunenswert, aber auch tief traurig für den Kaufmann selbst, dessen Stand dadurch sicher nicht gehoben würde. Das Publikum benütze die Windigkeit der Kaufleute und warte die Ausverkäufe ab, bei denen die Waren sozusagen verschenkt würden. Um nicht ganz kaltgestellt zu werden, seien auch die besseren Geschäfte heute gezwungen, mitzumachen. Das ganze Gebahren sei heute kein Konkurrenzkampf mehr, sondern vielmehr ein Kampf um die Existenz. Der Redner warnte dringend zur Einsicht und hofft, daß korrespondierende Firmen mit gutem Beispiel vorangehen, damit das Geschäft wieder in solidere Bahnen gelenkt würde. Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, die seither von dem Verein selbständiger Kaufleute in ausgiebiger Weise erfolgte, wird nunmehr von dem „Kaufmännischen Verein“ fortgesetzt, und es ist letzterem gelungen, den bewährten Geschäftsföhrer Herrn Karl Ehrhardt zu gewinnen. Zu seiner Unterstützung beantragte der Referent die Wahl einer Kommission, um abdann noch intensiver den unlauteren Wettbewerb bekämpfen zu können. Die beiden Referate fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung, die sich an der folgenden Erörterung zahlreich beteiligte. Der 1. Vorsitzende Herr G. G l ä s s i c h, wies in seinen Schlussworten

u. a. ganz besonders darauf hin, daß bei gemeldeten unlauteren Handlungen seitens der Antragsteller unbedingt die Unterlagen beizubringen sind, um erfolgreich vorgehen zu können. Er unterstützte ferner den Antrag Koedel, der alsdann einstimmig Annahme fand.

— **Der Nassauische Viehhändlerverein** hielt gestern hier eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Jaak Rahm (Viehdich) besprach die Quarantänebestimmungen und teilte mit, daß nunmehr nur die aus versuchten oder jechenverdächtigen Gebieten in den Bezirk eingeföhrten Tiere jeder Art einer Quarantäne zu unterstellen seien. Dies gelte für alles Vieh aus den Provinzen Ost- und Westpreußen. Der Vorsitzende des Bundes der Viehhändler Deutschlands in Berlin Hermann Daniel (Dierdorf) hatte ein Schreiben an den Vorsitzenden des Nassauischen Viehhändlervereins gerichtet, in dem er den Wiederantritt des Nassauischen Viehhändlervereins an den Bund empfahl. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Wiederantritt nicht zu vollziehen. Die Rehger in Wiesbaden und die in Worms sind die einzigen in Westdeutschland, die auf ihren Viehmärkten bei einem ausgeföhrten Kauf nicht sofort dem Viehhändler den Kaufpreis zahlen müssen. Eine Änderung in dieser Hinsicht in Wiesbaden ist von Vorstandsmittgliedern des Nassauischen Viehhändlervereins erwogen worden, dahingehend, daß bei der Übergabe des Viegscheins des verkauften Stück Viehs an den Rehger sofort dem Händler der Kaufpreis zu entrichten sei. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß es dem Viehhändler, der doch zu dem Handels- und Gewerbeband gehöre, nicht gestimme, sich sozusagen als Kollektant, ja, Handelsbörse oder gar als Bettler behandeln zu lassen, wenn er noch nach Wochen sich bei seinem Schuldner ratenweise das Geld holen müsse. Man einigte sich dahin, eine Kommission zu wählen, die mit dem Vorstand der Viehschermung Wiesbaden über diesen Punkt verhandeln und das Ergebnis der demnächst zu berufenden Generalversammlung unterbreiten solle. In diese Kommission wurden gewählt: der 1. Vorsitzende Jaak Rahm (Viehdich), der 2. Vorsitzende Peter Schmidt (Wiesbaden), Hermann Geh, Gustav Kaufmann, Jean Graf, sämtlich hier, Hildeb Rehger (Holzhausen u. d. Aar), Jakob Heyman (Müdershausen), Moriz Katz (Sonnenberg), Joseph Levi (Viehdich), Emmanuel Gapp (Mainz).

— **Bewährt hat sich bei uns das neue Gesetz, nach welchem** Personen, welche sich der Unterstützungspflicht für Angehörige böswillig entziehen, auf Antrag der Unterstützungsverbände in einem Arbeitshaus untergebracht werden können. Verschiedene Personen von hier befinden sich auf Grund deselben bereits im Arbeitshaus. Sie bitten samt und sonders flehenlich um ihre Wiederentlassung und versprechen, in der Folge nach besten Kräften für die Jünger zu sorgen. In der letzten Sitzung des Stadtausschusses lagen nicht weniger als 10 einschlägige Anträge zur Beschlußfassung vor. Es handelte sich dabei um zwei Ehepaare, einen Möbeltransporteur, einen Zeitungsboden, einen Techniker und Installateur, einen Expedienten, einen Fuhrmann, einen Tagelöhner, einen Krankenpfleger und Zeitungverkäufer sowie ein lediges Mädchen. In einem Fall wurde dem Antrag stattgegeben, in neun Fällen erfolgte die Verlegung zwecks weiterer Aufklärung der Fälle.

— **Konkursverfahren.** Über das Vermögen des Bildhauers Ludwig Sch u l z, vertreten durch seinen gerichtlichen Vertreter Reinier Philipp Marxmann, ist das Konkursverfahren eröffnet. Kaufmann Karl Brodt wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. Februar beim fleißigen Amtsbüro anzumelden. Die erste Gläubigerversammlung ist auf den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, anberaumt.

— **Personal-Nachrichten.** Der Gerichtsassessor Dr. Michel in Frankfurt a. M. ist dem Amtsgericht in Höchst zur Beschäftigung überwiesen.

— **Kleine Notizen.** Die fleißigen Kaler beabsichtigen, sich zu einem Verbande zusammenzuschließen. Zu diesem Zwecke findet am Samstag, den 24. d. M., abends 9 Uhr, in der „Mainzer Bierhalle“, eine öffentliche Regiererversammlung statt.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultus-gemeinde. (Synagoge: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 5 Uhr. Sabbat: morgens 9 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 5:55 Uhr. Dienstag, den 27. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr: Festgottesdienst anlässlich des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs. Gottesdienst in der Neben-synagoge: Montag: morgens 7 1/2 Uhr, abends 5:55 Uhr. Dienstag, den 27. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr: Festgottesdienst anlässlich des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs. Gottesdienst in der Neben-synagoge: Freitag: abends 4 1/2 Uhr. Sabbat: morgens 8 1/2 Uhr. Sonntag: 10 1/2 Uhr. Jugendgottesdienst nachmittags 2 1/2 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 5:55 Uhr. Festgottesdienst mit Predigt zur Geburtstagsfeier Sr. Maj. des Kaisers und Königs: Dienstagmorgen 8 1/2 Uhr. Donnerstag: morgens 7 1/2 Uhr, abends 4 1/2 Uhr.

Talmud Thora-Verein Wiesbaden. Kerkstraße 16. Sabbat: morgens 4:45, morgens 8:30, russisch 9:30, Rinde 4:45, Ausgang 5:55. Donnerstag: morgens 7:30, Rinde und Schür 4:45, Maarif 8:15.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

• **Aurhaus.** Das 9. Jubiläumsgesert mit Fräulein Alice Ripper als Solistin und unter Leitung des städtischen Musikdirektors Karl Schürich findet nicht, wie irrtümlich im Inseratenteil mitgeteilt wurde, Samstag, den 24. Januar, sondern heute Freitag, den 23. Januar, statt.

• **Vortrag.** Evangelisations-Versammlungen von Evangelist Binde werden vom 28. Januar bis 31. Februar stattfinden. Herr Binde wird am 28., 29., 30. und 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Vorträge für jedermann (Männer und Frauen) in der Marktschule halten. Am 1. und 2. Februar finden Vorträge für Männer jeden Alters und Standes im Restaal der Turnerschaft statt. Außerdem wird Herr Binde bischöfliche Vorträge nachmittags 4 1/2 Uhr im Saale des Vereinshauses, Pfalterstraße 2, halten, mit Ausnahme des 28. und 31. Januar.

• **Wiesbadener Künstler auswärts.** Die bestens bekannte Klavierkünstlerin Johanna Klein gab am 18. d. M., einflamierföhrer in Karlsruhe und erzielte dabei einen glänzenden Erfolg. Die „Badische Presse“ schreibt darüber: „Eine wunderliche Klavierkünstlerin, Fräulein Johanna Klein, zeigte in einem eigenen Vortragabend ein hartes, gepflegtes, bismittliches Talent. Ihre Technik ist schon jetzt sehr entwickelt, ist sauber und sicher, im Hinblick von großer Zartheit und doch auch wieder ausdrucksvoll kräftig, wo es der Stoff verlangt, und von einer gewissen unwillkürlichen Föhrigkeit. Die Chaconne von Don-Pasquale trug sie trotz all der Schwierigkeiten überaus gewandt vor, ebenso die D-Moll-Sonate von Liszt, die sogar einen großartigen Eindruck aufwies. Die drei letzten Nummern des Programms: „En route“ von Chopin, „Ritornelle variée“ von Mozart und eine Föhrde von Saint-Saens. Diese sie ganz entzückend. Das Mozartische gewährt einen Genuss für sich.“ — Der „Badische Volksbote“ urteilt folgendermaßen: „Fräulein Klein spielt in schon erkannlich sicher, kräftig, bis in die Details ausgeföhrte. Dabei der Ausdruck classisch und harmonisch. Aber sie hat nicht nur die Technik geübt — wie man das oft findet —, so daß alle Grazie und Anmut verloh, und nur eine

leere Glätte zurückbleibt, sondern sie hat in ihrem Vortrag vor allen Dingen das Kunstwerk mit seinem Geföhrgehalt zum Ausdruck zu bringen versucht. Hierbei kommt ihr bei aller Jugend eine echte musikalische Begabung zu Hilfe, etwas Unmusikalisches, das sie heute schon, oft noch unbewußt, die richtige Farbe und den richtigen Ton treffen läßt. Aber gerade dieses Unmusikalische, das sich nicht erlernen läßt, sondern Anlage ist, föhrt aus der warmblütigen, inneren Anteilnahme, auch aus dem gefunden Sinn für röhmisches Leben.“

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus der Sonnenberger Gemeindevertretung.
y. Sonnenberg, 22. Jan. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung stand erneut der Ankauf zweier Wiesen im Goldsteintal zur Beratung und Beschlußfassung. Die Angelegenheit wurde bis zum 1. März vertagt. Von dem Urteil des Königl. Landgerichts in einer Prozeßsache gegen die Gemeinde wegen Zurückzahlung irrtümlich gezahlter Juwachtsteuer wird Kenntnis genommen. Im Hinblick auf die die Gemeinde verurteilende Entscheidung wurde ein zweiter Antrag auf Rückzahlung von Wassergeld, bei welchem die gleichen Umstände vorliegen sollen, genehmigt und die Rückzahlung nebst Zinsen beschloffen. Von einem Schreiben des Magistrats Wiesbaden über den Zeitpunkt der Kanalisation der Kaiser-Friedrich-Straße wird Kenntnis genommen. Die Anlieger müssen sich bis zum Jahre 1918, dem vom Kanalbauamt festgesetzten Zeitpunkt, gebulden. Die Versammlung wünscht den Abschluß des Fluchtlinienverfahrens und beschließt demgemäß vorstellig zu werden. Nach einer Mitteilung des Wiesbadener Kanalbauamts kann mit den Arbeiten zur Kanalisation der Rathausstraße und des Kreuzbergwegs in spätestens 8 Monaten begonnen werden, da die Straßenarbeiten so gefördert werden können, daß noch vor der Ernte deren Freigabe für den öffentlichen Verkehr erfolgen kann, wird die ursprünglich gestellte Frist um einige Wochen verlängert. Die vom Konfistorium beabsichtigte Verbindung der beiden Organismen in der evangelischen Kirche mit zwei Lehrstellen erhält die Genehmigung der Gemeindevertretung. Auf den Antrag, betr. Ankauf einer kleinen, in die Wiesbadener Straße fallenden Teilfläche, soll diese Fläche von rund 12 Quadratmeter zu dem Nutzenpreis von 500 M. angekauft werden. Das Gehalt der zweiten Bekannte wird auf 220 M. jährlich festgesetzt. Zur besseren Beleuchtung des Kreuzbergwegs hat der Gemeindevorstand die Aufstellung einer Laterne gegenüber dem Diakonissenheim beschloffen. Der Einbau des Kanals in die Jungferngartenstraße wurde vom Kanalbauamt davon abhängig gemacht, daß die Kosten einer etwa notwendig werdenden Kanalverlegung infolge einer Änderung der noch nicht förmlich festgestellten Fluchtlinien von der Gemeinde übernommen werden und daß ein Weg von der Jungferngartenstraße nach dem Kreuzbergweg vorgesehen wird, damit sich eine Spülverbindung herstellen läßt. Die Kosten für eine etwaige Kanalverlegung werden übernommen, weil eine Änderung der Fluchtlinien nicht mehr zu befürchten ist. — Die zurzeit offenliegende Wählerliste zu den im März stattfindenden Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung weist bei 706 Wahlberechtigten eine Gesamtsteuersumme von 121 624 M. 16 Pf. auf. Hierin ist eine Anzahl steuerkräftiger Ausländer nicht enthalten. Die Wählerabteilungen umfassen in Abteilung 1 32, in Abteilung 2 110 und in Abteilung 3 654 Wähler.

• **Viehdich, 22. Jan.** Die Freiwillige Sanitätskolonne vom roten Kreuz, a. B., hielt in der Turnhalle am Kaiserplatz ihre jährliche Mitgliederversammlung ab, die Kolonnenführer Lange in der Verbindung des 1. Vorsitzenden leitete. Nach dem Geschäftsbericht verfügte die Kolonne in dem verfloffenen 90. Vereinsjahr über 44 diensttunde, 4 nichtdiensttunde, 2 Ehrenmitglieder und 128 außerordentliche Mitglieder. Es wurden 25 Übungsfunden abgehalten und 40 Wochen gestellt. Der städtische Krankenwagen wurde 168mal befehrt, hiervon waren 141 Kranke und 27 Verletzte. Die Einnahmen betragen 1187 M. 84 Pf., die Ausgaben 1026 M. 35 Pf., Kassenbestand am 1. Januar 1914 161 M. 49 Pf. Kassenführer Wallenstein legte sein Amt wegen Arbeitsüberhäufung freiwillig nieder, an seiner Stelle wurde Zugführer Bauer gewählt. Der Wert des Inventars betrug am 1. Januar 1913 1637 M. 50 Pf., am 1. Januar 1914 1077 M. 20 Pf., hat somit eine Erhöhung von 389 M. 50 Pf. erfahren.

• **Hierstadt, 22. Jan.** Der Schulvorstand hatte zur Besetzung der durch Stellenfall eines Lehrers freien Lehrerstelle dem Gemeinderat die Wahl des Lehrers Reb aus Werabahn empfohlen. Der Gemeinderat wählte infolgedessen gestern abend den Lehrer Dietrich aus Strochbergbach im Kreise Dieckensdorf.

• **Erbenheim, 21. Jan.** Der „Turnverein“ hielt seine gut besuchte Hauptversammlung im Gasthaus „Zum Löwen“. Die verschiedenen Jahresberichte zeigten ein rühmliches Fortschreiten auf allen Gebieten der Leibesübungen. Die Mitgliedszahl beträgt 248. In 92 Turntagen turnten 2821 Turner, 48 Knaben nahmen an Schülerturnen teil. An 4 Turnfahrten beteiligten sich 103 Erwachsene und 30 Schüler. Zum Geländebiel bei Koppensheim waren 53 Turner und Schüler sowie zwei Sanitäter ausgesandt. Karl Weiß gebürt 48 und Heinrich Drecher und Heinrich Ulrich 40 Jahre dem Verein an. Den Turnern Karl Stoll, Adolf Schäfer und Heinrich Seiger wurden wegen 25jähriger Mitgliedschaft Ehrenurkunden überreicht. Die Vorstandswahl hatte folgenden Ergebnis: Lehrer Dienbach 1. Vorsitzender, Heinrich Wilhelm Kende 2. Vorsitzender, Georg Koch Kaffner, Wilhelm Häuser 1. Schriftwari, August Dambel 2. Schriftwari, Karl Krag 1. Turnwart, Emil Krag 2. Turnwart, Peter Schaab jun. Mitgliebwari, Karl Merten 1. Zeugwari, Fritz Schröder 2. Zeugwari und Karl Seel Bismarckwart.

Nassauische Nachrichten.

Die Weilsburger Kaserne.

ba. Weilsburg, 18. Jan. Dieser Tage ist die alte Kaserne der fleißigen Unteroffizier-Vorstände für den Preis von 60 000 M. endgültig in den Besitz der Stadt übergegangen. Die Stadt hat sich schon seit längerer Zeit große Mühe gegeben, die Gebäulichkeiten nebst den dazu gehörigen ausgedehnten Gärten auf ein industrielles Unternehmen zu verkaufen, jedoch ohne Erfolg. Jetzt ist nun beabsichtigt, die Gärten in kleinen Parzellen zu verpachten und die Kaserne für Schulzwecke zu verwenden, und zwar sollen die Elementarschule und die höhere Mädchenschule dort untergebracht werden. Dieser Plan hat große Aussicht, bewerkstelligt zu werden, besonders, da andernfalls sich die Stadt zum Neubau eines Elementarvorkaufgebäudes entschließen müßte, weil das jetzige in baulicher und anderer Hinsicht nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügt. Nach dem bestehenden Projekt soll der noch aus nassauischen Zeiten stammende Mittelbau der Kaserne abgerissen und neu für Schulzwecke aufgeführt werden, während die erst in den 70er Jahren errichteten mittleren Seitenflügel stehen bleiben und als Lehrerwohnungen Verwendung finden sollen. Regierungsbaumeister Winkelmann und Architekt Dr. Schaub haben sich dahin ausgesprochen, daß die Kaserne sich sehr gut für den gedachten Zweck eignen würde. Es sollen demnächst Verhandlungen für den geplanten Neubau angeferigt und diese der königlichen Regierung zur Begutachtung unterbreitet werden.

2. Erbad i. Rhg., 21. Jan. Unter dem Vorsitz des Direktors der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Raiffeisen-Organisationen, Dr. Rolden (Frankfurt a. M.), fand hier heute eine Versammlung des Kreisverbands der Rheingauer Wingervereine statt. In dieser Versammlung waren insgesamt 22 Vereine vertreten. Weinbauinspektor Schilling (Weisenheim) hielt einen Vortrag über die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms und über die der häufig auftretenden Krankheiten Peronospora und Oidium. Anschließend sprach Herr Bauer (Büsch) über die Pflanzpflicht und die Berufsgenossenschaften. Zum Schluss sprach Verbandssekretär Griesse (Frankfurt a. M.) über den zurückgehenden Weinkonsum und seine Ursachen: die Konkurrenz der Auslandsweine, die Abstinenzbewegung und der ständig steigende Bierkonsum.

Limburg, 21. Jan. Der langjährige Stadtverordneten-Vorsitzer und Ehrenbürger der Stadt Limburg, Kommerzienrat Cahen-Silb, hatte gebeten, bei der Wahl eines Stadtverordneten-Vorsitzers von seiner Person absehen zu wollen; trotzdem wurde er einstimmig wiedergewählt.

Löhberg, 21. Jan. Am Samstag übergab die Konsolidationsarbeiten in Selters ausführende Unternehmer Böerner aus Wiesbaden dem bei ihm beschäftigten Arbeiter und früheren Buchdrucker Dreßl aus München die Summe von 160 M. zur Auszahlung an die anderen Arbeiter. Dreßl steuerte das Geld aber nicht ab, sondern suchte damit das Weite. Bis jetzt konnte er noch nicht ergriffen werden.

Aus der Umgebung.

Wiesbaden, 21. Jan. Seit dem 25. November v. J. ist die 25 Jahre alte in Wiesbaden geborene Marie Leineweber verschwunden. Nach einem zurückgelassenen Brief wollte sie sich das Leben nehmen. — Seit dem 2. Januar fehlt jede Spur der Verkäuferin Marie Kehler, die ihre Stelle Ende Dezember ordnungsmäßig aufgab.

Gerichtssaal.

we. Freihaltung der Bürgersteige. Die Johanneffe Faust stand an einem Sonntag, gerade um die Mittagszeit, an der der Verkehr ein besonders starker ist, einen großen Korb unter dem Arm, auf dem besonders schmalen Bürgersteig der Bellrichstraße in Wiesbaden. Sie wurde von einem Schuttmann mehrfach aufgefordert, dem Publikum Platz zu machen, tat das jedoch nicht, mit der Bemerkung „Die können um mich herumgehen“. Das Schöffengericht erhöhte die durch Strafverfügung über sie verhängte Geldstrafe von 5 M. auf 15 Mark.

we. Weinbergsgläube und Wildbier. Der 70 Jahre alte und bereits zweimal wegen Jagdvergehens vorbestrafte Landwirt Johann Wurlhardt aus Frauenstein hat als Weinbergsgläube mittels seiner Pistole, die ihm zur Vertheidigung des Raubzeugs überantwortet ist, am 5. Oktober einen Hosen geschossen. Seinem hohen Alter hat er es zu danken, wenn das Schöffengericht ihn mit 20 M. Geldstrafe davonlies.

we. Recht hegehaft genommen haben sich in einer Wiesbadener Wirtschaft mehrere junge Leute, darunter auch der Tagelöhner Albert Geiß von hier. In Abwesenheit der Wirtin nahmen sie eine Flasche mit Kognak vom Büfett, tranken diesen aus Biergläsern, zertrümmerten die Flasche, und als die Wirtin Jähling verlangte, wurden sie unangenehm. Bald darauf erschien ein Schuttmann, stellte den Geiß zur Rede und nahm ihn schließl. als er ihn angreifen wollte, mit zur Wache. Auf dem Transport schlug er den Schuttmann mehrere Male ins Gesicht und leistete ihm bis zur Wache energischen Widerstand. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und groben Unfugs zu 1 Monat Gefängnis und 1 Woche Haft.

Sport und Spiel.

Pferderennen.

*** Cannes, 22. Jan.** Course Speciale de Haies de la Societe Sportive d'Encouragement. 2000 Fr. 1. A. Veuve-Bicards Magette (Sisson), 2. Stilton, 3. Ranola 2. 25:10. — Prix Prince Serge Galkine. 1. Fleur de Mai 4. 2. Debaux, 3. Gooz Dope 1. 48:10; 14. 15. 14:10. — Prix de Monte-Carlo 5000 Fr. 1. E. Blancs La Tour (Lisbault), 2. Valeria, 3. Grand Martin. 21:10; 15. 16:10. — Prix de la Ville de Cannes et du Conseil General. 2500 Fr. 1. S. Salles-ous Geocgie (Rozob), 2. Azarias 3. Tonelle 2. 24:10; 16. 26:10.

*** Die Ablehnung des Reichszusatzes für die olympischen Spiele 1916** durch den Budgetausschuss des deutschen Reichstages fand im Vorhause des Deutschen Schwimmverbandes, der mit etwa 60 000 Mitgliedern in mehr als 400 Vereinen über das ganze Deutsche Reich verbreitet ist, eine lebhafteste Erörterung. Es wurde beschlossen, eine Resolution der Öffentlichkeit zu übergeben, in welcher der Deutsche Schwimmverband sein tiefes Bedauern darüber ausdrückt, daß der von der Reichsregierung für die olympischen Spiele 1916 beantragte Zusatz von der Arbeit des Budgetausschusses abgelehnt wurde. Der Deutsche Schwimmverband hegt die Erwartung, daß der Reichstag den von der Regierung beantragten Zusatz für die olympischen Spiele 1916 wieder in den Etat einzustellen wird. — Der Deutsche Schwimmverband zeichnete sich auf der Stockholmer Olympiade vor allen deutschen Sportverbänden durch besonders günstige Erfolge aus. Seinen Vertretern war es in erster Linie zu danken, daß Deutschland damals in den offiziellen Übungen unter den Nationen an die vierte Stelle rückte.

*** Der Robellus „Laurus“** veranstaltete Sonntag, den 25. Januar, mittags 12 Uhr, auf der Nordbahn am großen Feldberg ein Wettrennen um die Meisterschaft vom Laurus, die von B. Scheuch-Frankfurt zu verteidigen ist. Ammittags 1 Uhr findet die Fernfahrt vom Wiesel des Feldbergs nach Kallenstein statt. Meldungen werden am Start entgegengenommen.

*** Die erste Pilotenprüfung** nach den neuesten Bestimmungen des Deutschen Luftfahrverbandes bestand am Samstag auf dem Flugplatz Schwärzen-Görries Herr Alexander v. Wismar. Der Pilot landete aus 100 Meter Höhe im anliegenden Weisfluge. v. Wismar war Schüler des Chef-piloten B. de Wolf (früher in Mainz).

== Für den Monat Sebruar ==
auf das
„Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit
im Verlag „Tagblatt-Haus“ Langgasse 21,
in der Zweigstelle Bismardring 29,
in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte,
und bei sämtlichen deutschen Postämtern.

Neues aus aller Welt.

Die Sturmshäden an der ost. und westpreussischen Küste. Königsberg i. Pr., 22. Jan. Die Schäden, die die Stürme der letzten Zeit, und namentlich die Sturmflut vom 10. und 11. d. M., an den Küsten Ost- und Westpreußens verursacht haben, betragen nach vorläufigen Feststellungen rund 2 Mill. M. Beinahe die Hälfte davon entfällt auf die Danziger Bucht. Namentlich im Memeldelta sind jedoch auch viele kleine Leute an den Bettelstab gebracht, die alles — Vieh, Vorräte, Hausgeräte usw. — verloren haben und deren Häuser teilweise recht erheblich beschädigt sind. Die Wobüne ist fast an der ganzen Küste von Memel bis hinter die Danziger Bucht weggespült, die Düne selbst ist an vielen Stellen von den Fluten untergraben und eingestürzt. Von den Seebädern ist keines von der Rut der Elemente verschont geblieben. Der einzige Erwerbszweig, der von der die See aufstrebenden Sturmflut Vorteil gehabt hat, ist die Bernsteinfischerei. Wo sonst so gut wie gar kein nennenswertes Material gefunden wurde, wurden an diesen schweren Tagen und nachher große Mengen gefischt. An der Küste des Samlandes war die Ausbeute besonders eriebia.

Die Verkehrshindernisse auf dem Rhein. Duisburg, 22. Jan. Die durch den Frost eingetretene Rheinfischfabri hat bereits den Kohlenverkehr ungenützlich beeinträchtigt. Es macht sich schon ein Mangel an Güterwagen bemerkbar.

Überschwemmung in Russland. Noworossijsk, 21. Jan. Infolge des ununterbrochenen Regens sind die Bergströme über die Ufer getreten und haben in dem Gouvernement abermals Verheerungen angerichtet. Auch Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. Auf dem Meere herrscht Sturm.

Sacharinschwamm. Konstanz, 22. Jan. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden im Gepäck eines Reisenden, der mit dem Schnellzug 7 Uhr 30 Min. weiterfahren wollte, 48 Kilogramm Sacharin gefunden. Während der Untersuchung gelang es dem Reisenden, mit dem bereitstehenden Schnellzug abzuwandern. Auf telephonische Nachricht nach Stuttgart wurde er dort verhaftet.

Explosion in einer Pulvermühle. Paris, 22. Jan. In der Kautschuk-Pulvermühle von Ripault bei Tours wurden durch eine Explosion von 500 Kilogramm Schwebelber zahlreich Arbeiter verwundet, darunter fünf sehr schwer. Man glaubt, daß die Explosion durch Kurzschluß verursacht worden ist.

Währungsveränderung eines flüchtigen Desraudanten. Hamburg, 22. Jan. Mit dem Dampfer „Pennsylvania“ traf heute früh der Generaldirektor Lindner der Sand- und Induriefabrik in Rio de Janeiro ein, der im August nach Deutschland von 800 000 M nach Amerika geflüchtet war. Er wird demnächst nach Berlin weiter transportiert werden.

Der vermehrte Dampfer „Oceano“ in Sicherheit. New York, 22. Jan. Der lange vermehrte italienische Dampfer „Oceano“ ist von dem deutschen Dampfer „Elisabeth“ gesichert, in Sandy Hook angekommen. Der „Oceano“ hatte vor 14 Tagen Vissaba verlassen und seit dem Tage blieb jede Nachricht über den Verbleib des Schiffes aus. Infolge der Verhaftung war man schon in New York in großer Besorgnis um das Schiff.

Deutscher Reichstag.

Bankpolitik und Koalitionsrecht.

S. Berlin, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht) Nach einem kleinen polnisch-elsässischen Intermezzo hielt heute im Reichstag der Reichsbankpräsident Havenstein eine große, leider aber, da Herr Havenstein ungemein leise sprach, nur von einem kleinen Kreise, der das Podium umstand, verständliche Rede. So viel man hören konnte, verteidigte unser Reichsbankpräsident unsere Diskontopolitik gegenüber den Angriffen, die gestern Dr. Trendt dagegen gerichtet hatte. Der antisemitische Dr. Berner-Giezen folgte mit seiner kaffam bekannten Kapuzinade, die heute schon kein Mensch mehr im Reichstag anhört; Gegen die Ausnahmebestimmungen der Sonntagsruhenovelle zugunsten des orthodoxen Judentums, gegen die Juden überhaupt, die offen zugegeben hätten, sie wollten den christlichen Staat beseitigen, gegen das amtliche Telegraphenbureau, das in Wahrheit auch ein jüdisches Bureau sei und gegen die Warenhäuser, „diese konzentrierte Form des unlauteren Wettbewerbs“.

Mit einer zweistündigen, sehr interessanten Rede lenkte dann Genosse Wolfgang Heine auf ein neues Gebiet über, zu den Fragen des Koalitionsrechts. Er wandte sich mit der ganzen Schärfe seiner Dialektik und mit der ganzen Kraft seiner Überzeugung gegen den Antrag Westarp und suchte zu beweisen, daß Streikzersetzung viel weniger häufig vorkämen, als man behauptete, daß ein derbes Wort des Arbeiters nicht gerade tragischer genommen werden dürfte als gewisse Kasernenhofblüten der Unteroffiziere und Leutnants, daß die wahre Gefahr aber bei dem „Lumpengefindel der Streikbrecher“ liege. Eine Behauptung, die er dadurch belegte, daß er auf den Tisch des Hauses einen mit Blei gefüllten Gummi knüppel niederlegte, der bei den Moabitern Unruhen einem Streikbrecher abgenommen wurde. Volkshildung und Organisation seien die besten Mittel gegen Erzeffe. Streikposten seien notwendig und ein Recht der Arbeiterkass. Wer das Streikpostenwesen verbieten wolle, könne ebenso gut oder schlechter den Streik selber verbieten. Und — so schließt Heine seinen Gedankenkreis — könne man weit eher von einem Terrorismus der Arbeitgeber als von einem Terrorismus der Arbeitnehmer sprechen. In der 7. Stunde vertagte das erschöppte Haus die Weiterberatung des Etats bis nächste Woche.

Zum Schluß gab es noch eine lange lebhaft bewegte Geschäftsordnungsdebatte. Graf Westarp verlangte, daß sämtliche Anträge abgelehnt und nur noch Interpellationen auf die Tagesordnung gesetzt werden, während alle anderen Parteien (durch die Abgeordneten Groeber, Spahn, Wassermann, Dove und Gaale) feststellen ließen, daß es sich nicht um Anträge im Zusammenhang mit den Interpellationen, sondern um formelle Unabhängigkeitsanträge handele. Wegen einige Duzend konservative und antisemitische Stimmen stimmte das Haus den Vorschlägen des Präsidenten zu: Morgen um 12 Uhr beginnt die Zubern-Debatte.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.
Berlin, 22. Januar.
Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Delbrück, Ministerialdirektor Dr. Caspar, Richter, v. Jonquieres, Müller, Sewald.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr.

Die zweite Beratung zum

Etat des Reichsannts des Innern

wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt. (5. Tag.) Hierzu liegen 12 Resolutionen vor.

Abg. Rawicki (Vole, bei großer Unruhe im Hause): Die polnischen Berufsvereine werden vielfach von der Polizei als politische Vereine behandelt. Das Oberverwaltungsgericht hat sich dieser Ansicht angeschlossen, in einem Falle sogar auf Aussage einer Zeugin. Von diesen wirtschaftlichen Vereinen wird daher auch die Einreichung der Mitgliederlisten verlangt.

Abg. Saegh (Elsäßer): Wir stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß die bisherige Wirtschaftspolitik beibehalten werden muß, wenn auch einzelne Modifikationen erwünscht erscheinen. Die wirtschaftlichen Erfolge waren in den letzten Jahren in Elsaß-Lothringen nicht so groß als im übrigen Deutschland.

Nirgends ist die Sehnsucht nach Erhaltung des Friedens und nach Versöhnung und Entspannung so groß wie in dem Grenzland Elsaß-Lothringen,

nirgends wirken diese Umstände mehr als dort auf das wirtschaftliche und finanzielle Wohl des Landes. Schwer empfunden wird, daß die Steuerpolitik des Reiches so tief einschneidet in die politischen Zustände des Landes. Eine alte Forderung des Reichsanntes ist, daß das Reich die für die Zollserhebung für das Reich gemachten Ausgaben in voller Höhe zurückerstatet. Elsaß-Lothringen hat sehr große Ausgaben in dieser Hinsicht, da es einen großen Transitverkehr aufweist. Die Handelskammern in Elsaß-Lothringen wünschen nunmehr schon seit 30 Jahren die Errichtung von Konsulaten, die für den elsass-lothringischen Handel sehr wichtig sind, insbesondere ist die Errichtung eines französischen Konsulats notwendig. Die Befürchtung, daß daraus eine Zentrale für französische Wählerereien entstehen würde, erregt bei uns nur ein Lächeln. Eine alte Forderung ist auch die Kolektanalisation. Elsaß-Lothringen trägt zu den Militärlasten Deutschlands so ungenügend viel bei, daß ihm endlich auf wirtschaftlichem Gebiete ein Äquivalent geschaffen werden muß. Bei einer künftigen Kollisionsnovelle muß auch eine Revisionsinstanz geschaffen werden, damit nicht zwei fiskalische Beamte Preußens und ein Vertreter eines anderen Bundesstaates die letzte Instanz für die elsass-lothringischen Werke abgeben. Elsaß-Lothringen leidet außerordentlich unter dem Reklausegesetz, das für unwirksame Mittel große Ausgaben verlangt.

Wir wünschen von der Reichsleitung mehr Verständnis für die inneren Angelegenheiten.

Wenn man Milliarden für den auswärtigen Feind ausgibt, so muß man genügend Mittel dafür zur Verfügung stellen, um der gärenden Unzufriedenheit weiter Volkskreise wirksam begegnen zu können. In dem lothringischen Industriegebiet fehlt es an geeigneten Arbeiterwohnungen. Die Kost- und Logierhäuser müssen recht genau überwacht werden. Die Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus Frankreich findet bei uns nicht rechten Glauben. Man sollte die Grenzsperr nicht so streng handhaben.

Kommissar des Bundesratspräsident des Reichsbankdirektoriums v. Havenstein:

Die Politik der Reichsbank ist ja im allgemeinen günstig beurteilt worden, aber es sind doch eine Reihe von Ausführungen gemacht worden, die Anlaß geben können zu allgemeinen Bedenken und Besorgnissen. Herr Dr. Trendt hat sich mit der Diskontopolitik genauer beschäftigt und ganz besonders das Verhalten der Reichsbank im August vorigen Jahres gelobt. Aber diese Politik war durch die Lage der Dinge vollständig gerechtfertigt und ich übernehme dafür die volle Verantwortung. Wir standen allerdings einer hochgesteigerten Wirtschaftskonjunktur gegenüber, andererseits hat der Balkankrieg zu ganz erheblichen Preisauflerungen geführt. Es sind auch die Ausführungen nicht richtig gewesen, daß sich überall ein Sinken des Privatdiskonts geltend machte. Das war nur in gewissem Maße in London der Fall, auf fast allen anderen Kontinenten herrschte eher eine steigende Tendenz des Privatdiskontes. Dazu kam ein ganz besonderes Geldbedürfnis, so daß eine allgemeine Geldknappheit herrschte. Die Geldknappheit, die hier im Hause erwähnt wurde, war nur vorgefälscht und tatsächlich nicht vorhanden. Sogar die Bank von Frankreich hatte einen für ihre Verhältnisse hohen Diskont. Dasselbe gilt auch von der Bank von England. Die Anspannung des Geldmarktes ließ erst im September etwas nach. Die Politik der Reichsbank war also bei Lage der Dinge gerechtfertigt, andererseits wäre vielleicht nur die Spekulation gefördert worden, was ein schwerer Fehler gewesen wäre.

Auch heute noch ist der Kapitalmarkt außerordentlich gespannt. Der Baumarkt liegt darnieder, daran ist die Diskontopolitik der Reichsbank nicht schuldig. Der Baumarkt hätte sich bei dem Bankdiskont sogar erholen können; wenn er sich nicht erholt hat, so liegt das an der ungünstigen Finanzierung der meisten Unternehmungen auf diesem Gebiete. Auch auf dem Hypothekemarkt zeigt sich dasselbe Bild. Auf die Rotensteuer konnten wir nicht verzichten, sie war gewissermaßen das Warnungssignal für das Publikum.

Wir sind heute hart und unabhängig von ausländischen Einflüssen.

Wir stehen auf eigenen Füßen. (Lebhafte Beifall.) Aber wir gerade in Deutschland müssen alle Ersparnisse immer wieder in das deutsche Wirtschaftsleben hineinstecken. Die Reichsbank hat natürlich ein Interesse, unserer schaffenden Arbeit Lasten nicht länger aufzulegen, als es unbedingt nötig ist, aber sie muß sich dabei nach den Zeitumständen richten. Der Redner geht dann genau auf die Frage der Goldreserve der Reichsbank und auf die Notenreserve ein, ebenso hebt er hervor, daß die Reichsbank während dieser ganzen Krise bemüht gewesen ist, die Liquidität der Banken zu erhalten. Wir haben alles getan, um Stillstand zu verhindern. (Lebhafte Beifall.) (Am ganzen sind die Ausführungen des Redners auf der Tribüne sehr schwer verständlich gewesen.)

Abg. Berner-Giezen (Wirtsch. Bgg.): Der Mittelstand muß sich gegen die Schmutzkonfurrenz und Wuchererei schützen. Der bestehende Befähigungsnaehweis muß ausgedehnt werden. Die Bevorzugung der jüdischen Geschäfte in dem Sonntagsruhegesetz wäre völlig ungerechtfertigt. Schon vor längerer Zeit habe ich in einer kurzen Anfrage wegen des offiziellen Nachrichtenbureaus angefragt, ohne von der Regierung Auskunft erhalten zu haben. Es scheint daher

richtig zu sein, daß ein internationales Kongress unter jüdischer Oberleitung besteht. Das Warenhaus ist kein Fortschritt und keine Verbesserung, sondern es ist die konzentrierte Form des unläutesten Wettbewerbs. Wir freuen uns, daß sich auch in Beamtenkreisen der Gedanke Bahn bricht, daß die Beamten nicht nur den Konsumentenstandpunkt zu vertreten, sondern das Gesamtwohl zu berücksichtigen haben. Wir verlangen von den Regierungen eine zielbewußte Mittelstands- politik. (Beifall.)

Abg. Heine (Soz.): Während wir noch die Sicherung des Koalitionsrechts fordern, verlangen die Konserverfabriken eine Beschränkung des Rechts. In diesem Kampfe zeigt sich die Übermacht der Reaktionen. Die Herren Mönche vertreten es nicht, daß das Volk selbständig seine Angelegenheit in die Hand nehmen will, um Lohnaufbesserungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erlangen. Sie wollen, daß das Volk bittet. Eine berechnete Forderung der Arbeiter halten sie für Aufsehnung. Es ist eine bewußte Volkseind- schaft, in der diese Forderung der Reaktionen zum Ausdruck kommt.

Auch wir bebauern Streikaußschreitungen; aber auf Kirchweihen und in Gasthäusern kommen aber auch Aus- schreitungen vor.

Wollen Sie deshalb die Kirchweihen beseitigen und das Schnapsbrennen aufheben? (Sehr gut! bei den Soz.) Ein Unteroffizier, Offizier oder Inspektor schimpft wie ein Hoch- sprach. Halten Sie das für erfrischende Jugendlichkeit und derbe Volksehre? Ganz anders wird geurteilt, wenn ein Arbeiter ein kräftiges Wort gebraucht. Wenn die Volksbil- dung gefördert wird, dann verschwinden auch solche rohe Nebenarten. Die Exzesse sind noch zahl und Schwere im Abnehmen begriffen, dank den Erklärungen der Organisa- tionen. Mit Strafbestimmungen wird nichts erreicht. Das Eingreifen der Behörden veranlaßt die Arbeiter erst zu Ge- walttätigkeiten zu schreiten (Sehr richtig!), da die Behörden sich fast ausnahmslos auf die Seite der Unternehmer stellen. (Vizepräsident Dove: Sie dürfen den Behörden nicht abschät- tlich einseitige Parole vorwerfen.) Dann will ich meine Behauptungen einschränken auf die Fälle, wo es wirklich vorge- kommen ist. Den Streikbrechern aus Not kann man man- ches nachsehen, aber es gibt auch Streikbrecher von Ge- ruf. Wie diese in Nozität gewillt haben, dafür hier ein Bei- spiel. (Der Redner zeigt einen Gummitüppel, an dem beide Enden mit Eisenklüden beschwert sind; lebhaftes Rufen bei den Soz.) Diesen Streikbrechern kommt es, wie es tatsächlich vorgekommen ist, gar nicht darauf an, einen streikenden Ar- beitskollegen totzuschlagen; sie erzählen laut: „Ans geschieht ja doch nichts.“ Wir verlangen, daß § 252 des Strafgeset- zes auf Lohn- und Arbeitskämpfe nicht angewendet werde. Nicht einwendet werden kann und darf werden, daß unter der abschätzigen Verschöpfung eines rechtswidrigen Ver- mögensborteils nur die Absicht zu verstehen ist, sich oder einem Dritten einen dem Recht zuwiderlaufenden Vermögensvorteil zu verschaffen. Nur muß im Gesetz zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ankündigung der Arbeitsnieder- legung keine Drohung im Sinne des Gesetzes darstellt. Das neue Strafgesetzbuch wird mit seinen Strafen ein Aus- nahmegesetz schlimmster Art sein, vor dem energisch gewarnt werden muß. Das Streikpostenwesen ist für die Streikenden unentbehrlich. Eine Kontrolle der Arbeits- willigen ist nötig, um an ihre Ehre und ihr Solidaritäts- gefühl appellieren zu können. Dieses Recht muß den Arbei- tern gesetzlich eingeräumt werden. In unserem Gesetzbuch haben wir bereits Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter- koalitionen.

Die Haftbarmachung der Gewerkschaften für entstandene Schäden der Unternehmer ist ein Ausnahmegesetz sonder- gleichen.

Der Terrorismus der Unternehmer fördert nur das Anwachsen der Sozialdemokratie. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Bei einem Arbeiter wird von den Gerichten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit angenommen, bei einem nach so gelehrten Unternehmer oder auch bei einem Obersten nicht. (Sehr gut!) Die Rechtsprechung ist immer schärfer geworden gegen die Arbeiter; das nennt man unabhängige Justiz. Wir wollen das Koalitionsrecht ausdehnen auf Landarbeiter, Diensthöten, Schiffsangestellte, Staatsarbeiter und Beamte. Die Angst vor einem Staatsarbeiterstreik ist eine Schimäre. Das Streik- recht kann man ihnen durch ein besonderes Gesetz nehmen, das Koalitionsrecht darf man ihnen aber nicht vorenthalten. Zu- nächst hat die Regierung Gleichheit und Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen. Damit wird das Streben der Scharfmacher vernichtet, die Arbeiter zu Kulis herabzubringen. Wer es gut meint mit der Macht, dem Meer und dem Ruhme des Vaterlandes, der gebe den Arbeitern das freie Koalitionsrecht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Darauf wird vertagt. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Anfragen; Interpellation, betreffend Javern; Initiativan- läge, betreffend Befugnisse der bewaffneten Macht.

An den Vorschlag des Präsidenten knüpft sich eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Graf v. Westarp (kons.) beantragt, die Initiativan- läge von der Tagesordnung abzusetzen, da seinerzeit bei Schaffung der Interpellationsanträge betont wurde, daß solche Anträge ausgeschlossen sein sollen. — Abg. Haase (Soz.): Die Bedenken des Grafen Westarp sind nicht zutreffend. — Abg. Gröber (Zentr.): Der Vorschlag des Präsidenten ist unbeden- klich. — Abg. Bassermann (natl.): Wir halten den Vorschlag des Präsidenten für richtig. — Abg. Graf v. Westarp (kons.) wie- derholt seine Bedenken. — Abg. Dove (Vpt.): Die Anträge sind vollständig selbständig. Was mit der Interpellation ge- schiehen, was will. — Abg. Spahn (Zentr.): Graf Westarp ist falscher Auffassung; früher ist ähnlich so verfahren worden, wie hier vorgeschlagen wird. — Abg. Bassermann (natl.): Es würde nicht zweckmäßig sein, zweimal kurz hintereinander diese Debatte herbeizuführen. — Abg. Graf v. Westarp (kons.): Die Einwendungen haben uns nicht überzeugen können. (Weiter.)

Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags Westarp. Es bleibt also bei der vom Präsidenten vorge- schlagenen Tagesordnung.

Die Javerninterpellationen.

Wb. Berlin, 22. Jan. Der Seniorenkonvent des Reichstags trat heute vor der Plenarsitzung zusammen und einigte sich dahin, auf die Tagesordnung für Freitag die Besprechung der Interpellation, betreffend die Kriegsgerichts- urteile in Straßburg bezüglich der Vorgänge in Javern, zu setzen. Selbständig, aber unmittelbar anschließend an die Interpellation sollen die Anträge der fortschrittlichen Volks-

partei und der Kaiser sowie gegebenenfalls die noch zu er- wartenden Anträge, bezw. Resolutionen über reichsgesetzliche Regelung der Befugnisse des Militärs zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt erledigt werden. Der Beginn der morgigen Sitzung ist auf 12 Uhr festgesetzt, der für die Sams- tagsitzung auf 10 Uhr vorgesehen. — Montag und Dien- stag nächster Woche sollen sitzungsfrei bleiben. Der Mittwoch soll nötigenfalls zum Abschluß der Javern- Debatte verwendet werden.

Die gemeinsamen Anträge zur Militärstrafgesetz- reform.

S. Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die erwarteten Anträge der Nationalliberalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten zur Regelung des Eingreifens der Mil- itärgewalt sind nun heute abend unmittelbar vor Trossschluß im Reichstag eingegangen. Der nationalliberale Antrag wünscht, der Reichstag möge zur Kenntnis nehmen, daß Anordnungen getroffen sind zwecks Nachprüfung der Kabinettsorder von 1890, über deren Auslegung in Javern Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien und ersucht den Reichstanzler, Mitteilung über das Ergebnis der Unter- suchung zu machen. Der Zentrumsantrag verlangt eine einheitliche Interpretation dieser selben Kabinettsorder bezw. der Militärdisziplinarvorschriften von 1890 für das ganze Reich.

Aus der Spionagekommission.

S. Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht) In der Spionage- kommission des Reichstags haben heute die volksparteilichen Abgeordneten Dr. v. Bstj und Müller-Reinigen folgenden Antrag eingebracht: a) § 1 Abs. 1 ist wie folgt zu fassen: Militärische Geheimnisse im Sinne dieses Gesetzes sind die von der obersten militärischen Behörde getroffenen und ge- heimgehaltenen Anordnungen und Vorkehrungen, während die Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung no- twendig ist. Die Anordnungen und Vorkehrungen sind geheim zu halten, wenn sich außerhalb des Kreises der Personen, die mit ihnen amtlich oder dienstlich oder kraft eines Auftrags von amtlicher Seite sich zu befassen haben, nicht bekannt sind; b) Absatz 2 ist zu streichen.

Abgeordnetenhaus.

Die Weiterberatung des Landwirtschaftsetats.

R. Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Weiterberatung des Landwirtschaftsetats ging heute noch mehr ins einzelne als gestern. Alle möglichen Wünsche traten zutage. Mit besonderer Wärme nahm man sich der in der Schweiz approbierten Tierärzte an, für die die Verechtigung verlangt wurde, sich auch in Preußen Doktor nennen zu dürfen. Für die Bienen-, Geflügel- und Pferdezucht wurde ein ganzes Bündel Reden vom Stapel gelassen. Der Landwirtschafts- minister wartete, bis man ihm ein hübsches Sträuß- chen gebunden hatte, um dann in Wusch und Bogen die übliche „wohlwollende Erwägung“ für alle Wünsche zuzufügen. Im Mittelpunkt der Debatte stand ein interessantes Reduell des fortschrittlichen Abgeord- neten Wente, der sich darüber beschwerte, daß man bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche einen Unterschied zwischen dem Klein- und Großbesitz mache, mit den Konservativen. Bei den Konservativen erregte seine Behauptung zornige Entrüstung und ein Redner nach dem anderen schickte sich zum Protest an. Auch Herr v. Schorlemer protestierte energisch gegen die „Unterstellung“. Im übrigen trat er auch für die neue Methode gegen die Maul- und Klauenseuche, die ein- fache Abschachtung des Viehes, als das wirkungs- vollste Mittel ein, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Die von dem volksparteilichen Redner angeführten Fälle, u. a. der des Herrn v. Nitzhofen im Kreise Schweidnitz-Striegau, konnte jedoch niemand widerlegen. Trotz langer Beratung kam der Land- wirtschaftsetat heute noch nicht zu Ende. Morgen wird der Rest erledigt und der Gesamtetat in Angriff ge- nommen.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

S. Berlin, 22. Januar.

Am Ministertisch: Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser.

Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird bei Kapitel

Landwirtschaftliche Lehranstalten

fortgesetzt.

Abg. Reinert (Soz.) tritt für eine durchgreifende Förde- rung der Winterhaushaltungsschulen für schul- entlassene Mädchen ein.

Abg. Brors (Zentr.) wünscht die Förderung der landwirt- schaftlichen Winterschulen und Vorsehung der Lehrer an den landwirtschaftlichen Schulen.

Bei Kapitel „Tierärztliche Hochschulen“ wünscht Abg. Dr. Barrenhorst (freikons.), daß der in der Schweiz erworbene Dr. med. vet. auch bei uns Geltung bekomme.

Abg. Dr. Arming (natl.) schließt sich dem Vorredner an. Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser: Was die Wünsche, betreffend

Anerkennung des Dr. med. vet.

betrifft, so werde ich mit dem Kultusminister in Verhand- lung treten. Ich hoffe, daß der Kultusminister in der Frage Entgegenkommen zeigen wird. Aber die Errichtung einer Professur in Hannover scheitert Verhandlungen. Ich hoffe, daß der Bau des Instituts für Viehzucht im nächsten Jahre in Angriff genommen wird.

Abg. Wente (Vpt.): Es ist dringend notwendig, daß mit der Erforschung der Maul- und Klauenseuche energisch vorgegangen wird. Bei der Abschachtung des erkrankten Viehes darf nicht vor den Gütern der großen Herren Halt gemacht werden, wie es im Wahlkreise Striegau-Schweidnitz ge- schiehen ist.

Abg. Meyer-Diebold (natl.): Bei der Abschachtung des an Maul- und Klauenseuche erkrankten Viehs muß Voraus- setzung sein, daß eine Entschädigung stattfindet.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser: Im Herbst vorigen Jahres hat man zum erstenmal von dem Mittel der Abschachtung des Viehs zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche Gebrauch gemacht mit dem Erfolg, daß in manchen Provinzen ein Stillstand der Seuche eintrat. Wegen die Unterstellung, daß in einigen schlesischen Bezirken das Vieh eines kleinen Besitzers abgeschachtet worden und daß vor dem Vieh eines großen Besitzers Halt gemacht worden sei, muß ich energisch protestieren. (Bravo! rechts.) Von so kleinen Gesichtspunkten läßt sich meine Erwartung nicht leiten. Wir griffen zu dem Mittel der Abschachtung nur dann, wenn dadurch die Möglichkeit gegeben wurde, die Seuche auf ihren Herd zu beschränken.

Abg. Baernde (kons.): Auch wir sind der Meinung, daß Abschachtungen nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn ein günstiges Resultat erwartet werden kann. Die Ent- schädigung muß eine ausreichende sein. Wir treten für eine völlig gleichmäßige Behandlung von großen und kleinen Be- sitzern bei diesen Maßnahmen ein.

Abg. Mugdan (Vpt.): Die Unbequemlichkeiten, die mit der Bekämpfung der Seuchen verbunden sind, werden uner- träglich, wenn man den Eindruck gewinnt, daß partiellisch verfahren wird.

Wir erwarten, daß bei den Bekämpfungsmaßnahmen, namentlich bei den Abschachtungen, mit der größten Un- parteilichkeit vorgegangen wird.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Wenn der Abg. Wente so schwere Vorwürfe gegen die Bekämpfung der Seuchen in Schlesien erhoben hat, so mußte er sich vorher informieren. Wir wenden uns gegen die Tendenz solcher Angriffe, die ge- eignet sind, Unfrieden zwischen großen und kleinen Besitzern zu stiften.

Abg. Dr. Wiede (kons.): Durch Abtötung ganzer Vieh- herden werden die Besitzer in ihrer Existenz bedroht. Die Vermehrung der russischen Schweineinfuhr hat zur Vermin- derung der Seuche nicht beigetragen.

Geh. Rat Dr. Neumann legt die Maßnahmen dar, die zur Bekämpfung der Schweinepest ergriffen worden sind. Der Bekämpfung stellen sich große Schwierigkeiten entgegen. Die Regierung wird alles tun, was nötig ist, um die Schweinepest zu unterdrücken.

Es werden von mehreren Abgeordneten weitere Einzel- und lokale Wünsche vorgebracht. U. a. führt Abg. Brors (Zentr.) aus: Die Bevölkerung des Rheinlands beklagt sich mit Recht über Schikanierung bei der Prüfung der Milch durch die Gendarmen und wünscht den Erlaß einer Polizei- verordnung für die Prüfung der Milch für die ganze Rhein- provinz.

Abg. Hoveler (Zentr.): Es ist anzuerkennen, daß beim Schlachten des Viehs bei Seuchen noch praktischen Gesicht- punkten verfahren wird.

Abg. v. Campe (natl.) begründet den Antrag Büchting (natl.), in welchem die Regierung aufgefordert wird, Maß- nahmen zu treffen, durch welche

die schwierige Lage des Winterstandes

mit Erfolg gebessert werden kann.

Abg. v. Gohler (kons.) erklärt sich für den Antrag

Büchting, ebenso der Abg. Nitzhofen (Vole).

Abg. Dr. Barenhorst (freikons.) befürwortet die Erhöhung

des Zolles auf ausländischen Honig.

Abg. Weigler (Zentr.) tritt für größere Förderung der

Bienenzucht ein.

Abg. v. Campe (natl.) bekämpft den Antrag Barenhorst

auf Erhöhung des Honigzolls.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser: Das Interesse der landwirtschaftlichen Verwaltung für die Imker ist dadurch befundet worden, daß eine erhebliche Summe zur Förderung der Bienenzucht in den Etat eingestell- worden ist. Der gegenwärtige Stand des Zolles kann als ausreichend betrachtet werden.

Das Kapitel „Förderung der Viehzucht“ wird hierauf ge- nehmigt; der Antrag Büchting wird angenommen und so- dann die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Ver- waltung auf Freitag 1 Uhr vertagt; außerdem Gesamtetat. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Das österreichische Echo der sozialpolitischen Erklärung Delbrücks.

Wb. Wien, 22. Jan. Zu den Erklärungen des Staats- sekretärs Dr. Delbrück im deutschen Reichstag schreibt das „Wiener Fremdenblatt“: Die Rede des Staatssekretärs muß als erste offizielle Kundgebung über die Erneuerung des Systems der mitteleuropäischen Handelsverträge und als überaus bemerkenswerter Signal zur öffent- lichen Diskussion über die künftigen Handelsverträge bezeich- net werden. Die Äußerung Delbrücks, die im Namen eines so machtvollen wirtschaftspolitischen Faktors, wie es das deut- sche Wirtschaftsgebiet darstellt, getan ist, wird unter allen Umständen stets als eine höchst wichtige Kundgebung für die Stabilisierung der handelspolitischen Beziehungen Geltung haben. Es wird die Sache der Korporationen der Monarchie sein, zu dieser Kundgebung der deutschen Reichsregierung Stellung zu nehmen. Es wird ihre Aufgabe sein, im einzelnen zu prüfen, ob es sich mit den Interessen unserer Volkswirtschaft vereinbaren lasse, daß sie auf die Wünsche der deutschen Reichsregierung eingehe, und da nach zwei Jahre bis zur Kündigung der Handelsverträge Zeit, ist noch genügend Spielraum für die höchst wichtige Prüfung der ge- gebenen Verhältnisse vorhanden. Die deutsche Reichsregierung scheint vorziehen zu wollen, möglichst eine bloße Ver- längerung ihrer Handelsverträge zu erzielen. Es ist selbstverständlich, daß eine einfache Verlängerung un- denkbar ist, und daß selbstverständlich gewisse Restri- tionen durch Zusatzanträge beschlossen werden müssen.

Die neue elsaß-lothringische Regierung.

S. Straßburg, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht) Wie die „Neue Zeitung“ von gutunterrichteter Seite er- fährt, wird sich die neue Regierung folgendermaßen zu- sammensetzen: Statthalter wird General v. Hoinn- gen, der jetzige Kommandeur des 14. Armeekorps, Staatssekretär der jetzige Bezirkspräsident v. Butt- kamer, Unterstaatssekretär des Innern der Be- zirkspräsident v. Gennigen und Unterstaats- sekretär der Justiz der Oberlandesgerichtspräsident Molitor.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Büro geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. — 3.- jährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, zentralisiert durch die „Deutsche Buchhandlung“ in Wiesbaden. — Bezugs-Einstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Deutsche Buchhandlung“, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die „Deutsche Buchhandlung“ und in den benachbarten Provinzen und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Wiesbadener Anzeiger“ in runder Schloßform; 20 Pfg. in davon abweichender Schloßform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Werbeflächen; 2 Mt. für auswärtige Werbeflächen. — Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Wagen-Nummern: Für die Rhein- und Mosel-Verbindungen, 106-110 Uhr mittags, für die Werra-Verbindungen, 106-110 Uhr mittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Günstelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 23. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 38. - 62. Jahrgang.

Rampollas Bekenntnisse.

Kardinal Rampolla läßt seine Stimme aus dem Grabe vernehmen. Sonderbare Dinge hat er der Welt zu künden. Ein nichtgenanntes Mitglied des Benediktinerordens veröffentlicht in der neuen Monatschrift „Die weißen Blätter“ (Verlag in Leipzig) Aufzeichnungen, die ihm der Kardinal im vorigen Sommer „zur beliebigen Verwendung nach meinem Tode“ übergeben. Wenn diese Aufzeichnungen des Verstorbenen richtig wiedergegeben sind, dann ist uns eine Sensation ohnegleichen besichert worden. Kardinal Rampolla sagt von dem österreichischen Veto, das „von Breußen unterwirft“ seine Wahl zum Papst vereitelte: „Jenes Veto, das meinen verehrten und lieben Freund Sarto auf den apostolischen Stuhl brachte, hatte aber noch andere Träger hinter sich als die Preußen wegen um den Bestand des Dreibundes besorgte österreichische Regierung, die ja wohl, wie die Dinge liegen, auch mit dem Papste Rampolla fertig geworden wäre wie mit dem Kardinal, hätte der Kardinal als Papst nichts als den platonischen Wunsch einer Annäherung an Frankreich gehabt. Ich wollte aber ein Mittel anwenden — meine römischen guten Freunde wußten darum und also auch Österreich — das effektiver gewirkt hätte in der Richtung der Verwirklichung meiner Absichten mit Frankreich, die von einem weiteren Plane eingeschlossen waren. Ich hätte als kirchlicher Souverän mit dem Königreich Italien Frieden gemacht auf der Basis des freiwilligen Verzichtes auf die ehemals der römischen Kirche gehörigen Staaten und Städte. Auch Avignon hätte ich an Frankreich offiziell herausgegeben. Ich weiß, ich hätte damit der Kurie das einzige Instrument ihrer Politik genommen, aber ich hätte ihre Politik damit ehrlich gemacht und sie von der Doppelzüngigkeit befreit. Die der Kirche unwürdige und ihr Ansehen schädigende Komödie des römischen Gefangenen hätte ein Ende gehabt, und wir wären damit wieder auf den Weg gekommen, der uns zum geistigen Imperium geführt hätte, das allein uns von Gott dem Allmächtigen gegeben ist, denn unser irdischer Besitz ist ein Geschenk des Bösen.“ In einer anderen Stelle der Aufzeichnungen heißt es im selben Sinne: „Wir wissen es, daß man uns keinen schlimmeren Streich spielen könnte als die Herstellung des Kirchenstaates, der weltlichen Macht. Wir würden alle Macht in den weltlichen Dingen und über sie ganz verlieren, wären wir selber in sie so materiell eingebunden. Wir wissen aber auch in Rom, daß man nicht daran denkt und nie daran denken wird. Leicht spielen wir also die Intransigenten, weil wir mehr als hoffen, weil wir wissen, daß man uns nicht erhört und beim Worte nimmt. Ist es also würdig, den gefangenen König zu spielen? ... Fiele es heute in einer prächtigen Laune dem König Viktor Emmanuel III. ein, Pius X. die Schlüssel Roms zu überliefern, so fände sich der Papst anderen Tages in der Lage, sich mit Kanonen gegen die römische Revolution zu verteidigen. Die Laune des Königs ist nicht zu befürchten, denn man will dort nicht den Untergang der Kirche, die man braucht, denn die Kurie findet sich praktisch mit dem Zustande der Dinge ab, den

sie theoretisch verdammt. In wachsender Entfernung von Rom gewinnt nur diese akademische Haltung eine fatale Bedeutung, die sie bei uns im eigenen Lande gar nicht hat. Die „Gefangenschaft“ des Papstes hält die nicht-italienischen Katholiken in einer Nervosität, der je nach Bedarf geschickt nachgeholfen wird von den sogenannten katholischen Politikern jener Länder, die mit diesem Speise ihre Mäuse fangen. Und Rom macht keinen Einspruch, denn es braucht wie alle heutigen Regierungen, große und kleine, vor allem eines: Das Prestige.“ Rampolla kann sich kaum genug tun in herabsetzender Kritik an der gegenwärtigen päpstlichen Politik. „Was sie treibt und tut“, so sagt er, „sind Kartenkunststücke der Geschicklichkeit. ... Seit vierzig Jahren benutzt die Kurie das gleiche Spiel Karten. Die Mächte tun so, als merkten sie den kleinen Betrug nicht, und lassen sie die kleinen Einfälle gewinnen, um die allein es Rom zu spielen gestattet wird.“ An einer anderen Stelle heißt es in den Aufzeichnungen: „Wir erinnern uns des Tages, da der Heilige Stuhl gegen die „Beleidigung“ protestierte, die ihm Doubet damit antat, daß er den König von Italien in Rom besuchte. Ein paar Tage darauf wurde Kardinal Svampa nach Bologna, einer wie Rom ehemals päpstlichen Stadt, geschickt, um demselben König die Grüße des Papstes zu überbringen. Warum ist es doch den kirchlichen Fürsten erlaubt, den italienischen König zu begrüßen und den weltlichen Fürsten nicht? Warum schreit man damit z. B. den Kaiser von Österreich, der nicht nach dem königlichen Italien kommen darf, was vielleicht für unsere Stammesgenossen in der Monarchie von Nutzen sein könnte? Svampa sah bei der Salustafel zur Rechten des Königs und war ganz Untertan, wie er an den Grafen Ferrari, den Präfecten von Bologna, schrieb. Wir wissen, daß man auf Bologna so wenig verachtet hat wie auf Avignon: das steht in der offiziellen Eidesformel, mit welcher sich die neuen Kardinals verpflichten, „bis auf den letzten Tropfen ihres Blutes die Rechte der Kirche auf das zeitliche Patrimonium des Heiligen Stuhles zu verteidigen“. Diesen Eid hat Svampa geschworen, und ich habe ihn geschworen. Möglicherweise die Rechte der Kirche bis auf den letzten Tropfen Bordeaux in seinem Glase leben ließ, als er mit dem König von Italien anstieg. Keiner von uns hat es anders getan.“ Wir brechen hier ab. Es stehen auch sonst noch merkwürdige Dinge in der Veröffentlichung der „Weißen Blätter“, auf die wir hiermit hinweisen möchten. Und nun wird es sich allerdings fragen, ob diese Veröffentlichung echt ist. Wenn sie es ist, dann haben die vatikanische Politik und auch die unseres deutschen Zentrums einen schwereren Stoß noch nie erlitten.

Deutsches Reich.

Eine Defiliercour im königlichen Schloß. Gestern abend 8 Uhr fand im Rittersaal des Schloßes Defiliercour für alle Herren vom Militär mit Gemahlinnen und Töchtern statt. Der Kaiser, die Kaiserin, die Prinzen und Prinzessinnen, die Umgebungen, der Hof und das Hauptquartier nahmen im Rittersaal Aufstellung.

Ein Wechsel im Auswärtigen Amt? Gerüchte über einen nahe bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes waren gestern in Berlin verbreitet. Während nun die „Deutsche Tageszeitung“ die neuerlichen Gerüchte über einen Wechsel in den leitenden Stellen des Auswärtigen Amtes und des Kolonialamtes dementiert und auf Grund authentischer Informationen zu der Feststellung ermächtigt sein will, daß an diesem Gerüchte kein wahres Wort ist, will die „Morgenpost“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamtes seinen Urlaub Freitag abgebrochen hat, was mit dem bevorstehenden Rücktritt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Jagow zusammenhängen soll, an dem nicht mehr gezweifelt werden könne. Als Nachfolger Herrn v. Jagows sei Dr. Solf in Aussicht genommen, der seinerzeit durch Herrn v. Schönerberg, den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, ersetzt werden soll.

Rußlands und Frankreichs Gegenpiel in der Frage der Militärmission. Mit Beziehung auf die Geschehnisse der deutschen Militärmission in der Türkei erfahren wir nach folgenden bemerkenswerten Umständen: Die Absichten, die von der türkischen Regierung betreffs der Verwendung der Mitglieder der Mission, besonders des Generals Liman von Sanders, gehegt wurden, sind durch Verrat vorzeitig zur Kenntnis des russischen Vorgesandten in Konstantinopel gelangt. Herr v. Sters benachrichtigte seinen Pariser Amtsgenossen, Herrn Jänisch, und dieser beehrte sich, dem Pariser „Matin“ davon Mitteilung zu machen. Durch die Veröffentlichungen dieses Blattes kam die Angelegenheit in Fluß und die Türken fühlten sich veranlaßt, die geplanten Ernennungen amtlich bekannt zu geben. Bald darauf haben sie sich genötigt, die ersten Ernennungen durch andere zu ersetzen. Rußland und Frankreich haben auf diese Weise die türkisch-deutschen Absichten und Vereinbarungen vereitelt.

Die offizielle Veröffentlichung des deutsch-englischen Vertrages, der hauptsächlich die Regelung wirtschaftspolitischer Fragen in Kleinasien und Afrika zum Gegenstand hat und seit Juli 1913 so gut wie abgeschlossen ist, wird nach der „Nat.-Ztg.“ anfangs März gleichzeitig in Berlin und London erfolgen. Sie dürfte zum Teil die Form einer erschöpfenden, in den beiderseitigen Parlamenten erteilten Auskunft auch über die politische Tragweite des Abkommens annehmen.

Die Berichterstattung über den Preußenbund. Die „Korrespondenz Herzberg“ legt in einer Erklärung energisch Verwahrung dagegen ein, daß von den Herren Dr. Rodde und General v. Krauß ihre Berichterstattung über die Preußenbundtagung als entstellt bezeichnet wird; sie habe über die Tagung in durchaus objektiver Weise ohne jede Tendenz berichtet.

Der Herausgeber der „Berliner politischen Nachrichten“ Viktor Schweinburg ist am Donnerstagmorgen in Berlin im 68. Lebensjahre gestorben. Er spielte eine Zeitlang als offizieller Journalist eine gewisse Rolle unter Miquel, weil er damals der Vertrauensmann des preussischen Finanzministeriums war, dessen Politik er in seiner Korrespondenz vertrat. Nach dem Ausscheiden Miquels verlor er diese politische Bedeutung, hatte jedoch enge Fühlung mit dem Zentralverband deutscher Industrieller.

Die Zurückweisung antisemitischer Behauptungen über das „W. L. A.“. Der Abgeordnete Werner-Gießen hatte gestern im Reichstag Behauptungen über das

Aus den Kunstausstellungen.

Malerie Vanger.

Es ist wirklich eine Elite-Ausstellung, diese Kollektion von 20 Gemälden Münchener Künstler, und es ist recht schwer, in einem Worte den Vorzug zu geben. Was die Wände ziert, ist echte Kunst, ist ernste, heilige Arbeit.

Landschaften und Figuren sind am meisten vertreten, weniger Stillleben.

Von Prof. Fritz Erler das Portrait eines blonden Knaben, freispartig ausgeführt und dekorativ gesehen. Eher im interessanten Nebenstudie wie ein Portrait. Konrad Sommer fandte das Bildnis eines jungen Italiener, gut bestimmt das warme Gelb des Hintergrundes zu dem Gelb der Haut. Dazu das so unbestimmert umgehängene schwarze Cape, und als Technit eine elegante, gleitende Vinselschürze. Fern. Pektets „Dame in Weiß“ scheint recht lebenswahr zu sein, und Gino Pazin, der phantastische Italiener, schwebt in einer roten Sinfonie, einer „Dame in Rot“. Leo Buch ist mit zwei pitanten Frauenköpfen vertreten; Walter Fhor durch den gut durchgearbeiteten Hirndrösel „Dani“, und Viktor Schramm durch ein hübsches Jungmädchenköpfchen, ein subtil gehaltenes Pastellbild. Wera v. Bartels, die Tochter des leider kürzlich verstorbenen Meisters, scheint von ihrem Vater ein starkes Talent geerbt zu haben. Voll ebendoller und doch harmonischer Farbenreueidigkeit sind ihre Skizzen, einige Mädchenköpfe und ihre Tierplastiken aus zartem Wachs zeugen von einer sicheren Hand.

Ernst Liebermann stellt ein genrebaffes Bild, „Unterhaltung“ betitelt, aus, das sehr malerisch und sehr

sympathisch wirkt, aber den Vergleich mit seinem anderen Bild, dem „Akt mit dem grünen Streiflicht“, nicht aushalten kann. Dieser Akt ist wundervoll in der Harmonie der jungen Glieder, der Drapierung des Tuches: ein Meisterwerk! Eines der schönsten Bilder der Ausstellung, jedenfalls eines jener Bilder, das man wieder besucht, so lange die Ausstellung da ist und an das man gerne zurückdenkt.

Sehr fein ist das Bildchen „Lebende Douersfrauen“ von Prof. Georg Schildrecht, sehr flott dagegen „Der Faun“ von Hanns Ballar und die Skizze „Am Strande“ von A. B. Sulzmann. Ein paar Frauengestalten, an denen der Wind zerrt, die nur mühsam gegen den Sturm standhalten und Hüllen und Tücher festhalten. Paul Rieths Arbeiten sind ähnlich, auch so frisch, so hingehuscht, so farbenfroh und doch fein empfunden. Zu dieser Gruppe wäre noch Prof. Jul. Dieb mit seinem Bildchen „Achermentwoch“ zu nennen. Diese Künstler malen modern, aber in verständlicher Form, in erfreulicher Weise. Wo jedoch Karl Schwabach hinaus will, ist noch nicht recht ersichtlich. Ich kann mich mit seinem „Liebespaar“ nicht befremden und einverstanden erklären. Doch wird dem Künstler viel Gutes nachgerühmt, und eines der führenden deutschen Kunstblätter widmete ihm und seinen Bildern einen längeren Artikel und wies auf die Bedeutung des Künstlers hin. Also liegt vielleicht die Schuld auf meiner Seite! Ich habe den Weg noch nicht zu ihm gefunden!

Einen rechten Gegensatz zu dem „Liebespaar“ bildet das Genrebild „Gute Freunde“ von K. Lechaas. So sollte aber auch nicht gemalt werden — nicht mehr. Diese Art des Genrebildes ist überwunden. So schön die Landschaft behandelt ist, das Mädchen im Vordergrund, das sein Butter-

brod mit einem Dadel teilt, wäre besser nicht zu sehen und der Weg in die Berge hätte frei bleiben müssen. Übrigens sind von demselben Künstler zwei kleine Landschaften ausgestellt, die fein und poetisch wiedergegeben sind. Fritz Kah weicht mit dem Genrebild mehr zu sagen. So ist das „Wald im Garten“ sehr gelungen und „Die kleine Näherin“ ein kleines großes Kunstwerk. Da ist alles harmonisch abgestimmt, weich die Farben, weich die Konturen, ein liebes Bildchen. Und wie versteht es Heinrich Schmitt, seine Enomenbildchen auf die Leinwand zu setzen! Seine Arbeiten tragen alle den gleichen köstlichen Humor und den Stempel seiner Künstlerhand. Zu nennen wäre noch unbedingt — denn es ist unmöglich, alle zu erwähnen — Prof. Rud. Nitzl, dessen Bild „Der Brief“, sehr ansprechend wirkt, jetzt noch — aber doch vielleicht in einigen Jahren nicht mehr recht gefallen wird, trotz der souveränen Beherrschung des Stoffes, da die Figur im Vordergrund gar so streng nach der jetzigen Mode gezeichnet ist. Da wird das Interieur mit der Frauengestalt von Paul W. Scherhard nicht das gleiche Schicksal haben. Die Figur sieht nicht so ausdringlich im Vordergrund, ist nicht so modern; mehr ein zeitloses und daher wertvolleres Bild.

Amandus Faure ist natürlich wieder auf den ersten Platz zu erkennen mit seinen Blumenstillleben, besonders aber durch seine gutbewegten Szenenbilder. Eine dunkle Bühne, die Köpfe der Zuschauer wie Silhouetten gegen das grelle Kompenlicht stehend und im Gefunsel des Nebenlichtes die Schauspielerei. In dieser Art ist er mit mehreren guten Arbeiten vertreten.

Nach einem anderen erkennt man sofort in dem bunten Durcheinander: Prof. Ludwig Dill mit einer Pappellandschaft. Und doch — mir ist es, als hätte ich schon Arbeiten

„Wolffsche Telegraphen-Bureau“ aufgestellt, die sich auf die Bildung eines Ringes mit ausländischen Agenturen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowie auf eine Bevorzugung des Bankhauses S. Weichroder bei der Mittelung der Depeschen des Bureaus beziehen. Alle derartigen Behauptungen sind, wie das „W. L. B.“ versichert, vollständig aus der Luft gegriffen und haben niemals irgendeine tatsächliche Begründung gehabt.

Die Verwaltungsreform in Württemberg. Die württembergische Regierung ist nunmehr doch geneigt, einer Verwaltungsreform unter Aufhebung der Kreisregierungen näher zutreten. Die Fachbehörden für die Kreisregierungen sollen jedoch nicht als ministerielle Abteilungen gebildet sein. Es ist geplant, die Kreisstädte für den Verlust der Kreisregierungen andererseits zu entschädigen.

Das Gebäude des neuen Kolonialgerichtshof in Hamburg wird gestiftet. Herr Edmund J. A. Siemers (Hamburg), der sich für die Verlegung des Kolonialgerichtshofes nach Hamburg bemüht, hat sich erboten, ein eventuell erforderliches Gebäude für den Kolonialgerichtshof in Hamburg zu stiften.

Auch ein Wiedererkenntnisverfahren im Prozeß Strauß. Der Verteidiger des Bureauvorstehers Maximilian Brandt hat, wohl infolge des unerwartet milden Urteils gegen die Zeugnisschwärzer Eilian und Genossen, das Wiedererkenntnisverfahren beantragt. Brandt war bekanntlich wegen Bestechung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er auch verbüßt hat.

Ein Ingenieur des Landesverrats verdächtig. In der Wohnung des Ingenieurs B. in der Sachsenwaldstraße in Steglitz erschien gestern ein Berliner Kriminalkommissar mit mehreren Beamten und nahm eine Hausdurchsuchung vor. Das Resultat war die Verhaftung des B. Es soll sich um den Verrat von im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhaltenden Dingen handeln.

Rechtspflege und Verwaltung.

Der Oberpräsident von Brandenburg gestorben. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. v. Conrad, ist gestern früh an der Riviera im 82. Lebensjahr gestorben. Sein Gesundheitszustand war seit langem schlecht. Sein Amt hatte er am 15. Februar 1910 als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Herrn v. Löbell angetreten. Er trat im November 1875 in den Justizdienst und im Jahre 1878 in den Verwaltungsdienst. Vier Jahre später wurde er als Regierungsrat mit der Verwaltung des Landratsamts in Plätow betraut, dem er von 1884 bis 1885 als Landrat vorstand. Im Jahre 1885 wurde er ins Landwirtschaftsministerium berufen. Von 1890 bis 1907 war er Regierungspräsident in Bromberg. Dann leitete er, zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat ernannt, die Reichsanzeiger. 1904 wurde er als Unterstaatssekretär wieder ins Landwirtschaftsministerium berufen. In den Jahren von 1888 bis 1899 vertrat er als Abgeordneter den Wahlkreis Plätow im preussischen Abgeordnetenhaus. Der Vertrauensmann war ein besonderer Vertrauensmann des Fürsten Bismarck.

Parlamentarisches.

Die Weiterberatung des Postetats in der Budgetkommission. Die Budgetkommission des Reichstags legte gestern die Beratung des Postetats fort. Sie forderte auf den Antrag des nationalliberalen Berichterstatters die Regierung auf, die Befoldungsabelle recht bald vorzulegen, weil davon die Beförderung der Beamtenfragen bei allen Etats abhängig sei. Bei einer späteren Vorlegung der Aabelle würde die rechtzeitige Verabschiedung des Etats am 1. April unmöglich sein. Der Staatssekretär sagte Bescheidenheit zu. Ein anderer Regierungsvertreter sprach über Apparate zur Verbesserung des Dienstes, denen die Verwaltung größte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Briefmarken-Automaten seien wesentlich vernichtet worden, und man werde jetzt auch Versuche mit kleinen Automaten für kleine Postämter machen. Man werde sie auch auf Wohnhöfen, in Gerichtsgebäuden usw. aufstellen. Ein Problem sei noch, die Apparate weiterbeständig zu machen. Die Postanweilungsstempelmaschinen funktionieren gut, ebenso die Postmarkenmaschinen und die vorhandenen 22 Einschreibautomaten. Mehrere werden allerdings noch nicht genügend benutzt, weil das Publikum auf die Adresse in der Empfangsbescheinigung Wert legt. Nationalliberal und Fortschrittler beantragen eine Entschädigung, die am Erhöhung der Tagelöhler der nicht etatsmäßigen Post- und Telegraphenassistenten ersucht. Das Zentrum ergäntzt sie durch die Forderung auf Erhöhung der Gehaltsmengen. Ein Sozialdemokrat bittet, bei der Anstellung nicht bloß

die Beamtenhöfen, sondern auch Mädchen aus anderen Familien zu berücksichtigen. Der Staatssekretär verteidigt das bisherige Verfahren und hält auch die Befoldung für ausreichend. Ein Nationalliberaler bittet den Staatssekretär, eine Erklärung zu Protokoll zu geben, daß die Tagelöhlerfrage geprüft und neu geregelt werden solle, dann könne man auf die Resolution verzichten. Der Staatssekretär erwidert, er könne keine bestimmte Zusage geben, da noch andere Reskoris in Betracht kämen. Die vom Zentrum ergänzte Resolution der Nationalliberalen und Fortschrittler wird angenommen. Der Unterstaatssekretär sagt eine Prüfung zu, ob die Mittel der Postverwaltung für Unterstufungen erhöht werden könnten. Bei dem geforderten Zuschuß für die freiwillige Krankenkasse der Unterbeamten fordert ein nationalliberaler Antrag die Erstattung eines Berichtes an den Reichstag nach Ablauf des ersten Betriebsjahres der Kasse, ferner Maßnahmen zur Herbeiführung der Gesundung einzelner notleidender öffentlicher Kassen. Der Staatssekretär ist einverstanden. Der nationalliberale Antrag wird einstimmig angenommen und die Besprechung dann abgebrochen.

Die Anträge über den Waffengebrauch des Militärs. Dem Reichstag ist ein Antrag Wassermann und Genossen zugegangen, den Reichskanzler zu ersuchen, das Ergebnis der Nachprüfung der Dienstvorschriften über den Waffengebrauch des Militärs von 1899 baldigt dem Reichstag bekanntzugeben. — Das Zentrum beantragte, der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die Voraussetzungen für ein Einschreiten des Militärs in polizeilichen Angelegenheiten übereinstimmend in einer die Selbständigkeit der Zivilverwaltung sichernden Weise geregelt werden. — Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat laut „Vorwärts“ den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die übrigen in § 1 der in der Militärstrafgerichtsordnung genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden.

Zur Frage der einheitlichen Regelung des Angestelltenrechts. Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte über Gesuche von Bureauangestellten um einheitliche Regelung des Angestelltenrechts. Die Regierungsvertreter bemerkten, für einzelne Gruppen sei schon jetzt die gesetzliche Regelung geschaffen, für andere, z. B. für die Gehilfen der Post und Gerichtsbeamten, sei sie nicht dringlich. Bezüglich der Anwaltschreiber könnte eine gesetzliche Regelung leicht zur Erleichterung der schon bestehenden Tarifverhandlungen führen. Sollten diese versagen, so würde allerdings ein Entwurf vorgelegt werden. Die Petition der Rechtsanwaltsgehilfen wurde zur Berücksichtigung überwiesen, bei den übrigen Gesuchen wurde Erwägung empfohlen.

Aus der Reichstagsauschüßungskommission. Die Kommission zur Ausschüßung des Reichstagsgebäudes trat gestern zusammen. Sie beschloß, in der Frage des Ankaufs von Gobelins von dem gräflich Soudissin-Rankhaufen Fideikommiss in Pilsen am 7. Februar dorthin zu reisen, um die Gobelins zu besichtigen und zu prüfen, ob sie für den Präfekt im Hause des Reichstagspräsidenten geeignet sind. Weiter wurde beschlossen, zur Ausführung der vier Mischen an der Fassade des Plenarsitzungsraumes figurliche Darstellungen in Bronze zu wählen, welche die vier Kardinaltugenden: Weisheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mäßigung verkörpern. Die Ausführung der Allegorien wurde dem Professor Fritz Klimsch übertragen.

Zur Frage des Ausbaus des Bundesamtes für das Heimatwesen. Die Abgeordneten Wassermann und Genossen haben im Reichstag folgende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfes über den Ausbau des Bundesamtes für das Heimatwesen zu einem Reichsamt für das Heimat- und Finanzwesen behufs Übernahme der leitungsrechtlichen Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten aus dem Wehrbeitragsgesetz und dem Besitzsteuergesetz zu ersuchen.

Der Etat der Vermögensverwaltung. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bewilligte mit den Stimmen der Deutschkonservativen, der Freikonservativen und der Fortschrittlichen Volkspartei gegen die Stimmen des Zentrums und der Nationalliberalen die in den Etat der Vermögensverwaltung eingeschlagen 350 000 M. zum Ankauf von Grundstücken zur Errichtung eines königlichen Volksblutgefäßes in Altenfeld im Regierungsbezirk Kassel.

Ein Antrag, betr. Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen. Der Abgeordnete v. Pappenhelm hat im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dort, wo auf Antrag der Gemeinden religiöse Unterweisung in den Lehrplan der Fortbildungsschulen aufgenommen wird, die Genehmigung des Lehrplans lediglich aus diesem Grunde nicht zu verweigern.

Heer und Flotte.

Ausscheiden eines namenhaften Prinzen aus dem deutschen Heere. Prinz Kom Chow Prithipongse von Siam, der als Leutnant im 2. Brandenburgischen Feldartillerie-Regiment General-Feldzeugmeister Nr. 18 diente, ist aus dem Heere wieder ausgeschieden.

Über die Folgen einer militärischen Übung, die an einem der letzten kalten Tage in der Nähe von Grimma bei Leipzig stattgefunden haben soll, sind in Leipzig Gerüchte verbreitet. Man erzählt sich, daß etwa 100 Mann eines Regiments, das kürzlich zu einer Übung ausgerückt war, mit erkrankten Gliedmaßen im Lazarett liegen. Angeblich habe man den Mannschaften nicht genügend Bewegung gestattet. Wir geben diese Gerüchte nur mit dem größten Vorbehalt wieder, halten es aber für nötig, daß die Militärbehörde sich dazu äußert.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Dresden“ am 21. Jan. in Vera Cruz, S. M. S. „Tiger“ am 21. Jan. in Penang (Malakka).

Post und Eisenbahn.

Die Betriebsleistungen der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen haben im Monat Dezember 1913 gegen den gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 0,4 Millionen Karz, gleich 0,57 Prozent mehr, im Güterverkehr 1,7 Millionen Karz, gleich 1,25 Prozent weniger, insgesamt unter Berücksichtigung der Mehrerlöse aus sonstigen Quellen 0,04 Millionen, gleich 0,02 Prozent mehr betragen. Der Dezember des laufenden Etatsjahres hatte einen Verlust mehr und einen Sonntag weniger als der gleiche Monat des Vorjahres.

Deutsche Schutzgebiete.

Der Außenhandel Deutsch-Ostafrikas im Jahre 1913. Der Außenhandel Deutsch-Ostafrikas hat nach vorläufiger Feststellung trotz der Kaufschwäche im Kalenderjahr 1913 um fast 7 Millionen Karz zugenommen. Davon entfallen 4 Millionen auf die Ausfuhr, obwohl der Wert der Kaufschwäche um 1 1/2 Millionen hinter dem Vorjahr zurückgeblieben ist. Der Gesamthandel betrug rund 88 1/2 Millionen. In 1908 betrug er 86,8, in 1909 47, 1910 59,4, 1911 68,3 und 1912 81,7 Millionen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Eine Interpellation zum Fall Hopp. Wien, 22. Jan. Im Abgeordnetenhaus brachte der Abgeordnete Pro eine Interpellation, betreffend den Verkauf von Bakterien und Reinkulturen an den Giftmörder Hopp durch das Wiener Naturmuseum, ein.

Frankreich.

Deutsche Fürstlichkeiten in Nizza. Nizza, 22. Jan. Der Präfekt des Departements der Seealpen, Joly, und seine Gattin gaben gestern im Gebäude der Präfektur ein Frühstück zu Ehren der Prinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen und des Erbprinzen Bernhard. Der gesamte Magistrat Nizzas und mehrere Kapitäne der im Hafen von Toulon liegenden französischen Kriegsschiffe nahmen an dem Frühstück teil.

Die Konferenz der kontinentalen Amerika-Schiffahrtsgesellschaften. Paris, 22. Jan. Die heute veröffentlichte offizielle Mitteilung über die am 20. Januar abgehaltene Konferenz lautet: In der Konferenz der kontinentalen, am Nordamerika-Geschäft interessierten Schiffahrtslinien vom 20. Januar wurden die Forderungen der Hamburg-Amerika-Linie, die bedauerlicherweise davon abgesehen habe, zur Vertretung ihrer Ansprüche zu erscheinen, eingehend besprochen. Die Linien waren einstimmig der Ansicht, daß die Forderungen weder durch die Vergangenheit, noch durch die tatsächlichen Verhältnisse begründet seien, daß sie im Gegenteil im

des Meistes gesehen, die höher zu bewerten sind wie diese. Prof. Adolf Hölzel stellte vier interessante kleine Fortstudien aus, die wie Monologe anmuten, als habe man zusehen dürfen, wie der Künstler die Farbenprobleme zu lösen versuchte, wie er mit sich selbst sprach. Seine Vorstrafe und sein Schneebild sind ihm ganz gelungen, wie überhaupt noch einige sehr schöne Schneebilder von anderen namhaften Künstlern gezeigt wurden. Ich nenne da nur A. Weise, Fritz Ohwald, Karl Kehler, Richard Kaiser versteht es, mit seinem Vorstrahl zu fesseln. Ein ganz einfaches Motiv; im Vordergrund mächtige, kahle Bäume und eine Wiese, auf der stehen der letzte Schnee hinweggeschmolzen scheint, und Edward of Town sandte wieder zwei seiner frischempfundenen, vollwertigen Landschaften.

Edmund Steppes ist mit drei interessanten Bildern vertreten, denen immer eine originelle Note anhaftet, und auch Prof. Urban verblüfft wieder durch das eigenartige Motiv seiner Werke. Alles so hell, so weich und doch nicht sonnig. Mit der Sonne beschäftigt sich Eugen Wolff gerne und mit Erfolg. So warm liegt sie auf seinen Bildern, in breiten Schwaden und Flecken. Allerdings verfehlt er alles andere darüber vernachlässigt so mancher, und das stört doch ein wenig, hat man sich erst einmal an den blendenden Sonnenschein gewöhnt. Ganz fern geht Rud. Sieck dafür wieder ins Detail. Sein „Gärtchen im Vorstrahl“ ist zwar nicht sehr malerisch gesehen, aber doch gut gemacht — ein gewaltiger Unterschied.

Einige prächtige Tierbilder hängen an den Wänden. Von dem berühmten Koecker ein vorzügliches Entenbild, von Prof. J. D. Holz einige Hühner, und von Aug. Läder (Köve) ebenfalls ein Kultbild, die Tiere aber mehr der Landschaft untergeordnet. Eine friedliche Stimmung ist dieses Werk aus.

Karl Hermann Hügau malt seine Stilleben mit unendlicher Liebe und Geduld, arbeitet sie aus bis ins Kleinste und findet natürlich sein Publikum. Fehlt ihnen auch der

moderne Zug, so sind sie doch außerordentlich gut gemacht. „Zwischen“ und „Rüffe“ sind ihm besonders gelungen, während der „Hase und Hase“ wohl mehr eine Studie in Braun sein soll — wenn man bei diesen ausgeführten Bildern überhaupt von einer Studie sprechen darf — und in der Komposition nicht sonderlich anspricht. Julius Heß geht im Gegensatz zu Wgäu sehr stark ins Zeug, malt hart und eigenwillig seine Blumen und Früchte, umarmet alles mit schwarzen Strichen und erzielt damit von ferne eine ganz gute Wirkung. Seine Bilder sind mehr interessant wie erfreulich, sind für den Sammler, aber nicht für das Wohnzimmer berechnet. Hans Peltz „Rellen“ verdienen besondere Erwähnung.

Damit ist diese Elite-Ausstellung noch lange nicht erschöpft. Bild hängt an Bild und verlangt Beachtung, erzwingt sich Achtung, nicht zu vergessen eine Anzahl gelungenere Plastiken. Und dabei hat auch im Kassauer Kunstverein ein ganzer Künstler, A. Feilber (Dachau), Landschaften ausgestellt, die Anspruch auf hohes Lob haben, und der Kassauer Aktuarus hat 150 Werke holländischer Meister zusammengebracht, die in nächster Zeit eingehende Würdigung finden sollen. Vor all dem Reichtum kann man nur frohen Herzens ausrufen: Es ist etwas Schönes, Großes um die Kunst!

Residenz-Theater.

Donnerstag, den 22. Jan. Zweites und letztes Gastspiel der Kgl. Schauspielerin Luise Willig vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin: „Es lebe das Leben“. Drama in fünf Akten von S. Sudermann.

War der erste Gastspielabend Luise Willigs schon gut besucht, als sie die Rolle Hanna spielte, so war das Haus gestern Abend ausverkauft, als es galt, die Künstlerin in einer modernen Rolle zu sehen. Und doch — wer den ersten Abend miterlebte, wird mehr Genuß gehabt haben als gestern. Luise Willig eignet sich ihrer ganzen Erscheinung, ihrer ganzen Veranlagung nach besser für klassische Rollen als zur

modernen Konversationschauspielerin. Was am ersten Abend so glücklich überbrückt wurde, das Anpassen in das Ensemble, trat gestern störend in die Erscheinung. Die Künstlerin wirkte als Gast, nicht gehörig zu den anderen, alle übergehend in ihrer imposanten Größe. Das Leicht, Spielerische, ja Kokette der ersten Akte liegt ihr nicht, erst als sie die Gefühlsseite anfliegen ließ, als sie ihrem Namen Redendhaft ablegte, als sie mit dem Belieben sich ausdrückte und schließlich, als sie von ihrem Töchterchen Abschied nahm, da hatte die Künstlerin viel zu geben und sie gab reichlich mit ihren reichen Mitteln.

Die guten Leistungen der übrigen Mitwirkenden wurden bereits früher eingehend gewürdigt. Hermann Kesseltäger war auch diesmal ein Wackerling, wie man ihn sich besser nicht wünschen könnte. Die Persönlichkeit, an der der Künstler litt, tat seinem Spiel keinen Abbruch, wirkte noch als besondere Note.

Der Gast wurde wieder mit herzlichem Beifall bedacht. B. v. N.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. In Wiener Burgtheaterkreis verläutet, am Ende dieser Spielzeit werde Direktor Lehmgie die Leitung des Theaters niederlegen. In seinem Nachfolger in der Direktion des Burgtheaters sei der Generaldirektor des Hoftheaters in Darmstadt, Dr. Sager, in Aussicht genommen.

An das Herzogliche Hoftheater in Straunshweig ist der bisherige Regisseur des Residenztheaters Hannover Julius Czerwinka (ein geborener Wiesbadener) als Herbst d. J. als Regisseur des Schauspielers verpflichtet worden.

Seite 103, ein neues Lustspiel von Alfred Holm und Robert Sabel, erweist am Stadttheater zu Königsberg seine Aufführung.

Wildebe Kunst und Musik. In Kopenhagen ist der Komponist und erste Kapellmeister an der königlichen Oper, Frederik Mung, gestern im 88. Lebensjahr gestorben.

direkten Widerspruch standen mit der Haltung, die die Hamburg-Amerika-Linie in ähnlichen Fällen sehr energisch anderen Linien gegenüber eingenommen hat. Die Linien lehnten daher die gestellten Forderungen ab und beschloffen, daß der bisherige Vertrag zwischen ihnen auch ohne die Hamburg-Amerika-Linie fortgesetzt wird in der Absicht, die während 22 Jahren sich bewährte Organisation aufrechtzuerhalten und damit den Bestanden der Parteien gegenseitig zu schützen. (Diese Konferenz ist nicht identisch mit der Atlantischen Konferenz, welche gestern ihre Beratungen abgehalten hat.)

England.

Die Entscheidung im Kabinettsrat. London, 22. Jan. Wie am späten Abend verlautet, ist über das diesjährige Marinebudget im Kabinettsrat eine Einigung erzielt worden. Das von Churchill in der letzten Session vorgelegte Programm werde nicht aufgehoben werden. Das Budget werde zwar notwendigerweise jedes bisher dem Parlament unterbreitete Flottenbudget erheblich überschreiten, werde aber mit Zustimmung aller Minister eingebracht werden. Schatzkanzler Lloyd George und Marineminister Winston Churchill begaben sich dann gemeinsam in den Palast der Admiralität, wo sie eine einstündige Besprechung hatten.

Die Hebung des „A 7“. London, 23. Jan. Unter unendlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittag mit der Hebung des Unterseeboots „A 7“ begonnen. Das Wetter war rau und stürmisch. Trotzdem stiegen Taucher hinab und fanden das Schiff senkrecht hochstehend, mit dem Hinterteil tief in den Sand gehohrt.

Portugal.

Der Streik am Abflauen. Lissabon, 22. Jan. Die Nord-Ost-Eisenbahngesellschaft betrachtet den Streik als beendet. Nur etwa 100 Eisenbahnarbeiter haben den Dienst noch nicht wieder aufgenommen. Auch die anderen Ausstände sind beendet. Heute morgen sind alle Lissaboner Zeitungen wieder erschienen.

Italien.

Ausfahrungen deutscher Matrosen? Rom, 23. Jan. Die „Tribuna“ meldet aus Syrakus: Eine Gruppe von Matrosen des deutschen Schulkreuzers „Gama“, die nach einem Ausflug an Bord des Schiffes zurückkehren wollten, fanden kein Boot mehr im Hafen und waren gezwungen, die Nacht über in den öffentlichen Anlagen der Stadt zu verbringen. Sie verübten dort allerlei Unfug, demolierten Säulen und Gartenfiguren und richteten trotz des Einspruchs der Wächter die Gärten übel zu. Gegen den Kommandanten des Schiffes ist Anzeige erstattet worden. (Man wird eine deutliche amtliche Darstellung über diesen Fall abzuwarten haben. Das Verhalten unserer Kriegsschiffs-Matrosen im Auslande wird doch sonst durchweg als rühmlich anerkannt. Schriftl.)

Rußland.

Der große Streik in Petersburg. Petersburg, 22. Jan. Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der Arbeiter Petersburgs, die heute die Arbeit niedergelegt haben, 110 604. Wegen Abfingens revolutionärer Vieder sowie demonstrativer Ausfahrungen wurden 134 Arbeiter verhaftet, wobei dreimal fruchtlose Versuche unternommen wurden, die Verhafteten zu befreien. In einem Falle gab ein Schutzmännchen um eine aus 40 Mann bestehende Gruppe abzuwehren zwei Schüsse ab, ohne jedoch jemand zu verletzen.

Der Rassenstreik in Moskau micklungen. P.T.A. Moskau, 22. Jan. Der Versuch, anlässlich des Jahrestages der Demonstration von 1905 einen Streik zu organisieren, ist micklungen. Nur 819 Arbeiter, 5 1/2 Prozent aller Moskauer Arbeiter, sind ausständig. Die Mehrzahl der Ausständigen ist in Metallfabriken, ein Teil in Druckereien angestellt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Die Warschauer Ausständigen. Warschau, 22. Jan. In acht Fabriken in der Stadt und den Vorstädten sind 2600 Arbeiter ausständig.

Albanien.

Ismail Kemal Demission. Valona, 23. Jan. Da der internationale Kontrollkommission vor einigen Tagen von Ismail Kemal erklärt worden war, daß er zum Besten des Landes zurücktreten werde, forderte sie ihn heute auf, die Demission auch wirklich zu vollziehen. Ismail Kemal übergab darauf seine Machibefugnisse in die Hände der internationalen Kontrollkommission, um zu erreichen, daß Albanien von Unruhen befreit würde und eine einzige Regierung erhalte. Es wurde ein Protokoll darüber aufgenommen, welches von den Ministern und von der internationalen Kontrollkommission unterzeichnet wurde.

Vom Neuen in die Traufe. Valona, 22. Jan. (Agence Sovas.) Während die griechischen Truppen allmählich die von ihnen besetzten Gebiete vom Epirus räumen, haben albanesische Banden begonnen, überall Schrecken verbreitend in der Bevölkerung, die bestürzt flieht. Die Offiziere der niederländischen Mission wurden daraufhin von der Kontrollkommission aufgefordert, sofort ein Bataillon Gendarmen in die bedrohten Gegenden zu senden.

Kampfmüdigkeit Esad-Paschas? Wien, 22. Jan. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet: Ein Beter Esad-Pascha, der vor kurzem in Wien geweselt hat, erklärte, daß Esad-Pascha ihm versichert habe, er erwarte mit Ungeduld die Thronbesteigung des Prinzen zu Wien, um sich dann vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, denn er sei der andauernden Kämpfe müde.

Der Prozeß gegen Belir Aga und Genossen. Valona, 22. Jan. Unter dem Vorsitz des Obersten Deweer hat heute unter dem Ausschluß der Öffent-

lichkeit der Prozeß gegen Belir Aga und 27 Mitschuldige begonnen. Es sind sehr strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Ägypten.

Größungsfeierung des Parlaments. Kairo, 22. Jan. Die neugewählte gesetzgebende Versammlung ist heute vom Khedive feierlich eröffnet worden.

Nordamerika.

Die japanische Einwanderung in die Union. Washington, 22. Jan. Das Komitee des Unterhauses für Einwanderungsangelegenheiten erörterte heute die gestrige Rede des japanischen Ministers des Äußern über die japanische Landfrage in Kalifornien. Das Komitee lehnte es ab, einen Termin für eine neue Beratung der Gesetzesvorlage anzuberaumen, durch die die Klagen vom Landwerb in Kalifornien ausgeschlossen werden.

Mittelamerika.

Die Revolution auf Haiti. Port-au-Prince, 22. Jan. Die Ausständigen haben ein Komitee gebildet, das für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen soll. Ein amerikanisches Kriegsschiff wird jeden Augenblick erwartet. Der Doyen des diplomatischen Korps wurde vom Präsidenten empfangen und erhielt die Versicherung, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um die öffentliche Sicherheit in Port-au-Prince aufrechtzuerhalten. Die Meldung aus Haiti, daß die Revolutionäre Kap Haitien eingenommen haben, wird in New York bestätigt. Sie sollen auch ein Kriegsschiff erbeutet haben.

Asien.

Die Lage in China. Schanghai, 22. Jan. Alle Provinzen stimmten der Änderung der Verfassung zu, die dem Präsidenten die alleinige Verantwortung für die Regierung überträgt. Es ist daher zu erwarten, daß die Änderung innerhalb von zwei Monaten durchgeführt wird. Der Ministerrat dürfte eine dem früheren Staatsrat in der Mandschuzeit ähnliche Stellung erhalten.

Südafrika.

Der Friede mit den Indern. Pretoria, 22. Jan. Nach dem Bericht der mit der Untersuchung der von den Indern angeklagten Unruhen betrauten Kommission erklärten sich die Indern bereit, von der Politik der passiven Resistenz abzugehen. Die Behörden haben sich dagegen verpflichtet, die wegen passiver Resistenz verhafteten Indern freizulassen.

Milderungen der kriegsrechtlichen Verfügungen. Johannesburg, 22. Jan. Die Stunde, zu der unter dem Kriegsrecht alle Personen, die keine Erlaubnisbescheinigungen, zu Hause sein mußten, wurde von 8 auf 10 Uhr abends verschoben. Die Beschränkungen für den Fuhrwerkverkehr wurden aufgehoben. Falls sich die Lage weiter bessert, dürfen auch die Gastwirtschaften am Montag wieder öffnen. Die Maßnahmen gelten für das ganze Randgebiet mit Ausnahme von Venoni.

Luftfahrt.

Eine Überseefahrt der „Sachsen“. Helgoland, 22. Jan. Das Zeppelinluftschiff „Sachsen“, welches die Reichsbienstflotte fährt, flog heute vormittag über Helgoland und warf Post ab. Nachdem es eine zeitlang über der Insel gekreuzt hatte, nahm es den Kurs auf Cuxhaven und schlug nach einer Fahrt von 10 Minuten die Richtung auf Ost ein.

Ein Widmar als Flieger. Die neuerliche Meldung, daß der Enkel des ersten Reichskanzlers, der jugendliche Fürst v. Widmar, als Flieger ausgebildet und kürzlich sein Pilotenexamen bestanden habe, ist unzutreffend. Unsere Zweifel in diese Richtung, denen wir durch ein Fragezeichen Ausdruck gaben, sind berechtigt gewesen, denn von beteiligter Seite erfahren wir, daß es sich zwar um einen Widmar, jedoch nicht um den jungen Fürsten, sondern um den 16-jährigen Sohn einer hier in Wiesbaden wohnenden Familie v. Widmar handelt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Todesfälle. Der königl. Sächsische Major a. D. Fritz Poter, Ritter pp., über 80 Jahre hier wohnhaft, ist in Monte-Carlo am Herzschlag verstorben. Die Leiche wurde bereits am Dienstag in Menton beigesetzt. — Der Bauunternehmer Max Hartmann ist in seiner Wohnung Marktstraße 1 gestern nachmittag verstorben. Herr Hartmann war in der Gegend von Würzburg zu Hause, ist seit langem aber in Wiesbaden anässig gewesen, wo er als Maurermeister und Bauunternehmer tätig war und namentlich in der Schützenstraße und Wallmühlstraße zahlreiche Landhausbauten errichtete. Viele Jahre gehörte der nun Verstorbenen dem Ausschuss des „Allgemeinen Vorschau- und Sparvereins“, der jetzigen Vereinsbank Wiesbaden, an. Er war lange schon leidend und mußte sich deshalb von diesem Posten zurückziehen.

— Der Neubau des Italia-Theaters in der Kirchgasse ist jetzt so weit vorgeschritten, daß die Eröffnung dieses modernen Lichtspielhauses Ende Januar wird erfolgen können. Der Erbauer des Hauses, Architekt Reinhard Gildner, hat es verstanden, unter Heranziehung von Grundstücken an der Sothäthenstraße ein Theater erbauen zu lassen, das in Parkett, Rang und Logen für 500 Personen Platz bietet. Gut gelöst ist die Verwertung des unansehnlichen alten Neuß zwischen den Stritterschen und Gerhardschen Grundstücken in der Kirchgasse. Da, wo bisher der „Italiano“ im Winter seine „heißer Maroni“, im Sommer seine Eisbeisen den Vorübergehenden anbot, erhebt sich jetzt eine hübsche Fassade, ausgestattet mit Lichteffekten. Der lange Neul ist verschwunden, und an seiner Stelle sind Vorbauten entstanden, die nach Durchschneidung eines Bogens zum Theater führen. Das Theater selbst soll im Innern von einer überraschenden Gesamtwirkung sein. Mit dem Gerhart Hauptmannschen Roman „Atlantis“ wird das neue Lichtspielhaus demnächst eröffnet.

— Die Fleischpreise. Die neuen Notierungskommissionen bedürfen einer richtigeren Feststellung der Fleischpreise im Kleinhandel, die die Ortspolizeibehörden zu bilden haben, werden voraussichtlich Ende dieses Monats in Funktion treten. Die Statistik über die Kleinhandelspreise war bekanntlich scharf angefochten und hier als wertlos bezeichnet worden, auch die Markthallenpreise in den Großstädten als keine genügenden Unterlagen für die kleineren Verkaufspreise erachtet, da das Publikum bei den Lebensmitteln ein anderes sei als in den Markthallen und andere Qualitäten fordere. Es ist nunmehr ein neues Schema aufgestellt, das für ganz Preußen Gültigkeit hat und nach dem die offizielle Preisnotierung erfolgen soll. Es werden dabei folgende Preise festgesetzt: niedrigste, höchste, häufigste Preise und Durchschnittspreise.

— Die türkischen Offiziere, die in dem letzten Balkankrieg, vor allem bei den Kämpfen um Tschataldja, zum Teil schwer verwundet hier in einer Villa der Frankfurter Straße Erholung suchten und fanden, sind bis auf einen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt.

— Postdienst am Kaisergeburtstag. Am Geburtstag des Kaisers sind bei sämtlichen hiesigen Postämtern die Postschalter von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 11 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. Ferner wird im Ort- und im Landbestellbezirk eine einmalige, um 8 Uhr beginnende Briefbestellung, Paketbestellung und Geldbestellung ausgeführt.

— Neues Kaufhaus. Die bekannte Warenhaus-Aktiengesellschaft Leonhard Trich war drauf und dran, in Wiesbaden ein modern eingerichtetes großzügiges Warenhaus auf dem Hausgrundstück Friedrichstraße 42, Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße, zu errichten. Trotzdem die genannte Gesellschaft einen hohen Kaufpreis für das Grundstück bot, konnten Verkäufer und Käufer bis jetzt noch nicht zusammenkommen.

— Bei der jetzigen Kälte sind auch unsere Drohnenfahrläufer nicht auf Rosen gebettet. Sie führen besonders Klage darüber, daß selbst dabei, und in einer Zeit, wo das Bedürfnis nach Drohnen bei dem reisenden Publikum ein minimales ist, 36 von ihnen 3 Uhr morgens schon am Bahnhof anfahren und dort bis nach Mitternacht verbleiben müssen, anderenfalls werden sie in hohe Polizeistrafen genommen. Wie sie sich das nicht anders regeln?

— Bezüglich des Raubmordes in der Jahnstraße erfahren wir von einem Insassen des Hauses Jahnstraße 5 noch folgendes: Das Zimmer, in welchem der Mord verübt worden ist, liegt im Hinterhof und hat ein Fenster nach der Straße zu. Dieses Fenster hat nur dünne, durchsichtige Gardinen, der Verkehr in dem Hause, in welchem verschiedene Geschäftsläden wohnen, ist ein äußerst reger, und obendrein wird von dem Hausbesitzer ein wachsender Hund gehalten. Da ist es merkwürdig, daß niemand von der Mordtat auch nur das geringste bemerkt hat. Bestimmt wäre das geschehen, wenn die Frau um Hilfe gerufen oder wenn sie einen längeren Widerstand geleistet hätte. Der Mörder war im Hause — worauf schon hingewiesen wurde — nur wenigen Personen zu Gesicht gekommen. Höchstwahrscheinlich hat er sich mit Absicht zurückgehalten, um seine Verfolgung zu erschweren. Als er gegen 10 Uhr nach verübter Mordtat das Haus verließ, stieß er mit einer Krankenpflegerin zusammen, welche bei einem Kranken im oberen Stockwerk ihres Amtes wahrte. Man ist der festen Überzeugung, daß der Mörder Wiesbaden noch nicht verlassen hat, ohne daß allerdings bekannt ist, auf welcher Grundlage diese Annahme beruht. Man neigt auch der Ansicht zu, daß diese Raubgelegenheit nicht von dem Mörder selbst, auch nicht von einem Mann, sondern von einem Frauengemisch, das im Hause verkehrt habe, auszunutzen worden sei. — Wenn auch bis jetzt ein Restat in der Verfolgung des Raubmörders und seiner Begleiterin nicht erzielt worden ist, so sind doch die Behörden weiter rassist bemüht, eine bestimmte Spur zu verfolgen. Die zahlreichen Gerüchte, welche hin und wieder auftauchen und den Mörder und seine Begleiterin an den verschiedensten Orten in der näheren und weiteren Umgebung haben beobachten wollen, mehren sich, sind aber mit Vorsicht aufzunehmen. Verhaftungen sind seitdem nicht wieder vorgenommen worden. Die Aufschreibung der Staatsanwaltschaft ist jetzt auch durch öffentlichen Anschlag an den Plafardsäulen bekanntgegeben worden.

— Gesamtzeitschriften-Verzeichnis. Alle großen öffentlichen Bibliotheken Deutschlands sowie eine ganze Reihe namhafter Spezialbibliotheken haben sich vor einiger Zeit vereinigt, um ein Verzeichnis sämtlicher bei ihnen vorhandener Zeitschriften zu schaffen, das rund 16 000 Titel umfassen wird. An wichtigeren deutschen Zeitschriften wissenschaftlichen Charakters wird darin kaum eine fehlen, während die ausländische Literatur in diesem Gesamtzeitschriften-Verzeichnis in einer bisher noch niemals erreichten Vollständigkeit vertreten sein dürfte. Das Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken in Berlin, das die Korrekturen übernommen hat, hat die Drucklegung und den Vertrieb des Verzeichnisses, dessen Herstellung außerordentliche Opfer erforderte, der königl. Bibliothek in Berlin übergeben. Bei dieser (Berlin NW. 7, Doroteenstraße 91) kann man auf ein beschriftetes Exemplar, das 290 Seiten in Quart umfassen wird, bis zum 15. Februar für 6 M. subscribieren; von da an erhöht sich der Preis für das Anfang Mai 1914 erscheinende Werk auf 10 M. — Eine Subskriptionsliste samt Probeheft liegt im Besessal der Nassauischen Landesbibliothek zur Einsichtnahme auf. Die königl. Bibliothek hofft, auf diese Weise wenigstens einen Teil der bedeutenden Kosten wieder einzubringen.

— Eine Klage gegen den König hat der Regisseur am Wiesbadener Hoftheater, Linje man n, angestrengt, weil er als Regisseur nicht so, wie es ihm zustehe, beschäftigt werde.

— Personal-Nachrichten. Regierungsrat Zimmer ist zum Mitglied der Regierung in Wiesbaden angegliederten Oberverwaltungsämter ernannt worden.

— Ordensverleihung. Bei dem letzten Ordensfest wurde Herr Dr. Wilhelm Windisch, Professor an der königl. Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin (Institut für Gärungsgeerbe), der rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

— Kurhaus. Zum ersten Kurhaus-Kostenball morgen Sonntag werden die farneballistisch befähigten Kostüme um 7 1/2 Uhr geöffnet werden. Drei Vorkordeller spielen zum Tanz auf. Die Anzugvorschriften sind folgende: Herren: Smoking oder Jackett, für Herren Grad oder Smoking mit farneballistischem Abscheiden. Der Termin zur Lösung der Vorkordeller lautet morgen Sonntag nachmittags 5 Uhr ab. — Morgen Sonntag findet auf der Wiesbaden des Kurhauswebers von 8 bis 4 1/2 Uhr Kostümfest statt.

— Kleine Notizen. Die Salangenliste für Militär-anwärter Nr. 4 liegt in unserer Expedition zur unentgeltlichen Einsicht offen.

— Vorberichter über Kunst, Vorträge und Verwandtes. * Adelige Schauspiele. Die Reihenfolge der Abonnementvorhaben für die nächste Woche ist folgende: Sonntag, B. Montag, Sinfonienfest, Dienstag, A. Mittwoch, D.

Donnerstag C. Freitag B. Samstag A. Sonntag C. Montag D. — Die Vorbereitungen zum „Barfuss“ haben bereits begonnen. Sobald der genaue Aufführungstermin feststeht, wird er bekanntgegeben.

Vertrag. Im Auftrage des Vereins für Natur- und Kunst wird heute abend 9 Uhr in der Aula des Gymnasiums ein Schloßspiel der Königl. Kunst- und Kunstgewerblichen Schule in der Gifel und in Trier gehalten. Eine große Zahl von Lichtbildern wird dem Vortrag erläutern.

Musik- und Vortragsabende.

Zum Besten der neu errichteten Kleinkinderschule der Musikergemeinde fand gestern im Kasino ein Konzert statt, veranstaltet von Fr. Jodelberger (Gesang), unter Mitwirkung von Fr. Schneider (Klavier) und Herrn Danneberg (Flöte). Fr. Jodelberger hatte sich die „Agathe-Arie“ aus dem „Freischütz“ sowie Lieder von Wolf, Strauß, Brahms und Dorn zum Vortrag gewählt und erwies sich darin von neuem als Sängerin von sorgfältiger Schulung und warmem Ausdruckvermögen. Am eindrucksvollsten wirkte Fr. Jodelberger im Organo im garten mezza-voce zu behandeln, wie im „Wasser“ in der Arie und im „Wiegensong“ von Brahms, das wohl die beste personale Leistung des Abends war. Die von Natur aus große Stimme der Sängerin wurde — namentlich in kraftvollen Stellen — noch einseitlicher und ausgeglichener wirken, wenn durch weiteres Studium die Mittelstimmgebilde gebildet werden könnten. Fr. Schneider hatte in den Variationen von Liszt „Liedchen“ und „Les cloches de Genève“ und „Sonneten“ von Liszt reichlich Gelegenheit, ihre trefflich entwickelte Technik und ihr solides Musikverständnis zu zeigen. Herr Danneberg flötete wieder so bergerfreudig, daß niemand ansetzen kann, ihn zu den ersten Weitem dieses Instrumentes zu rechnen, und es ist nur zu behaupten, daß man seine vollendete Kunst nicht öfter in dem Rahmen eines solchen Konzerts hört. Nicht vergessen sei die Besetzung des Herrn Wendler, der feinfühlig und geschmackvoll den Gesang- und Flötenvorträgen seine Unterstützung lieh und so zum Gelingen des Abends sein gut Teil beitrug. Die ziemlich zahlreich erschienenen Zuhörer ließen es an reichem Beifall nicht fehlen.

Die dritte Lesematinée zum Besten der Restaurierung der Heiligen Englischen Kirche fand am 21. Januar im Hotel „Kaiserhof“ statt. Der Saal war durch eine zahlreiche sozialpolitische Gesellschaft besetzt. Der Leseveranstaltung vornehmlich und gemütlicher Weise. Das Programm bestand aus sechs Nummern, die von Kapellmeister Jünger, Frau Hahn-Boratzel und Herrn Meyer-Ebbing ausgeführt wurden. Herr Jünger fand mit den in bekannter Virtuosität vorzutragenden Violinolo woblbedienten Beifall. Frau Hahn-Boratzel sang außer drei französischen Scherzliedern aus dem 18. Jahrhundert deutsche Lieder mit schöner Modulation und temperamentsvollem Vortrag, von ihrem Gatten, Professor Hahn, diskret am Klavier begleitet. Als Rezitator trat Herr Meyer-Ebbing auf, der, wie auch Frau Professor Hahn, mit herzerfüllten Beiträgen reichem Applaus fand. Die Klavierbegleitung hatte Kammermusiker Dennis übernommen und sich seiner Aufgabe, wie stets, vortrefflich entledigt. (Ohne Gewähr.)

Der hiesige Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins veranstaltete am vergangenen Sonntag im großen Saale der „Turngesellschaft“ seinen zweiten dieswintlichen, gut besuchten Familienabend. Bei Begrüßung der Erschienenen wies der Vorsitzende, Oberlehrer Dr. Köfer, darauf hin, daß der vorhergehende Tag, der 18. Januar, der Geburtsstag des Deutschen Reiches sei. In den nun 43 Jahren seines Bestehens habe dieses eine über seine engeren Grenzen weit hinausgehende Entwicklung genommen, insbesondere auch durch die Eroberung außereuropäischer Gebiete zum Zwecke der Beschäftigung. Wir seien dadurch vor ganz neue Aufgaben gestellt, und darum sei es geboten, unsere koloniale Tätigkeit auch einmal vom sprachlichen Gesichtspunkte aus zu beleuchten. Hierauf hielt Herr Dr. Köfer aus Schloßhagen bei Berlin seinen Vortrag über „Die Rolle der deutschen Sprache in unseren Schutzgebieten“. Der Vortragende hat durch siebenjährige Tätigkeit in Deutsch-Südwestafrika reichlich Gelegenheit gehabt, sich über den Gegenstand ein sachkundiges Urteil zu bilden. Er führte zunächst aus, daß in allen unseren Kolonien leider die Neigung bestehe, zum Zwecke der Verständigung mit den Eingeborenen zu viel Rücksicht auf die früheren Verhältnisse jener Gebiete zu nehmen. Dadurch ist in Südwestafrika das Nuren-Holländisch, in Kamerun und Togo das sogenannte Pidgin-Englisch und in Ostafrika die Sprache des zu einer gewissen Kultur gelangten Negerstammes der Swahili zur Herrschaft gekommen. Das Schlimmste aber ist, daß die deutschen Ansetzler und Regierungsbeamten dem Eindringen dieser minderwertigen Verständigungsmittel in ihre eigene Umgangssprache nicht genügend Widerstand leisten. Dieser Zustand bringt schwere Nachteile und Gefahren für unser Volkstum in den Kolonien in sich, wie Redner an der Hand seiner Erfahrungen in sehr eingehender Weise überzeugend darlegte. In letzter Zeit ist zwar schon eine Wendung zum Besseren eingetreten, so namentlich durch die Eröffnung von Regierungsschulen und durch die vermehrte Einwanderung deutscher Frauen. Eine Hauptwirkung muß aber auch von der Heimat aus dadurch erzielt werden, daß die in das deutsche Reichland Einmischenden sich stets bewußt bleiben, welcher großer Kulturwert in der Volkssprache an der reinen deutschen Sprache liegt. Der Redner erntete reichen Beifall für seinen festhaltenden Vortrag. — Der nun folgende unterhaltende Teil bestand aus musikalischen Vorträgen, die von Lehrkräften und Schülern des Schreierischen Konservatoriums unter Leitung ihres Direktors ausgeführt wurden. Die jugendlichen Klavierpieler Wille und Ludwig, Alice Wörle vom Hoftheater als Sängerin, Hans Reich mit seinen eigenen Liedtexten für die Praxische Kammermusik Werner mit seinen meisterhaften Trompetensolos und schließlich die heiteren Vorträge des Herrn Jacob fanden lebhaften Anerkennung und so war der Familienabend der Darbietungen ein durchaus würdiger und befriedigender. (Ohne Gewähr.)

Nassauische Nachrichten.

11 Aus dem unteren Rheingau, 22. Jan. Die Weinbergarbeiten sind durch die strenge anhaltende Kälte fast gänzlich ins Ruhen gekommen, da sich bei dem festgefrorenen Boden nur wenig tun läßt. Die Rodarbeiten können jedoch weiter gefördert werden und auch der Rebbschnitt, der vereinzelt schon vor Eintritt der Kälte in Angriff genommen war, wird in den einzelnen Tagesstunden, in welchen die Sonne scheint, weiter fortgesetzt. — Der neue Wein wird, sobald mildere Witterung eintritt, seinen ersten Anblick erhalten. In geschäftlicher Hinsicht hat die Nachfrage nach 1912er Weinen eingeseht, die von vorhandenen Lagerbeständen fast ausschließlich in Frage kommen. Der viel begehrte 1911er ist so weit begriffen und neue Weine sind infolge des ungünstigen Herbstfalls nur in kleinen Beständen vorhanden. In den letzten Tagen wurden in Lorchhausen 7 Stück 1912er Naturweine des Wingervereins zu dem ansehnlichen Preis von 1180 M. das Stück (1200 Liter) abgesetzt; auch in Lorch wurde eine kleinere Partie desselben Jahrgangs zu 1130 M. das Stück verkauft.

11 Lorch a. Rh., 22. Jan. In der letzten Stadterordnetenung wurden die neugewählten Stadterordneten Dr. Kurt Schwabe und Johann Vol. Müller in ihr Amt eingeführt und vereidigt. Dem Abenteuerten Berlebsverein wurde auf seinen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Errichtung einer Verkehrsleiter und zur Sammelannonce 15 M. bzw. 200 M. bewilligt. Als Vizepräsident zur Wahl ernannt wurden Heinrich Diehl und Joseph Schöffen wiederernannt. — Die Errichtung einer hebräischen Lehranstalt an der hiesigen Volksschule ist zum dringenden Bedürfnis geworden. Da die Schulstellen des Schulgebäudes etwas beschränkt sind und eine weitere Klasse darin nicht mehr untergebracht werden kann, soll bis zur Erweiterung beim Bau einer neuen Schule eine sogenannte „fliegende Klasse“ ge-

bildet und eine Lehrerin angestellt werden, welche die Kinder in den Pausenpausen der übrigen Klassen in den jeweils freitragenden Räumen zu unterrichten hat.

FC. Westerbürg, 22. Jan. Mit einem Rasiermesser die Halsschlagader durchschnitten hat sich die Frau eines hier wohnenden Zugführers. Sie wurde tot in ihrem Bette aufgefunden. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Aus der Umgebung.

Der Durchschlag des Distelkrasen-Tunnels.

Wb. Fulda, 23. Jan. Nach mehr als fünfjähriger Bauzeit ist, wie bereits gemeldet wurde, der Durchschlag des Distelkrasen-Tunnels zwischen Schlüchtern und Hlieben erfolgt. Der Distelkrasen ist ein 465 Meter hoher Berggraben, der Sattel zwischen der Rhön und dem Vogelsgebirge. Der jüngste deutsche Tunnel ist genau 3650 Meter lang und hat eine Steigung von 1 zu 100. Er führt bekanntlich durch Ausfüllung der seitwärts und hochgelegenen Station Elm die Fahrzeit auf der Strecke Frankfurt-Berlin ganz erheblich ab. Daß bei dem Durchschlag des Distelkrasens (Wunsandstein) ein volles Jahr länger gearbeitet wurde, als man vorgesehen hatte, liegt an den außerordentlichen Schwierigkeiten, auf die man im Berg unermutet stieß. Namentlich waren es zwei Stellen, zwei Verwerfungsstellen, 275 und 150 Meter breit, wo der Druck des mit Ton, Kohlen und Wasser durchmengten Gesteins so stark war, daß zur Fassung und Stützung Tübingen (halbrundgebogene Eisenplatten) in Anwendung treten mußten. Die Gesamtkosten der Umgehungsstrecke betragen 15 Millionen Mark, wovon 9 1/2 Millionen allein auf den Distelkrasen-Tunnel entfallen.

hs. Mainz, 22. Jan. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernahmen, hat sich der Gesundheitszustand des erkrankten Mainzer Oberbürgermeisters Dr. Götzelmann bedeutend gebessert. Herr Dr. Götzelmann befand sich schon seit Wochen zur Kur in Kranen, hat aber neuerdings die Klinik des Mainzer Halsklinikums Professor Dr. Reumeyer aufgesucht, dessen Behandlungsmethoden bereits recht günstige Ergebnisse zeigen. Dr. Götzelmann hofft, in etwa 14 Tagen seinen Dienst wieder antreten zu können. — Der bisherige Verein der fortschrittlichen Volkspartei in Mainz hielt gestern abend in der „Sonne“ eine von 100 Personen besuchte Mitgliederversammlung ab. Aus den Verhandlungen ist zu entnehmen, daß die Führer des linken Flügels die Behauptungen der Herren vom rechten Flügel energig zurückwiesen und richtig stellten. Auch ergaben die Verhandlungen zum erstenmal ein klares Bild der Ziele, die der linke Flügel der Partei in Mainz verfolgt. Danach will man das getroffene Abkommen mit den Nationalliberalen für die im Herbst 1914 stattfindenden Landtagswahlen eheich halten, wenn man sich über die Wahlkreise für beide Parteien einig wird, hofft aber, mit den linksstehenden Nationalliberalen und Sozialdemokraten in Mainz den Großblock von Waffermann bis Bebel für diese Wahlen ins Leben rufen zu können. Man will nur liberale und demokratische Politik treiben und auch im Reichstagswahlkreis Mainz-Gonsheim tüchtig arbeiten. In den Verein seien infolge der Sezession 42 neue Mitglieder aufgenommen worden und bisher nur 11 ausgetreten. Die Kasse habe einen Fonds von 400 M. Der Landesausfluß der Partei für Hessen habe die Haltung des Vereins nahezu einstimmig gebilligt. In die Mitgliederversammlung schloß sich ein Referat über die konservative Partei.

Zabern im Reichstag.

S. Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der Jubelzug ist womöglich noch gewaltiger als an den Tagen der Dezember-Debatte, und draußen und drinnen streift sich die Menge, die, wie bei Hungersnot um Brot an den Bäckertüren, um ein Bitteln sich fast die Gasse bricht. Im Saale selbst ist nur die Hälfte der Plätze besetzt, als Präsident Kaempf wenige Minuten nach 12 Uhr die Sitzung eröffnete. Und nur allmählich füllt sich das Parlett. Lidenlos dagegen ist die Bundesratsdebatte besetzt. In der Hofloge wohnen der Prinz zu Wied, der künftige Fürst von Albanien, und der Chef des kaiserlichen Marinekabinetts, Admiral v. Müller, der Sitzung bei. Die kurze Anfrage des Abgeordneten Dr. Quare über den Frankfurter Giftmordprozess bildet die Introduction des Tages. Erst als bereits der Interpellant Dr. Frank (Soz.) seine Rede begonnen, erscheint der Reichskanzler, munter und guter Dinge, begleitet von dem Kriegsminister v. Falkenhayn sowie den Staatssekretären Dr. Delbrück, Lisco, Kühn, Kracik und Dr. Solf.

Franks Rede

war gleich von Anfang an voll Bosheit und Ironie, ist aber zugleich außerordentlich sachlich und moderiert. Für die Sozialdemokraten, so versicherte er, ist es im Grunde ganz gleichgültig, ob die schuldigen Offiziere von Zabern eingesperrt oder mit Orden dekoriert werden. Für sie handelt es sich nicht um eine juristische, sondern um eine eminent politische Frage.

Der Reichskanzler hat „umgelehrt“.

zuerst am 3. und 4. Dezember hat er selbst Ingeheuligkeiten der Armes ausgegeben, dann, von Tag zu Tag bis zu seiner Rede im Herrenhaus, hat er sich bis zu der Überzeugung durchgerungen, daß das Militär die beste Stütze für Recht und Gesetz sei. Er habe offenbar dem Einfluß der Militärpartei nachgegeben, sein dem Reichstag gegebenes Versprechen nicht gehalten, mit dem Verzicht auf die Rechtsmittel den Grundsatz der Gerechtigkeit preisgegeben und nun mit der Ankündigung der „Nachprüfung“ in der „Nordd. Allg. Ztg.“ einen kleinen unverblühten Knick nach der Mitte hin gemacht, wo die „schwankenden Gestalten“ sitzen.

Der Vater dieser Nachprüfungsidee — und das sei das charakteristische — sei der bekannte Jakobiner Frhr. Ottavio v. Jeditz. Da könne man sich denken, was herauskommen werde. Die einzige Begründung, die der Reichskanzler für die Nichteinlegung der Rechtsmittel hätte geben können, mühte lauten: „Ich bin in schlaflosen Nächten zu der Überzeugung gekommen, daß Militärgerichte in gewissen Fällen, namentlich in Konfliktfällen, überhaupt versagen müssen.“ Daher verlangt die Sozialdemokratie die Abschaffung der besonderen Militärgerichte. Eine Forderung, die der Redner an der Hand des Strafburger Urteils eingehend juristisch motiviert unter wachsender, sich in immer lebhafteren Tönen äußern-der Erregung der äußersten Linken. Eine Gesetzesänderung werde wahrscheinlich an dieser militärischen Jurisprudenz nichts ändern. Herr Frank untersucht dann die Kabinettsorder von 1890. Nach seiner Überzeugung ist sie ungeschicklich, verfassungswidrig. Wenn sie Regierung und Parlament bei der Beratung des Artikels 36 der Verfassung gekannt hätten, dann gäbe es „eine Geheimlehre“ des Absolutismus, und man müße die Frage erheben: „Gibt es noch mehr solche geheime Kabinettsordere?“ Wenn aber selbst die Orde in Preußen noch gelte, wie für Elsaß-Lothringen, sie gelte jedoch

nicht für Bayern, Baden und Württemberg. Während dieser Ausführungen konteriert der Reichskanzler mit seinem Adolfsen, dem Staatssekretär des Reichsjustizamts, und erst als ein vereinzelter Pfutrus eines sozialdemokratischen Abgeordneten laut wurde, unterläßt der Reichskanzler das noigedrungene Plaidoyer. Nun wendet sich Frank gegen die konservative Hehe, gegen die Kamarilla, gegen Herrn von Jagow, dessen vom Militär verheimlichte Strafe offenbar darin bestanden habe, künftig sämtliche Prinzen-diners mitzumachen. Von ihm gelte das Wort: „Herr von Jagow ist zu nichts und zu allem fähig.“ (Stürmische Heiterkeit.) Die Kronprinzen-Depeschen zeigten einen Stil, als ob sie Herr v. Oldenburg-Januschau verfaßt hätte. Sie seien staatsrechtlich nicht von Bedeutung, aber politisch unheilvoll und unerträglich. Viele Tausende von Deutschen mühten durch diese Depeschen ausgerüttelt werden, durch die Erkenntnis, — hierauf entsteht der erste Sturm im Hause — daß der künftige deutsche Kaiser in Verbindung mit den Verächtern der Verfassung und den Staatsrechtbehern sei. Von der Rechten erkönt von dem Abgeordneten Reich der Ruf „Freiheit!“, von der Linken antwortet man „Ruhe in der Spirituszentrale!“, und der Präsident hat minutenlang Ruhe, die Ruhe wiederherzustellen.

Langsam verebbte dieser erste Sturm. Herr v. Biberstein aber, der konservative Schriftsteller, bestellte sich das Stenogramm der Frank'schen Rede. Inzwischen geht Frank zu der Tagung des Preußenbundes über, dessen Zuchtlosigkeit, die Angriffe gegen die gemischte Gesellschaft des Reichstags usw., aber nur mit ein paar Worten ironisiert und abtut: 1850 habe diese Kamarilla genau so gewettert gegen das preussische Abgeordnetenhaus. Der Vorstoß gegen die Bayern beweise am besten, daß die Herren gehaust hätten wie gewisse ungeschickte Tiere im Vorgellensladen. Der Rückzug des Herrn v. Kracht habe gezeigt, daß sein Wort auch umgekehrt gelte:

Wenn die Bayern kommen, verlieren so manche Preußen die Courage.

(Stürmische Heiterkeit. — Dies wird anscheinend dem Abg. Dr. Arendt peinlich, er ruft: Was hat das mit der Interpellation zu tun?) Der Reichskanzler, so versichert der Redner weiter, sei zu beglückwünschen, daß dieser Preuentag, dessen Programm offenbar sei: Anebelung der Beamten, Beschimpfung der Süddeutschen, Kampf gegen die Reichsverfassung, es unterlassen habe, dem Kanzler ein Begrüßungsstelenogramm zu senden. Der Kanzler selber habe im Landtag von seinen schlaflosen Nächten gesprochen; mandant sähe es so aus, als hole der Kanzler am Tage nach, was er des Nachts versäumt habe. Trotz seiner Bemühungen, die Konservativen wieder zu gewinnen, werde Herr v. Bismarck-Hollweg bald allein und verlassen dastehen und auch Herr Waffermann werde ihm nicht helfen können. Er könne dem Konflikt nicht mehr ausweichen, denn wir seien schon mitten drin.

Unmittelbar nach der 1 1/2stündigen Rede Franks und noch ehe dem Gebrauch des Hauses entsprechend der zweite Abgeordnete v. Lütz das Wort erhält, erhebt sich in sichtlich Erregung

Der Reichskanzler:

Ich bin gezwungen, sofort Vertagung einzulegen gegen die Worte, die der Vordredner in Bezug auf den Kronprinzen gebraucht hat. (Große Unruhe links.) Diese Worte atmen den ganzen Haß, mit dem die Sozialdemokraten gegen die Monarchie, das Herrscherhaus (Stürmischer Widerspruch links und Unruhe, lebhafter Beifall rechts), gegen jeden konservativen Geist hegen (anhaltender Lärm links). Der Herr Vordredner hat behauptet, daß der deutsche Kronprinz intime Freundschaft mit Verächtern der Verfassung, mit Staatsrechtbehern unterhalte (Stürmisches sehr richtig links.). Das ist ein unerhörter Vorwurf (anhaltende Unruhe und Oh-Rufe links), den ich mit aller Energie zurückweise. (Lachen links, stürmischer Beifall rechts.)

Kunmehr erhält der fortschrittliche Abgeordnete v. Lütz das Wort zur Begründung der fortschrittlichen Interpellation.

Die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Seydebrand.

S. Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit der Wahl des Abgeordneten v. Seydebrand (Nicht-Preuss.); sie kam jedoch heute nicht zu Ende. Die Wahl wird voraussichtlich für gültig erklärt.

Die Ostmarkenzulage in der Kommission abermals abgelehnt.

S. Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte heute beim Vorsteher über die Ostmarkenzulage. Der Staatssekretär begründete diese Forderung mit den schwierigen Verhältnissen im Osten. Ein Pole bekämpfte sie, da sie ausschließlich aus politischen Gründen erwachsen sei, und fand bei einem sozialdemokratischen Unterstützung, der zwar das Bestehen von Schwierigkeiten für die Beamten im Osten anerkennt, aber die diesen im Osten geübten Ungerechtigkeiten nicht noch vermehren will. Der konservative weist auf die Mißstände hin, die daraus entstehen, wenn zwar die preussischen Beamten, nicht aber auch die Reichsbeamten die Zulage erhalten, da z. B. die Wohnungspreise sich vollkommen nach der Gehaltshöhe richten hätten. Ein anderer konservativer vertritt die Forderung, durch Einbeziehung der Westmarken die Forderung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Auch ein Nationalliberaler hält die Ablehnung für unbillig. Das Zentrum erklärt sich grundsätzlich gegen die Forderung, ein Volksparteiler aus Willigkeitsgründen dafür. Schließlich wird die Ostmarkenzulage gegen die Konservativen, Nationalliberalen und Volksparteiler abermals abgelehnt.

Letzte Drahtberichte.

König Georg von Griechenland über die schwedenden Balkanfragen.

Athen, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der Korrespondent der „Voss. Ztg.“ hatte eine Unterredung mit König Konstantin von Griechenland, die recht interessant die Stellung Griechenlands zu noch schwedenden Balkanfragen beleuchtet. Über Albanien äußerte sich der König wie folgt: Wir wünschen, mit Albanien in besten Beziehungen zu leben. Nichts kann uns vollkommener sein, als

ein friedlicher Nachbar an unserer Nordwestgrenze. Auch hat der König von Rumänien mich gebeten, daß ich dem Prinzen zu Wien freundlich entgegenkommen soll. In uns wird es also sicher nicht fehlen; nur gegen ein Unrecht muß ich mich verwahren, wenn die Mächte von uns verlangen, daß wir den nördlichen Epirus aufgeben. Der Epirus ist griechisches Land. Die Inselfrage, so fuhr der König fort, scheint ja bereits zu unserer Zufriedenheit erledigt zu sein. Alle von uns besetzten Inseln, außer Imbros, Tenebos und Castellorizo, werden dem griechischen Staat einverleibt werden. Auf die Frage nach den griechischen Flottenrüstungen antwortete der König, daß augenblicklich noch kein weiteres Kriegsschiff im Ausland angekauft worden wäre, doch ständen große Anläufe auf dem Programm der Regierung. Besorgnisse wegen schwerer Verwicklungen hege er augenblicklich nicht. Die Meldungen von einem türkisch-bulgarischen Bündnis dürften nicht richtig sein. Was den vielbesprochenen Ankauf eines Dreadnoughts durch die Türkei betreffe, so bewiese das noch nicht, daß von türkischer Seite ein Angriff bevorzuzuhin würde. General Soudou, der Chef der französischen Militärmission in Athen, habe unlängst das Kommando über das Athener Armeekorps übernommen. Diese Ernennung habe von Anfang an im Programm gestanden und dürfe mit der Art der Verwendung der deutschen Militärmission in Konstantinopel auf dieselbe Stufe gestellt werden.

Ein Ausweg in der Inselfrage?

Wb. Paris, 23. Jan. Der „Petit Parisien“ berichtet, man habe in diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß die Inselfrage schließlich in der üblichen Weise geregelt werden dürfte. Griechenland werde der Türkei Chios und Rhilene überlassen unter der Bedingung, daß es für die beiden Inseln, welchen Autonomie gewährt werden dürfte, einen Teil der gegenwärtig von Italien besetzten Inseln erhalte.

Aus Südafrika.

Die südafrikanischen Eisenbahnen den Streik.

R. Pretoria, 23. Jan. Eine Versammlung von Eisenbahnangehörigen hat beschlossen, den Streik für 52 Stunden zu erklären. Eine große Anzahl von Arbeitern hat sich in den Werkstätten zur Arbeit gestellt. Man erwartet, daß die Werkstätten nächste Woche ihren Betrieb mit der vollen Zahl von Arbeitern aller Grade einschließlich der Refektorien wieder aufnehmen werden.

Ruhe und Arbeit auf den Gruben.

R. Kapstadt, 23. Jan. Alle Stempelwerke in den Gruben sind wieder im Gange. In der New Kleinfonteingrube begann gestern die Arbeit mit 100 Stempeln. In der van Rensburggrube haben beide Stempelwerke die Arbeit begonnen. Eine stetige Rückkehr zu normalen Verhältnissen ist überall gesichert. — Nach offiziellen Nachrichten aller Gruben vom Westrand haben die Betriebsleiter soviel Arbeiter als sie brauchen.

Die Straßburger Krifengerüchte.

Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Zu den Straßburger Krifengerüchten bemerkt die „Täg. Rundsch.“, in Straßburg bestehe kein Zweifel darüber, daß für die Herren v. Bulach, Wandel und Petri das Ende ihrer Minister-

tage nahe ist, ja, man nimmt vielfach an, daß nur durch den bevorstehenden Geburtstag des Kaisers ihr Ausscheiden noch verzögert wird. Man rechnet bestimmt damit, daß als Nachfolger in erster Linie Männer in Betracht kommen, die in der Schule des preussischen Beamtenums groß geworden und imstande sind, dessen Geist in der Verwaltung des Reichslandes voll zur Herrschaft zu bringen.

Ein Parteitag der pommerischen Konservativen.

Stettin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Hier fand gestern der Parteitag der pommerischen Konservativen statt, der sich einzig und allein mit dem Thema „Kaiserliche Gewalt oder Parliamentsherrschaft“ befaßte, im Anschluß an die Ereignisse in Zabern. Interessant waren die Ausführungen des Grafen Schwerin-Schwinsk, der eine Sammlung aller monarchisch-konstitutioneller Elemente forderte und erklärte, auch seine Partei sei bereit, in dieser Frage mit allen zusammenzugehen, die noch auf monarchisch-konstitutioneller Basis ständen. Er hoffe, daß das Zentrum und die Nationalliberalen sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Demokratie bereit finden lassen würden. Zum Schluß wurde die übliche Resolution angenommen.

Kleinasiatische Eisenbahnkoncessionen mit einer Pariser Bankgruppe.

Wb. Konstantinopel, 23. Jan. Gestern wurde ein Trade veröffentlicht, in welchem das Ministerium ermächtigt wird, mit der Pariser Omniumgesellschaft, hinter welcher die Bank Parrier steht, einen Vertrag abzuschließen, welcher der Gesellschaft die Koncession für eine Eisenbahn Esmirna-Smyrna mit einer Abzweigung nach den Dardanellen verleiht mit einer Gesamtlänge von 500 Kilometer. Das Bankhaus Parrier überweist dem türkischen Staatschatz 35 Millionen Franken für Rechnung der bekannten Schatzanleihe von 100 Millionen Franken.

Zur Frage des Zigaretten-Monopols.

Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Im Anschluß an die Handlungen bei den Dresdener Zigarettenfabriken erzählt das „Berl. Tagebl.“, daß bei der Regierung schon seit längerer Zeit Erwägungen schweben, ein Zigaretten-Monopol einzuführen. Es sei bereits im Reichsamt des Innern ein bis in die kleinsten Details ausgearbeiteter Entwurf vorbereitet.

Verteuerung der Lebensmittel in Paris.

hd. Paris, 23. Jan. Die andauernde Kälte hat hier eine unglaubliche Preissteigerung auf dem Gemüsemarkt hervorgerufen. Tafelgemüse muß jetzt mit dem vier- bis fünffachen Betrag des gewöhnlichen Preises bezahlt werden. Auch die neuen algerischen Kartoffeln sind vollständig ausverkauft, da die Kartoffelernte in Algerien vollkommen vernichtet ist.

Der Londoner Streik.

Wb. London, 23. Jan. Der Streik der Arbeiter im Londoner Kohlentransport hat gestern eine Ausdehnung erfahren. Es haben sich 1000 Mann dem Ausstande angeschlossen, so daß jetzt etwa 9000 Mann feiern. Man befürchtet, daß auch die Arbeiter des Allgemeinen Transportgewerkschafts einen Sympathiestreik beginnen werden. In dem Konflikt zwischen den Arbeitgeberern und Arbeitern des Bootsgewerkschafts machte Sir George Asquith gestern einen Vermitt-

lungsvorschlag, der aber keinen Erfolg hatte. Man erwartet, daß heute die Aussperrung erfolgt, die 150 000 Arbeiter betrifft.

Ein neuer Schlächterstreik in Paris.

hd. Paris, 23. Jan. In den Pariser Zentralmarkthallen ist ein neuer Streik ausgebrochen. Nach dem Ausstand der Rinder- und Schweine- und Geflügel-Schlächter haben gestern die Gehilfen der Schweine- und Geflügel-Schlächter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Lohnsteigerung und Herabsetzung der Arbeitszeit. Bisher sind alle Verhandlungen zwischen Arbeitgeberern und Arbeitnehmern gescheitert.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

23. Januar, 5 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beobachtungs-Station	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.	Beobachtungs-Station	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.
Borkum	766,6	O 2	bedeckt	-2	Sollau	765,6	SSO 4	wolkig	+5
Hamburg	770,4	SO 3	„	„	Aberdeen	764,2	SW 4	„	+3
Swinow	770,2	W 2	„	„	Paris	„	„	„	„
Memel	761,6	WNW 2	wolkig	+1	Visslingen	767,5	ONO 3	heiter	+6
Aachen	767,7	ONO 3	heiter	„	Christiansburg	766,9	SW 1	bedeckt	+1
Hannover	770,2	ONO 3	bedeckt	„	Skagen	767,6	WNW 2	„	„
Berlin	770,7	SW 1	„	„	Kopenhagen	770,0	WNW 2	„	„
Breslau	770,7	NW 1	bedeckt	„	Stockholm	762,5	W 2	halbbd.	+6
Wetz.	767,0	NO 4	„	„	Warschau	761,7	W 2	„	+3
Frankfurt	770,0	NO 2	Dunst	-10	Warschau	761,5	W 1	„	+9
Karlsruhe	768,1	NO 5	wolkig	„	Wien	770,3	WNW 1	wolkig	+1
München	768,8	NO 5	bedeckt	+10	Rom	768,8	NO 1	wolkig	+1
Zugspitze	766,5	O 4	heiter	-13	Sofia	761,3	N 1	„	+4
Valencia	767,9	SSO 5	bedeckt	„	Sydney	„	„	„	„

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

23. Januar	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends	Mittel.
Barometer auf 0° und Normaldruck	753,2	751,1	757,0	753,8
Barometer auf dem Meeresspiegel	760,3	758,0	763,1	759,8
Thermometer (Celcius)	-10,0	-2,8	-8,0	-7,2
Dunstspannung (mm)	1,5	2,4	2,0	2,1
Relative Feuchtigkeit (%)	94	86	83	83,5
Wind-Richtung und -Stärke	NO 2	NO 2	NO 2	—
Niederschlagshöhe (mm)	—	—	—	—
Höchste Temperatur (Celcius)	-2,5			
Niedrigste Temperatur	-10,1			

Wettervorhersage für Samstag, 24. Januar 1914.
von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Vorwiegend heiter, trocken, keine Zunahme des Frostes, östliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 23. Januar:

Strecke	Wasserstand
Biebrich	Fogel: 1,94 m gegen 2,04 m am gestrigen Vormittag
Caub.	„ 2,25 „ „ 2,46 „ „
Malaz.	„ 1,18 „ „ 1,28 „ „



Bei Verhütung und träger Vererbung der Kinder wird der beste Gakformige Feigen-Sirup
das angenehm schmeckende, seit Jahren als sicher und zuverlässig wirkende exprobierte Nährmittel mit bestem Erfolg angewandt.
In allen Apotheken zu haben zu Mk. 1,50 die Originalflasche; extra große Flasche Mk. 2,50. Verkaufsstelle: Syr. fici California, 75, Ext. Senn, liq. 20, Elix. Caryoph. comp. 5.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Grundtendenz blieb zwar fest, doch unterband der weitere Rückgang der Schiffaktien die Unternehmungslust. Der Montanmarkt lag fest auf die Nachricht, daß in der Hauptversammlung des Roheisenverbandes die Auslandspreise als erheblich höher bezeichnet wurden und auf weitere Besserungen am Stabeisenmarkt. Infolgedessen blieben die belgischen Preisermäßigungen ohne Einfluß. Am Schiffahrtsaktienmarkt vorstimmte auch die Gründung einer eigenen Niederlassung der Hapag in Montreal. Im Zusammenhang hiermit verloren auch Canada. Sonst waren die Kursveränderungen recht gering. Türkische Tabakaktien auf gute Dezembererinnahmen fester. Später machte sich jedoch stärkere Realisationsneigung bemerkbar, doch konnte sich die Tendenz der Börse nach Schluß der ersten Stunde wieder etwas erholen. Tägliches Geld 1 1/2 Proz., Ultimogeld 4 Proz., Sätze der Seehandlung unverändert. Privatskont 2 1/2 Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Das Geschäft war etwas ruhiger als an den letzten Tagen. Auch das Publikum, das noch als Käufer am Markt war, zeigte Zurückhaltung. Die Kurse gestalteten sich bei Eröffnung nicht ganz einheitlich, doch war eine feste Grundtendenz nicht zu verkennen. Im allgemeinen machte sich auch das Herannahen des Ultimos geltend. Beachtung fand die gestrige New Yorker Börse, welche mit wenigen Ausnahmen eine feste Haltung zeigte. Canada-Pacific blieben von der Kursbewegung unbeeinflusst, dagegen konnten sich Baltimore-Ohio weiter befestigen. Schiffahrtsaktien sind auf das negative Ergebnis der Pariser Poolverhandlungen schwach. Hapag verloren 1/4, Lloyd 1/2 Proz. Von Elektrowerten Deutsch-Übersee weiter bevorzugt. Das Interesse für Bankaktien blieb heute bestehen. Am Montanmarkt war die Stimmung nicht einheitlich. Bodmer schwächten sich ab. Harpener, Gelsenkirchen und Phoenix-Bergbau fest. Gute Meinung bestand auch für heimische Anleihen, welche bei ziemlich lebhaften Umsätzen gehandelt wurden. Mexikaner fest. In Russenwerten fanden Rückkäufe statt. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung überwiegend fest. Die Börse schloß hauptsächlich. Privatskont 3 Proz. (gestern 3 1/16 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

Der Vorschauverein Wiesbaden (Friedrichstraße 20) trägt der Herabsetzung des Reichsbanksatzes für Wechsel auf 4 1/2 Proz. und des Lombardzinsfußes auf 5 1/2 Proz. dadurch Rechnung, daß er gleichfalls den Diskont für Geschäftswechsel auf 4 1/2 und den Zinsfuß für Guthaben in laufender Rechnung auf 3 Proz. von heute ab herabsetzt.

Starke Aufwärtsbewegung der Staatsanleihen. Auf die Bewegung der heimischen Reichs- und Staatsanleihen hat die Diskontermäßigung eine sehr gute Einwirkung zur Folge gehabt. Die 3proz. Reichsanleihe konnte gestern um 0,70 Proz., die 5proz. Konsols um 0,65 Proz. anziehen, die 3 1/2proz. Konsols und Reichsanleihe schlossen sich mit einer Avance von je 0,30 Proz. und die 4proz. mit einer solchen von 0,10 Proz. an. Die Steigerung liegt darin begründet, daß bei dem jetzigen Geldstande von 1 1/2 Proz. und einem Privatsatz von 2 1/2 Proz. die Reichsanleihen eine gute Kapitalanlage für Gelder größeren

Umfangs bieten und zu diesen Zwecken auch gekauft werden. Außerdem trägt natürlich auch der gute Erfolg der neuen Anleiheemission dazu bei, das Interesse für heimische Anleihen wieder zu heben. Es ist wohl das erstmal seit Jahren, daß die 5proz. Reichsanleihe einen so nennenswerten Aufschwung zu verzeichnen hat.

Die Bayerische Notenbank beantragt für 1913 eine Dividende von 11 (i. V. 12) Proz. Für die Jahre 1909 bis 1911 wurden je 10 Proz. ausgeschüttet.

Zum Zusammenbruch der Tessiner Kantonalbank wird noch aus der Schweiz gemeldet, daß der Stand der Bank schlimmer, als anfänglich angenommen wurde, sei. Gestern vormittag ist vom Gericht der Konkurs erklärt worden.

Die Diskontermäßigungen im Auslande. Die Schwedische Reichsbank hat den Diskont von 5 1/2 auf 5 Proz., die Nationalbank in Brüssel von 5 auf 4 1/2 Proz., die Schweizerische Nationalbank von 4 1/2 auf 4 Proz. und die Dänische Nationalbank von 6 auf 5 1/2 Proz. herabgesetzt.

Die Südbahnfinanzierung. Wien, 22. Jan. Hier fand eine Verwaltungsversammlung der Südbahn-Gesellschaft statt, in der mitgeteilt wurde, daß die fertig gestellten Vertragsentwürfe über das Sanierungsabkommen nächstens Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Südbahn und dem Prioritätskuratorium bilden werde.

Berg- und Hüttenwesen.

Vom Roheisenverband. Köln, 22. Jan. In der heutigen Hauptversammlung wurde über die Marktlage berichtet. Der Versand im Monat Dezember 1913 ist mit 77,93 Proz. der Befeuerung um etwa 4 Proz. gegen den Vormonat zurückgeblieben. Auf dem Inlandsmarkt hält, soweit Eisenerz-Roheisen in Betracht kommt, die Zurückhaltung der Käufer weiter an, da ein Teil der Abnehmer noch an den vorjährigen Abschlüssen abzunehmen hat. Die Martinwerke haben in der Hauptsache ihren Bedarf für das erste Quartal 1914 gedeckt. Nur ein kleiner Teil dieser Abnehmer steht noch aus. Der Auslandsmarkt — mit Ausnahme Belgiens — hat sich weiter befestigt. Die Zurückhaltung der Abnehmer ist gewichen. Die Nachfrage ist erheblich größer geworden; dabei zeigt sich nicht selten das Bestreben der Käufer, sich auf möglichst lange Fristen einzudecken. Die Besprechung der Preisfrage stand nicht auf der Tagesordnung. Preisbezugsbeschlüsse sind nicht gefaßt worden, da die Preise für das erste Semester 1914 festgesetzt sind.

Industrie und Handel.

Aus der Steinindustrie. Der Gesellschaftsvertrag der Vereinigten Steingutfabriken, G. m. b. H. in Bonn, ist zum 31. Dezember 1914 gekündigt worden. Die Vereinigung wird daher mit dem Ablauf dieses Jahres ihr Ende erreichen. Dem Vernehmen nach sind Bestrebungen im Gange, in irgendeiner Form die Fabrikanten zu einer neuen Preisvereinigung zusammenzuschließen.

Abschlüsse von bedeutenden Textilfabriken. Vogtländische Tüllfabrik, A.-G. in Plauen i. V.: Der Aufsichtsrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, 10 (i. V. 6) Proz. Dividende vorzuschlagen. — Die Sächsische Kammergarnspinnerei und die Kammergarnspinnerei Schäfer u. Co. in Hartau beantragen für 1913 je 4 Proz. Dividende (i. V. je 5 Proz.). — Die Krefelder Baumwollspinnerei schlägt 8 Proz. Dividende (i. V. 6 Proz.) vor.

Verkehrswesen.

Der Aufschwung der Rheinschifffahrt. Das Jahr 1913 war für die großen Industriehäfen des Rheinstromes eine Zeit

sehr erfreulicher Entwicklung. Die Verwaltung der Duisburg-Ruhrorter Häfen gibt soeben die Verkehrsziffern des Monats Dezember 1913 bekannt, und damit läßt sich auch eine Übersicht über den gesamten Jahresverkehr in diesen Häfen gewinnen. In den Duisburg-Ruhrorter Häfen verkehrten im Jahre 1913 insgesamt 100 367 Schiffe (gegen 90 456 im Vorjahre). Der Güterverkehr stieg auf 26 824 616 Tonnen (im Vorjahr 22 926 774 Tonnen). Duisburg-Ruhrort besitzen bekanntlich den Ruhm, über den größten Binnenhafen der Welt zu verfügen, wenn man aber die privaten Häfen und Ladestellen von Rheinhausen bis Walsum, die zusammen mit Duisburg-Ruhrort das Ausfalltor des rheinisch-westfälischen Industriebezirks darstellen, hinzunimmt, so ergibt sich eine noch größere Gesamtverkehrsziffer. Diese wird auf 40 Mill. Tonnen geschätzt. Der große Teil des Güterverkehrs entfällt auf die Kohlenabfuhr; diese betrug in 1913: 18,26 (gegen 15,09) Millionen Tonnen. Stark gestiegen ist die Ausfuhr nach Holland mit 6,05 Millionen Tonnen (mehr 1,26 Millionen) und nach Belgien mit 3,48 Millionen Tonnen (mehr 0,6 Millionen). Nach dem Oberrhein gingen 8,18 Millionen Tonnen (gegen das Vorjahr 1,13 Millionen Tonnen mehr).

Rheinschiffahrts-Gesellschaft, vormals Fendel, Mannheim. Der Gewinn beträgt 810 658 M. (i. V. 670 989 M.), woraus 8 Proz. (i. V. 6 1/2 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Marktberichte.

O. Hen- und Strohmärkte zu Frankfurt a. M. vom 23. Jan. Man notierte: Hen per 50 Kilo 2,90 bis 3,20 M. Geschäft: schleppend. Die Zufuhren waren aus den Kreisen Oberhessen, Hanau und Dieburg.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel:

Name (Firma)	Wohnort (Amtsgericht)	Konkursverwalter	Vz	1913	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1906
Kfm. Moritz Kahn, Ioh. 4. Fa. Meyer Kahn	Rechwege	R.-A. Justiz, Payer	8. 1.	1. 2.	1. 2.	1. 2.	1. 2.	1. 2.	1. 2.	1. 2.	1. 2.
Metzgermeister Johann Schwarz II.	Mainz	Büroverw. Heir. Herm. Günster	8. 1.	2. 7.	1. 7.	2. 7.	1. 7.	2. 7.	1. 7.	2. 7.	
Kfm. Alfred Hupfel	Kassel	R.-A. Trauner	10. 1.	14. 2.	8. 2.	5. 3.	10. 1.	14. 2.	8. 2.	5. 3.	
Heinr. Henkelmann I.	Lollar (Giessen)	R.-A. Haas	12. 1.	3. 2.	10. 2.	10. 2.	12. 1.	3. 2.	10. 2.	10. 2.	
Automobilpost-Ehringhausen-Kirtorf-Kirchhain, a. G. m. b. H.	Kirtorf Homberg O.H.	Gemeindeverwalt. Johann Stroh	12. 1.	8. 2.	12. 1.	12. 1.	12. 1.	8. 2.	12. 1.	12. 1.	
Ww. Henriette Kies, geb. Schmidt, verst.	Wiesbaden	R.-A. Wolff	12. 1.	10. 2.	7. 2.	12. 1.	12. 1.	10. 2.	7. 2.	12. 1.	
Kunstwollenfabrikant Josef Nikolaus Wirtz, verstorben	Neckarthal nach (Hirschhorn, Neckar)	Gastwirt Josef Stern	13. 1.	3. 1.	1. 5.	2. 5.	13. 1.	3. 1.	1. 5.	2. 5.	
Stukkateur Karl Dembsch	Mainz	Büroverw. Jakob Mann	13. 1.	5. 1.	1. 12.	2. 12.	13. 1.	5. 1.	1. 12.	2. 12.	
Gutsbesitzer Heinrich Kräuze	Kiedrich (Kittelro)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Abend-Ausgabe: H. Jägerberg.
Beamtentisch für den politischen Teil: H. Jägerberg; für Gerichtliche: H. Jägerberg; für Sport und Spiel: H. Jägerberg; für Gemeinliche und Briefliche: H. Jägerberg; für Kunst: H. Jägerberg; für Wissenschaft und Religion: H. Jägerberg; für die Welt: H. Jägerberg.
Tud und Verlag der P. Schöffer-Börschen-Druckerei in Wiesbaden.
Erscheinung der Redaktion: 12 bis 11 Uhr in der politischen Abteilung
11 bis 11 Uhr

Kursberichte vom 23. Jan. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblattes.

1 Pf. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lira, 1 Peseta, 1 Lei	— 80
1 österr. u. I. O.	— 20
1 fl. u. W. Hrg.	— 1.70
1 österr.-ungar. Krone	— 85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. W. Hrg.
1 skand. Krone	— 1.12

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.10
1 Peso	— 40
1 Dollar	— 4.30
1 fl. süddeutsche W. Hrg.	— 130
1 Mk. Bko.	— 1.50

Berliner Börse.

Div.	Bank Aktien.	In %
1/2	Pr. Ind. Handelsb.	158.00
1/2	Casseler u. Disc. B.	109.25
1/2	Darmstädter Bank	111.40
1/2	Deutsche Bank	256.00
1/2	D. H. u. Wechselb.	116.
1/2	Disconto-Commandit	101.70
1/2	Dresdener Bank	157.40
1/2	Meiningen Hyp.-Bank	139.75
1/2	Mittel. Creditbank	119.25
1/2	National. u. Deutsch.	116.
1/2	Oesterr. Kreditanst.	203.75
1/2	Petersburg. Intern. Bk.	204.75
1/2	Reichsbank	138.80
1/2	Schaaffh. Bankverein	103.60

Vorl. Letzt.	In %	
1/2	Rheinische Stahlw.	163.
1/2	Riebeck Montan	194.
1/2	Rombacher Hüttenw.	158.40
1/2	Wittener Stahlhütten	141.

Zf.	In %	
1/2	Hyp. u. W. Bk.	97.
1/2	Bd.-C.-A. W. Bk.	99.10
1/2	S. 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21	98.
1/2	Nürnberg. V. B. S. 13, 20, 21	96.10
1/2	S. 30 u. 31	96.10
1/2	S. 30 u. 31	96.10
1/2	S. 30 u. 31	96.10

Frankfurter Börse.

Zf.	Staats Papiere.	In %
1/2	D. R.-Schatz-Anw.	100.
1/2	D. R.-Anl. 1903	98.20
1/2	D. Reichs-Anleihe	86.30
1/2	Pr. Konz. Anl. 1913	97.60
1/2	Pr. Konz. Anl. 1917	98.80
1/2	Pr. Staats-Konsols	86.30
1/2	Pr. Anl. 1913	76.80
1/2	Pr. Anl. 1913	96.80
1/2	Pr. Anl. 1913	97.40
1/2	Pr. Anl. 1913	96.50
1/2	Pr. Anl. 1913	91.50
1/2	Pr. Anl. 1913	86.40
1/2	Pr. Anl. 1913	85.90
1/2	Pr. Anl. 1913	82.25
1/2	Pr. Anl. 1913	96.80
1/2	Pr. Anl. 1913	96.70
1/2	Pr. Anl. 1913	94.25
1/2	Pr. Anl. 1913	73.75
1/2	Pr. Anl. 1913	97.10
1/2	Pr. Anl. 1913	38.
1/2	Pr. Anl. 1913	78.
1/2	Pr. Anl. 1913	94.80
1/2	Pr. Anl. 1913	97.75
1/2	Pr. Anl. 1913	83.30
1/2	Pr. Anl. 1913	73.80
1/2	Pr. Anl. 1913	84.40
1/2	Pr. Anl. 1913	98.80
1/2	Pr. Anl. 1913	88.25
1/2	Pr. Anl. 1913	84.20
1/2	Pr. Anl. 1913	77.80

Vorl. Letzt.	In %	
1/2	Alum. Neul. 1900-01	203.75
1/2	Aachf. Buntkupf.	170.
1/2	Masch.-Pap.	121.
1/2	Bad. Zuck. Wagn.	210.
1/2	Berg. S. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100	—

Zf.	In %	
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80
1/2	Pr. Centr.-B.-C. v. 1900	92.80

Londoner Börse.

Amerikanische Bahnen.	In %
Atchafon Top common	101.87
Baltimore und Ohio	97.35
Canada Pacific	210.30
Chicago-Milwaukee	107.50
Denver u. Rio common	18.75
Eric common	32.85
Great Western	14.
Louisville u. Nashville	143.
Mis. Kes. Texas	23.87
New York Ontario West	31.25
Pennsylvania Railroad	58.87
Reading	85.82
Rock Island	15.
Southern Pacific	99.50
Union Pacific common	97.35
St. Paul common	68.50
Trunk common	21.25
Union Pacific common	104.62